

Singers und Grillenbergers nie vergessen haben. Deswegen können sich unsere Freunde im Auslande darauf verlassen, daß wir auf dem Wege der Demokratie zum Sozialismus kommen werden. (Lebhafte Zustimmung.)

Parteigenossen! Ich habe Ihnen die Mitteilung zu machen, daß der Reichspräsident, unser Genosse Friedrich Ebert, uns folgendes Telegramm gesandt hat: „Gerde dem Parteitag herzliche Grüße und Glückwünsche. Möge er die Partei stärken im festen Vortritt zum demokratischen Sozialismus. In aller Treue —“ (Lebhafte Beifall und Händeklatschen.)

Ich danke dem Reichspräsidenten für das große Interesse, das er an unseren Arbeiten nimmt. Wir haben es von ihm gar nicht anders erwartet. (Lebhafte Zustimmung.) Wir wissen, daß er immer einer der unseren bleiben wird. (Erneuter lebhafter Beifall.)

Ferner hat uns unser Genosse Adolf Müller, der das Reich in Bern vertritt, einen Glückwunsch geschickt, indem er dem Parteitag guten Verlauf und besten Erfolg wünscht. (Bravo!) Wir danken auch ihm für sein Interesse.

Dann möchte ich weiter den Vorschlag machen, daß wir in Erinnerung an den ersten Kongreß nach dem Fall des Sozialistengesetzes, der vor dreißig Jahren in Halle stattfand, unserem alten Parteigenossen Diez, der damals mit Singer zusammen den Vorsitz geführt hat, ein Telegramm schicken und ihm für die Arbeit danken, die er allezeit für die Partei geleistet hat. (Bravo!) Ich stelle fest, daß der Parteitag damit einverstanden ist.

Damit wäre der geschäftliche Teil der heutigen Abendsitzung erledigt. Die nächste Sitzung findet morgen früh um 9 Uhr statt.

Ich schließe die Sitzung.

/ (Schluß 8 Uhr 15 Minuten.)

## Erster Verhandlungstag.

Montag, den 11. Oktober 1920, vormittags 9 Uhr.

Der Vorsitzende Müller eröffnet die Sitzung mit einigen geschäftlichen Mitteilungen.

Als Vertreter der holländischen Sozialdemokratischen Partei erhält dann das Wort

Bliegen (mit stürmischem Beifall empfangen): Werte Genossen! Ich überbringe hiermit die Grüße der holländischen Sozialdemokratie, der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei. Wir hatten beschlossen, zu diesem Kongreß den Genossen Troelstra zu entsenden und meine Person zum Parteitag der Unabhängigen zu delegieren. Der Genosse Troelstra, der, wie Sie wissen, sehr weit links steht, würde also in Ihrer Mitte anwesend gewesen sein und ich aller Sünden, den man schon vor 15 Jahren den holländischen Bernstein nannte, hätte vielleicht im Kreise der Unabhängigen eine revolutionäre Wiedertaufe erfahren können. (Große Heiterkeit.) Aber Genosse Troelstra war verhindert und eine Einladung der Unabhängigen ist uns nicht ausgegangen. Wir haben in Holland einen Poststreik gehabt, wie Sie vielleicht gehört haben, und infolgedessen kann der Genosse Troelstra hier nicht anwesend sein, weil er bei dem parlamentarischen Nachspiel dieses Streiks nicht entbehrt werden kann. Unsere Regierung ist bei dieser Gelegenheit so aufgetreten, als ob das alte preussische Regime noch Weibchen gezogen wäre. (Heiterkeit.) Ebensowenig wie Sie wollen wir uns auf die Dauer mit einem solchen Regime begnügen.

Ich habe nicht den Auftrag, hier die Grüße Ihres Ex-Kaisers zu überbringen. (Heiterkeit.) Als ein französischer Genosse vor einiger Zeit mir den Vorwurf machte, daß wir holländischen Sozialdemokraten nicht daran mitarbeiten, den Kaiser ihnen auszuliefern, habe ich ihm geantwortet: „Ach, laßt den Mann bei uns bleiben; es soll ihm nicht der Vorwurf gemacht werden, daß er gekommen ist. Der Vorwurf sei, daß er zu spät gekommen ist.“ (Zustimmung und Heiterkeit.) Wenn er zehn Jahre früher hergekommen wäre, wäre es viel besser gewesen (Lebhafte Zustimmung), vielleicht auch für uns, aber auch gewiß für Sie und die ganze Welt. (Sehr gut!)

Parteigenossen! Ueber unsere Partei nur ein paar Worte. Auch wir haben in unserer Partei alle Strömungen, wir haben Rechner und Dichter, wir haben Realisten und Romantiker. (Zurufe: Wir auch!) Es ist uns aber gelungen, die Sozialdemokraten in einer Partei vereinigt zu halten. (Bravo!) Die kleine Gruppe, die sich jetzt die Kommunistische Partei nennt, und die nach ihrem letzten Bericht eine Zahl von 2500 organisierten Genossen hinter sich hat — das ist kein Druckfehler (Heiterkeit) —, bedeutet natürlich im Vergleich mit der Masse der Arbeiterschaft nichts. Die große Masse der sozialistisch denkenden Arbeiter hält sich in unserer Partei zusammen. Die Sozialdemokratie in Holland hat auch während des Krieges und nach dem Kriege einen großen Aufschwung erlebt, und wir hoffen, daß dieser Aufschwung, diese Aufwärtsbewegung sich auch weiter fortsetzen wird.

Wir haben mit großer Mehrheit beschlossen, nach Genf zu gehen und bei der Zweiten Internationale angeschlossen zu bleiben. (Bravo!) Das hat aber nicht, wie ich eben schon erwähnte, zu bedeuten, daß nun alle Parteigenossen, alle Richtungen und Strömungen damit zufrieden sind. Aber der Strömung, die jetzt in der Zweiten Internationale die Oberhand hat, werden wir uns von ganzem Herzen anschließen. Konditionen von Moskau sind uns nicht zugegangen, und wir würden auch keine annehmen. (Lebhaftes Bravo.) Die westeuropäische Demokratie, die doch auch in den kleinen Ländern vertreten ist, soll ihre eigenen Aufgaben lösen und ihre eigene Zukunft vorbereiten. Man spricht viel von den historischen Aufgaben des Proletariats. Gerade in dieser Zeit, in der die Welt sich nach einem Ausweg aus dem Chaos sehnt, wäre der Augenblick dafür gegeben, um die historischen Aufgaben des Proletariats zu erfüllen. Gerade in dieser Zeit tut es mehr als je not, daß das Proletariat einen einheitlichen Willen verkörpert und hinter diesen einheitlichen Willen eine einheitliche Aktion stellt. (Sehr wahr!) Darum ist das Notwendigste, was wir alle mit Herz und Seele und jeden Tag anstreben müssen, die Einigung des Proletariats. (Lebhafte Zustimmung.) Ich weiß, daß ich Ihnen darüber keine Lektion zu halten brauche. Sie haben ja alles getan, was getan werden mußte. Aber ich spreche zum deutschen Proletariat im ganzen, und ich hoffe, daß die revolutionäre Zeit, welche wir durchleben, sie vornehmlich — sie ist noch nicht vorüber — zu einer Einigung des Proletariats führen wird. Das Proletariat hat noch lange Zeit, wie lange, weiß ich nicht. Wenn in dieser Zeit das Proletariat, das sozialistisch geschulte Proletariat Deutschlands zusammenhalten könnte, so würde das nicht nur für Deutschland, sondern für die ganze Welt und für die ganze Zukunft von allergrößter Bedeutung sein. (Stürmische Zustimmung.) Wenn ich diese Worte hier ausspreche, so hoffe ich, daß sie zum ganzen deutschen Proletariat hinaustragen werden. Ich erinnere an die Worte von Karl Marx: „Proletariat aller Länder, vereinigt Euch!“ Diese Worte sind keine Phrase, vornehmlich nicht in dieser Zeit, die mehr als je die Einigkeit nötig hat. (Lebhafte Zustimmung.)

Parteigenossen! Ich hoffe, daß Ihr Kongreß das Seinige dazu beitragen wird, um dieses Ziel zu erreichen. Ein großer Schritt in guter Richtung ist durch die Gründung der deutschen Republik gemacht, die ich die größte Errungenschaft des letzten Jahrhunderts nennen möchte, wenn sie dauerhaft ist. (Zustimmung.) Ich weiß, daß Sie bereit sind, hinter dieser Republik mit allen Ihren Kräften zu stehen und die Entwicklung der neuen demokratischen Republik in sozialistischer Richtung zu feuern. Ich wünsche Ihnen bei diesem Werk von weltgeschichtlicher Bedeutung den allerbesten Erfolg. Ich hoffe, daß, wenn die Berichte über diesen Kongreß an das deutsche Volk und an das Proletariat im allgemeinen hinausgehen, ein klares und deutliches Programm, ein klarer und deutlicher Wille, ein klarer Wegweiser zur Aktion entsteht, und daß dann von diesem Kongreß eine Suggestion auf das Proletariat aller Länder im einheitlichen Zusammenhalten ausgehen wird, damit das Wort Wahrheit werde, daß in Deutschland so oft innerhalb der Arbeiterchaft zum Ausdruck gekommen ist: Unser die Welt trotz alledem!

Vorsitzender Müller: Ich danke dem Genossen Bliegen für die herzlichen Worte, die er an uns gerichtet hat, und ich hoffe, daß sie über diesen Saal hinaus verstanden werden. (Bravo!) Denn sie haben sich an die deutsche Arbeiterklasse gerichtet. Wir wissen, welch kostbares Gut die Einigkeit gewesen ist und ich hoffe, daß im Rahmen und im Anschluß an unsere Partei die Einigkeit des Proletariats sich wieder vollziehen wird. Der Genosse Bliegen hat darauf hingewiesen, daß, von Splintern abgesehen, die holländische sozialistische Partei sich der Zweiten Internationale angeschlossen hat. Wir haben insbesondere auch der holländischen Partei dafür zu danken, daß sie während und nach dem Kriege in der Uebergangszeit uns die Möglichkeit gegeben hat, uns in Holland mit Vertretern der Proletarier aller Länder zu treffen. Bereits im März 1915 hat eine solche Zusammenkunft in Haag stattgefunden.

Ich habe weiter mitzuteilen, daß der Vorstand der Sozialdemokratie der Tschechoslowakischen Republik für die Einladung dankt, die wir ergehen ließen. Er schreibt u. a.:

„Wir sind durch einen schweren Zwist zwischen unseren Sozialdemokraten und Kommunisten nicht in der Lage, auch nur einen unserer führenden Genossen zu missen, da wir selbst unseren Parteitag für November d. J. vorbereiten müssen. Unsere Kommunisten haben keine selbstständige Partei gegründet, sondern wollen den ihnen aus Moskau zugekommenen Weisungen entsprechend, unsere sozialdemokratische Partei von innen heraus zerstören.“

Ich darf die Hoffnung aussprechen, daß es unseren Freunden in der tschechoslowakischen Republik gelingt, auf dem Boden des demokratischen Sozialismus eine starke Partei für die Zusammenarbeit in der Internationale zu erhalten. (Bravo!)

Wir wird mitgeteilt, daß auch aus Georgien noch Vertreter eingetroffen sind. Die Namen sind mir bisher nicht mitgeteilt worden. Ich begrüße die Genossen.

Wir kommen zum ersten Punkt der Tagesordnung: Bericht des Parteivorstandes, und zwar zunächst zu dem Allgemeinen. Ich erteile dem Genossen Otto Wels das Wort als Berichterstatter.

Wels (Berichterstatter): Parteigenossen! Der Ihnen gedruckt vorliegende Bericht zeigt — das können wir wohl mit Stolz sagen — ein Bild von dem Stande der Partei, von der erfolgreichen Arbeit der Parteio rganisation, wie wir es im vorigen Jahre nicht geglaubt hätten, Ihnen vorlegen zu können. Wir danken das den Parteigenossen, die in unermüdblicher Arbeit der Partei die Treue gehalten haben, vor allen Dingen den Genossen, die in Werksstätten und

Fabriken oft unter dem denkbar stärksten Terror der Partei die Treue gehalten haben und unbekümmert um Bedrohungen an Leib, Leben und ihrer wirtschaftlichen Existenz rastlos für die einmal als richtig erkannte Weltanschauung eingetreten sind. Hochmütig erklärte vor wenigen Tagen die „Freiheit“, die Sozialdemokratische Partei stände jenseits des Sturmes. Weltgeschichtliches Brausen glaubte die Unabhängige Partei in dem Geschimpf ihrer Versammlungen und Zeitungen zu hören. Heute sehen wir, daß die „Freiheit“-Redaktion sich an die Öffentlichkeit wendet, und von dem angeblich fortgeschrittensten Teil der Arbeiterchaft, der, im Gegensatz zu uns, um die schwierigsten Probleme der Weltgestaltung ringt, befürchtet, in Halle niedergeknüppelt zu werden. Ich glaube, daß mancher der Unabhängigen, wenn er unsere Tagung betrachtet, viel lieber im Rahmen der Sozialdemokratischen Partei seine Tätigkeit wieder aufnehmen würde, wenn er nicht allzu sehr das Bewußtsein in sich trüge, an der deutschen Arbeiterbewegung gesündigt zu haben. (Sehr wahr!) Jetzt segt der Sturmwind sie auseinander, während wir uns fester im Wolfe verankern. (Beifall.)

Wir arbeiteten im abgeschlossenen Berichtsjahr zäh an dem zentralen Aufbau unserer Organisation und unserer Presse. Die Erfolge unserer Arbeit sind auch darin sichtbar, daß unsere Presse sich nahezu verdoppelt hat. Wir haben heute 118 eigene Druckereien in unserem Dienst. Weiter hat unser Buchhandel im letzten Jahr einen ungeheuren Aufschwung erfahren. Wenn wir weiter daran denken, welche Arbeiten in der Organisation des zentralen Einflusses für unsere gesamten Betriebe geleistet worden sind, wenn wir daran denken, was in der Gründung der Arbeitsgemeinschaft der Lehrer, in der Schaffung der Zentralstelle für Beamtenorganisation, in der Bearbeitung der schwierigsten Probleme geleistet ist, wie beispielsweise in der Agrarfrage, dann können wir mit gutem Gewissen und ohne Selbstlob sagen, daß das abgeschlossene Jahr eins der fruchtbarsten im Leben der Sozialdemokratischen Partei gewesen ist. (Zustimmung.) Die Organisationen der Partei bilden den Untergrund, auf dem das Gebäude unseres politischen Einflusses steht und ausgebaut werden kann.

Gewiß fanden wir in den zahlreichen Anträgen, die das rege Leben in der Partei zeigen, auch solche, in denen dem Parteivorstand der Vorwurf mangelnder Initiative gemacht wird. Aber ich glaube, es gibt keine Bezirksorganisation und keinen Ortsverein im Reiche, der nicht aus dem Kreise der Mitglieder heraus derselbe Vorwurf gemacht wird. Keine Redaktion im ganzen Reich gibt es, die nicht aus den Leserkreisen Tadel erfahren hätte. Es ist dem Parteivorstand oft schwer gefallen, dem Vorwurf mangelnder Initiative gegenüber still zu sein. Wenn man die Stellen betrachtet, die als die Hauptnuzer gegen den Parteivorstand in Frage kommen, so muß man sich wundern über die Schnelligkeit, mit der sie das Umstellen der Parteitaktik verlangen. Vor den Reichstagswahlen schrieben sie: Heraus aus der Regierung! Es waren kaum acht Wochen ins Land gegangen, da hieß es schon: die Schonzeit für die Regierung ist vorbei; der Parteivorstand tut nichts, um die Regierung zu stützen, wir müssen wieder in die Regierung hinein. (Sehr gut!) So schnell kann die Partei ihre Taktik nicht umstellen. Oft kommen wir auch in die Lage, mit einer gewissen Geisterlichkeit alle die Klagen zu betrachten, die gegen uns erhoben werden. Wenn z. B. die „Chemnitzer Volkstimme“ einen Bericht über die Parteiversammlung des ehemaligen 19. Reichstagswahlkreises bringt und im Anschluß daran dem Parteivorstand eine Resolution übermittelt, in der erklärt wird, daß der jetzige Parteivorstand es an Initiative habe fehlen lassen und eine Reihe von Forderungen aufstellt, die mit unseren Auffassungen identisch sind, und wenn es dann am Schlusse dieser Resolution heißt:

die Parteiverammlung begrüßt die Neutralitätserklärung der deutschen Regierung und der deutschen Arbeiterkraft und erblickt darin gleichzeitig das erste ernste Hoffnungszeichen zum Wiedererstehen einer neuen Arbeiter-internationale und zur Vornahme des parlamentarischen Widerkampfes, dann müssen wir von der Parteileitung erklären: wir lehnen es ab, mit der jetzigen rein bürgerlichen Regierung Feinbach zusammen für die Anbahnung des sozialistischen Zeitalters verantwortlich gemacht zu werden. Wir schämen sie anders ein. Der Vorwurf ist denn auch von uns mit einer gewissen Heftigkeit aufgenommen worden. (Sehr richtig!) Wir nehmen solche Vorwürfe nicht tragisch, weil wir der Ueberzeugung sind, daß die Klagen über mangelnde Agitation nur dem Bedürfnis der Parteigenossen nach regster Beteiligung entspringen.

Parteigenossen, denken Sie auch daran, daß während des Berichtsjahres aus dem Parteivorstand nach dem Parteitag in Weimar eine ganze Reihe unserer hervorragendsten Genossen ausgetrieben, um in die Regierung einzutreten, daß wir schwere und doppelte Arbeit zu leisten hatten. Wenn wir diese Klagen hören, dann tragen wir sie auch leicht, weil wir sagen müssen, das ist eine erbliche Belastung des Parteivorstandes, sozusagen eine Erbsünde. Derselbe Vorwurf ist erhoben worden, als die Männer im Parteivorstand an der Spitze standen, die uns immer vorbildlich bleiben werden, nämlich Bebel und Singer. Auch unter ihrer Leitung wurden dieselben Klagen erhoben. Es ist ja schließlich das gute Recht aller Mitglieder, Kritik zu üben. Wir wollen uns gewiß nicht vergleichen mit Bebel und Singer, aber wir verlangen Gerechtigkeit, wir verlangen, daß die Parteigenossen die Unterschiede zwischen jetzt und früher prüfen. Die Arbeit, die die Parteigenossen damals auf agitatorischem Gebiete zu erfüllen hatten, ist nicht zu vergleichen mit der Arbeit der heutigen Zeit. Die Schwierigkeiten, unter denen wir zu arbeiten haben, sind viel größer. (Sehr richtig!) Kaleidoskopartig wechselt die politische Situation, viel schneller wie in früherer Zeit. Die Klage, daß der Parteivorstand nicht agitatorisch genug im Lande tätig gewesen ist, können wir ebenfalls nicht anerkennen. Der Ruf nach den großen Kanonen ist auch früher erhoben worden. Aber es gibt nicht viele große Kanonen. Wir gaben sie zum Teil in die Regierung ab. Es kann vielleicht gesagt werden, daß mehr als in der letzten Zeit unsere Minister auch zum Volke während ihrer Amtstätigkeit herabsteigen mußten, und nicht nur vor den Wählern zu den Wählern und zum Volke sprechen. (Zustimmung.)

Der Parteivorstand selbst hat getan, was er tun konnte. Ich will nur darauf hinweisen, daß Genosse Hermann Müller, Genosse Wolf Braun und ich in den letzten vier Wochen in nicht weniger als 26 Versammlungen gesprochen haben. Wir können also auch nach der Richtung hin sagen, daß die Vorwürfe, die gegen den Parteivorstand erhoben werden, nicht berechtigt sind.

Anderer Anträge verlangen von uns Unmögliches, so z. B. die Herbeiführung der Einigung der Arbeiterbewegung. Wir haben stets und ständig das dringende Bedürfnis, die proletarische Einigkeit herbeizuführen, betont. Wir sind den Anträgen der Zentralkomitee für Einigung der Sozialdemokratie sehr weit entgegengekommen und haben uns bereit erklärt, in einheitlicher Kampffront aller sozialistischen Parteien zu jeder Aktion gegen rechts zu marschieren. Abgelehnt wurden jene Vorschläge immer von den links von uns stehenden Gruppen. Ich brauche nur daran zu erinnern, welche Stellung die U. S. P. im Rapp-Butsch uns gegenüber einnahm, obwohl das ganze Land in Flammen stand, obwohl die Arbeiter aller Richtungen sich zusammengeschlossen hatten. Die Parteileitung der Unabhängigen erklärte hochmütig, daß sie sich mit uns nicht

an einen Tisch setzen könne. Sie haben auch den Versuch der Internationalen Kommission unter Führung des Genossen Suhmanns acht Tage nach dem Rapp-Butsch, eine Verbrüderungsaktion herbeizuführen, abgelehnt. Mit prinzipiellen Parteipakten ist eine Einigung unmöglich, auch dann, wenn der Vorschlag befolgt werden sollte, den ein unabhängiger Redner mir gegenüber in einer Versammlung der Bergarbeiter am Senftenberger Braunkohlenrevier machte. Er wollte mich beauftragen, am anderen Tage eine Konferenz der Vorstände der U. S. P., der R. P. D. und der Sozialdemokratischen Partei einzuberufen mit der bindenden Verpflichtung, niemand darf eher vom Platze aufstehen, bis die Einigung vollzogen ist. (Heiterkeit.) Das wäre also so eine Art Konklave wie bei der Papstwahl gewesen. Wenn wir einmal den unabhängigen Parteivorstand wirklich in seiner Gesamtheit zu einer Konferenz zusammenbekommen hätten, ich wäre neugierig gewesen, wie die Einigung zustande gekommen wäre, wie viele von seinen Mitgliedern den Kampfplatz verlassen hätten, wie sie ihn betreten haben. (Erneute Heiterkeit.) Die allgemeine Verwirrung, die in der Arbeiterkraft und in der ganzen Bevölkerung als Folge des Krieges vorhanden ist, macht eine Einigung der Arbeiterkraft zurzeit unmöglich. Gewiß ist das Volk politisiert und die Arbeiter sind revolutionär geworden. Aber revolutionär ist noch lange nicht sozialistisch. Was für Sozialismen sind in diesem Jahre nicht aufgetaucht?

Ich erinnere nur an jene Tagung in Regensburg, die die Gründung einer bayerischen Sozialdemokratischen Partei beschloß und ankündigte, daß 8 Wochen später in Berlin die Gründung einer neuen Sozialdemokratischen Partei stattfinden solle. Dabei waren Leute von der Zentralkomitee für Einigung der Sozialdemokratie tätig. Weiter haben wir die Gründung einer deutschen Sozialdemokratischen Partei mit der Geschäftsstelle in Leipzig, die so naiv war, uns in einem Schreiben aufzufordern, ihr ihre Flugblätter zu verteilen. Wir haben die Gründung einer jüdenreinen Sozialdemokratischen Partei mit dem Sitz Berlin, Potsdamer Straße, erlebt. Das sind Gründungen, die mehr in die Rubrik „Heiteres“ zu verweisen sind; aber sie sind auch Zeichen der geistigen Verwirrungen in unserem armen, vom Kriege geschlagenen Volke. Die Arbeiter aber, die der Sozialdemokratie den Rücken kehren, weil sie revolutionäre Worte für Taten hielten, die die Wirtschaftsrevolution, unter der die Welt in allen Fugen knackt, nicht erkennen, die die politische Macht, die sie in Deutschland in der Hand hielten, misachteten und dem Phantoma der bewaffneten Weltrevolution nachstürmen, mögen daran erkennen, wieviel Arbeit noch zu leisten ist, um dem Volke die Lehren der materialistischen Geschichtsauffassung in Fleisch und Blut übergeben zu lassen. Jetzt erst läßt sich die Bilanz des Krieges langsam übersehen. Das Ende des Krieges brachte kein Ende der Not: es fehlt an Lebensmitteln, um die Hungrigen zu sättigen, an Kleidern, um unsere Wunden zu decken, an Wohnungen, um uns zu beherbergen; es fehlt an Produktionsmitteln, um Werte zu schaffen, und vor allem fehlt es der ausgegammelten Arbeiterkraft an Kraft, um zu schaffen, wie es notwendig ist. Es gibt keine fürchtbarere Anlage gegen die bürgerliche Gesellschaft, als die Hülse des Glens, die Hügel der Leichen, die Not der Frauen und Kinder, die dieser Krieg heraufbeschworen hat. Die Gesellschaftsordnung, die dies verschuldet, hat dreifach den Tod verdient. (Bravo!) Es ist Torheit, wenn ein Mensch glaubt, es könnte eine Ausöhnung zwischen dem Sozialismus und dem Kapitalismus, dem Wahrzeichen der bürgerlichen Gesellschaft, geben. Sie sind Todfeinde, die nichts miteinander veröhnen kann.

Die primäre Frage ist nun: wie machen wir die Arbeiterkraft reif für ihre gewaltige Aufgabe? Einst hieß die deutsche Arbeiterkraft die bestgeschulte der ganzen Welt. Heute müssen wir gestehen, daß die junge Arbeiterkraft,

die 1914 von 18 Jahren an in den Krieg zog, und heute 24 bis 29 Jahre ist, keine Gelegenheit zur Schulung hatte. Sie hat vom Sozialismus fast nichts gelernt. Sie stoßen heute, ihrem inneren Triebe folgend, zu den radikalsten Parteibildungen, und dort hören sie wohl Schimpereien über unsere Partei, erhalten aber keine Befehle über die volkswirtschaftlichen Probleme, über Marx und Lassalle, über die wirtschaftlichen und politischen Kräfte und Gemmungen.

Vor wenigen Tagen trat mir in einer Versammlung ein junger Kommunist entgegen, der, als ich mich auf Lassalle als den Schöpfer des revolutionären Gedankens in der deutschen Arbeiterchaft berief, sagte: wie können Sie heute noch einen Referenten ernst nehmen, der sich auf Lassalle bezieht, einen Mann, der bald hundert Jahre im Grabe liegt? (Heiterkeit.) Ich sagte darauf, daß der tote Lassalle der Arbeiterchaft heute noch mehr gibt als der lebende Lenin jemals zu geben imstande ist. (Sehr gut!)

Von jener Seite hört man nur immer das eine Wort von der Notwendigkeit, die Revolution vorwärts zu treiben. Es werden Forderungen aufgestellt, die sofort durchgeführt werden sollen, ohne die im Wege stehenden Hindernisse zu beachten. Die auch dann nicht durchgeführt werden könnten, wenn U. S. P. D. und K. P. D. die Macht hätten. Es ist nur zu verständlich, wenn hierbei die am radikalsten sich gebärden, die früher überhaupt nicht organisiert waren. Sie schreien unaufhörlich: „Revolution!“ und glauben dadurch die Massen zum Sozialismus zu erziehen.

Wie weit diese Auffassung von der entfernt ist, die uns einst Bebel lehrte, zeigte jene Aeußerung Bebels auf dem Parteitage, auf dem wir uns über die Neutralität der Gewerkschaftsbewegung stritten. Er erklärte damals: ich will mich verpflichten, ein Jahr lang eine Zeitung zu redigieren und nicht einmal das Wort „Revolution“ oder „Sozialdemokratie“ zu gebrauchen, und doch sollen meine Leser am Ende des Jahres Sozialdemokraten und Anhänger der materialistischen Geschichtsauffassung sein. Auf Marx und Engels berufen sich jene, wenn sie gegenüber der sozialdemokratischen Erziehungsarbeiten der Partei die Diktatur des Proletariats fordern. Aber gerade Marx hat in seiner Schrift „Der Bürgerkrieg in Frankreich“ über die Diktatur des Proletariats sich in klassischer Klarheit ausgesprochen. Engels sagte im Vorwort zu diesem Buch:

Die Pariser Kommune war die Diktatur des Proletariats; sie war aber gleichzeitig nicht die Aufhebung der Demokratie, sondern sie beruhte auf ihrer weitestgehenden Anwendung auf der Grundlage des allgemeinen Stimmrechts. Die Regierungsgewalt sollte dem allgemeinen Stimmrecht unterworfen werden.

Marx schreibt:

Die Kommune bildete sich aus dem durch allgemeines Stimmrecht in den verschiedenen Bezirken von Paris gewählten Stadträten. Das allgemeine Stimmrecht sollte dem in Kommunen konstituierten Volke dienen, wie das individuelle Stimmrecht jedem anderen Arbeitgeber dazu dient, Arbeiter usw. auszusuchen.

Immer wieder spricht hier Marx vom allgemeinen Stimmrecht des gesamten Volkes, nicht vom Stimmrecht einer besonderen Klasse. Die Diktatur des Proletariats war ihm ein Zustand, der bei der überwiegenden Mehrheit des Proletariats aus der Demokratie notwendig hervorgehen mußte.

Im gleichen Sinne hat Friedrich Engels in einem Artikel 1891 über den sozialdemokratischen Programmentwurf erklärt:

Die demokratische Republik ist die spezifische Form der Diktatur des Proletariats.

Auf Marx und Engels können sich also diejenigen nicht berufen, die für die Diktatur im Gegensatz zur Demokratie eintreten.

Wir haben die Arbeiter über das Wesen des Sozialismus zu belehren und ihnen klar zu machen, daß der Kampf zwischen Bolschewismus und Sozialismus als Bestes Kampf ausgefochten werden muß, daß sie dem Bolschewismus, der nach Wjgodor Stopp's eigenen Worten unvereinbar ist mit der Friedensidee des Pazifismus, die Türe zu sperren haben.

Damit lehnen wir jedes Hinarbeiten auf eine fagenhafte Weltrevolution ab. Ganz besonders lehnen wir eine Politik ab, die auch die Revision des Friedensvertrages von der Weltrevolution erwartet. Gäßen wir auch innerpolitisch immer eine solche Politik getrieben, hätten wir uns mit billigen Lebensarten vom Zukunftsstaat begnügt, dann wären die Sozialdemokraten niemals zu der Macht geworden, die sie heute sind. Selbstverständlich ist, daß der endgültige Sieg der Arbeiterklasse international sein muß, wenn er für das Proletariat des einzelnen Landes nicht eine Niederlage werden soll, wie wir es jetzt in Rußland erleben.

Heute predigt die K. P. D. und der linke Flügel der U. S. P., die zuerst schrien: „Wir müssen unterschreiben“, den Volkskrieg gegen die Entente, um den Versailler Vertrag zu revidieren, Nadek gab schon auf dem Gründungstage des Spartakusbundes die Parole aus, die deutschen Arbeiter sollen mit den Roten Armeen Rußlands die Entente am Rhein bekämpfen und ihr jeden Friedensvertrag vor die Füße werfen. Däumig rief jetzt aus: Wie lange wollt ihr noch wie gebannt auf den Friedensvertrag von Versailles starren und ihn anerkennen? — Parteigenossen! Denken Sie an die Zeit vom 9. November. Wer es damals gewagt hätte, die Fortsetzung des Krieges zu predigen, der wäre von den Volksmassen und von den zurückflutenden Truppenmassen einfach davongesetzt worden. (Sehr richtig!) Sie kannten kein anderes Ziel als den Frieden. Heute aber kommen die Ultras von links mehr und mehr auf Nadek's Pläne zurück und proklamieren in der kommunistischen Presse die Errichtung der proletarischen Diktatur. Es heißt in einer jener Erklärungen:

„Die Errichtung der proletarischen Diktatur heißt Aufbau der Roten Armee. Aufbau der Roten Armee heißt Krieg gegen den Imperialismus der Entente. Nichts wäre verhängnisvoller, als wenn die Herrschaften des Völkerbundes dies eher begriffen als das deutsche Proletariat. Und der Krieg gegen den Imperialismus der Entente, der im Gegensatz zu dem von 1914 bis 1918 ein Krieg um die nackte Existenz ist, erfordert zu seiner glücklichen Durchführung eine noch viel schärfere Handhabung der Diktatur als die militärische der ersten Kriegsjahre es gewesen ist.“

Parteigenossen! Diese Politik in Verbindung mit der unserer Reaktionäre stärkt die Position Fochs und Poincarés in Frankreich. Die Säbelträger von links stehen mit den Säbelträgern von rechts Seite an Seite. Die Männer vom Preußensbund fühlten kürzlich auf ihrer Tagung bereits soviel Oberwasser, daß Graf York von Wartenberg erklären konnte, die Geschichte Preußens ist die Geschichte seiner Könige, und die Geschichte des künftigen Preußens muß wieder die Geschichte der preussischen Könige werden. Er sagt:

„Wir fordern, daß die Staatsgewalt Preußens wieder unter dem preussischen Staatspräsidenten hergestellt wird, hoffentlich in nicht zu langer Zeit. Ein Stich hat gerufen, das alte Preußen sei tot, es lebe das neue; das Gegenteil aber ist wahr: das neue Preußen ist totgeboren, das alte Preußen ist unsterblich. (Stürmischer Beifall.) Unsere Aufgabe ist, das neue Preußen, das kommen soll, vorzubereiten, die Güter des alten Preußens wie einen

heiligen Graf aus dem Sumpf der Revolution zu tragen und den Weg vorzubereiten für die Hohenzollernmonarchie."

Da war wiederum stürmischer Beifall. Die Herren vom Preußenbund fürchten in ihren dreifachen Bestrebungen die radikalen Elemente nicht, die links von uns stehen. Sie fürchten nur den geschlossenen organisatorischen Willen der deutschen Sozialdemokratie (Sehr richtig!), und sie brauchen auch die Radikalen von links nicht zu fürchten, denn die „kommunistische Arbeiterzeitung“ hat am 1. September den Herren einen Freibrief ausgestellt als sie schrieb: „Die Regierung“ — unseres Genossen Bauer — es war damals, als Herr von der Goltz konterrevolutionäre Bestrebungen im Osten anzettelte — „muß sobald wie möglich verschwinden, und wenn Herr von der Goltz dem revolutionären Proletariat die Mühe abnimmt, sie zu beseitigen, so haben wir nicht die geringste Veranlassung, ihm deshalb zu zürnen, selbst wenn diese Konterrevolution monarchistische Ziele auf ihre Fahnen geschrieben hat.“

Parteigenossen, vergeßt das nicht! Sagt in der Aufklärung immer wieder, daß es den Kommunisten gleich ist, ob in Deutschland die demokratische Republik herrscht oder die Hohenzollernmonarchie wieder Einzug hält. Alle Errungenschaften der Revolution, freies Wahlrecht, Achtstundentag, Arbeitslosenrecht usw. sind ihnen nichts; schamlos stehen sie dabei, wenn die Reaktionsäre ihre Bestrebungen öffentlich in die Welt schreiben, der Republik den Garaus zu machen.

Die R. P. D. hat es auch bei Ausbruch des Rapp-Butsches abgelehnt, in den Generalstreik zusammen mit der mehrheitssozialdemokratischen Arbeiterschaft einzutreten. Aber sie erlebte gleich dem Parteivorstand der Unabhängigen ihr Damaskus. Am 24. März saßen im Saale des Reichstanzlergebäudes die Führer der Unabhängigen mit dem Reichstanzler Bauer und uns zusammen und unterbreiteten den Vorschlag auf Bildung einer reinen Arbeiterregierung von Koalition. Zentrum und freisinnig-demokratische Arbeiter sollten mit Zustimmung ihrer Fraktionen in die Regierung eintreten, und wenn nicht viel gemacht werden könnte, so wäre es doch eine Errungenschaft, die sich schon sehen lassen könnte. Man erkannte also damals die Koalition an, und das Interessanteste dabei ist, daß die kommunistische Partei Deutschlands in jenen Tagen den unabhängigen Vorführern eine lokale Opposition versprochen hatte. Allerdings hat die kommunistische Partei sich deswegen nicht nur den Horn der R. P. D., sondern auch des Exekutivkomitees in Moskau zugezogen. Diese fürchtete nur, in der damaligen Zeit vielleicht daneben zu hauen. In den Erklärungen, die sie auf ihrem Kongreß in Moskau abgab, heißt es: Heute habe sie eingesehen, daß sie damals hätten dazwischen fahren sollen.

Diese eine Tatsache des Gegensatzes zwischen der R. P. D. und der Exekutive in Moskau in einer solchen revolutionären Situation zeigt aber schon, daß eine selbständige Leitung der Organisation der Arbeiter in jedem Lande notwendig ist, daß sich dem auch die R. P. D. nicht entziehen kann, und sie zeigt schon die künftige Sprengung der R. P. D. aus der unmöglichen Abhängigkeit von Moskau. Die Arbeiter und Parteigenossen mögen sich darüber klar sein, daß sie, wenn sie der Politik, die von den Parteien von links zur Vernichtung des Friedens von Versailles gepredigt wird, folgen, keine Friedenspolitik treiben, sondern Kriegspolitik. Diese Politik verhindert die Revision des Friedensvertrages und macht Deutschland zum Schlachtfeld Europas. Sie wirft Deutschland und die deutsche Arbeiterklasse völlig zu Boden; sie bedeutet für Jahrzehnte das Ende des Sozialismus. Darüber täusche man sich nicht, auch wenn die „rote Fahne“ in ihrer Nummer vom 8. Oktober einen telegraphischen Be-

richt des Berichterstatters des „Daily Herald“ über den kommunistischen Kongreß in Waku bringt und darin erklärt, daß dort der Heilige Krieg proklamiert worden sei. In jenem sehr interessanten Bericht heißt es:

„Einige Mullahs — arabische Geistliche — erklärten, daß die Grundsätze des Bolschewismus schon in dem altbewährten Geist des Islams enthalten seien.“

Es mag sein, ich kenne den Islam nicht, aber mit Bolschewismus hat der Sozialismus nichts zu tun! Dann heißt es über jenen Kongreß:

„Die Stimmung erreichte ihren Höhepunkt, als Sinowjew den Heiligen Krieg ausrief und die 1800 Kongreßmitglieder — Kurden, Perser, Araber usw. — ihre Schwerter zückten und den Schwur leisteten.“

Kurden, Perser und Araber mögen den Bolschewismus verstehen, es mag der Sozialismus sein, der ihnen verständlich ist. Sinowjew aber ist von dort nach Deutschland gereist, um nach Halle zu pilgern und dort den Heiligen Krieg gegen die Unabhängigen zu predigen, die für den demokratischen Sozialismus noch etwas übrig behalten haben. (Sehr gut! und Heiterkeit.) Perser, Türken und Araber sind reif für die Heilslehre des Bolschewismus, aber Sinowjew zieht nach Halle, um Kautsky, der davon nichts versteht, aus der Internationale zu entfernen — ein Bild zum Lachen, wenn es nicht so traurig wäre. (Bestimmte Zustimmung.)

Nein, Parteigenossen, gerade für den internationalen Sieg des Proletariats brauchen wir den Gedanken des Völkerbundes. Der Sieg des Völkerbundes, wie wir ihn verstehen, ist die Niederlage der Imperialisten, er ist das Zeichen des ausschlaggebenden Einflusses des Sozialismus in allen Ländern. Die Waffen nieder, das heißt nieder mit der Rüstungsindustrie, nieder mit den Machtpolitikern, nieder mit dem erspähenden Kapital, nieder mit der Unterdrückung des eigenen Volkes und der fremden Völker. Ist das alles niedergelungen, dann erst steht als Sieger das Proletariat auf dem Plan, das Volk, dessen Wirtschaftspolitik Sozialismus, dessen innere Politik Demokratie und dessen äußere Politik der Völkerbund ist.

Was sich heute als Völkerbund bezeichnet, ist ein Völkerbund der Kabinette. Unsere Politik muß darauf hingehen, den Bund so zu entwickeln, daß sich jede Weltrevolution unnötig macht, daß der Völkerbund die wahre unblutige, waffenvernichtende und unerschütterliche Weltrevolution wird gegen jede Erneuerung einer Bündnispolitik.

Die zahlreichen Anträge zum Parteitage erwähnen mit keinem Wort das Gebiet der auswärtigen Politik. Dabei ist die auswärtige Politik zu einem der wesentlichsten Bestandteile unserer inneren Politik geworden. Man braucht nur die Feststellungen des Reichsfinanzministers vor dem Kabinett und die Riesenjumenen anzusehen, die aus dem Friedensvertrag erwachsen. Oder man braucht sich nur an den Artikel 172 der Verfassung zu erinnern, wonach jede Verfassungsbestimmung ungültig ist, die nicht im Einklang mit dem Friedensvertrag steht, um einzusehen, daß ein Land, in dem ein internationaler Vertrag, also ein Instrument der Außenpolitik, Bestandteil des Staatsgrundgesetzes ist, seine besten Kräfte auf die auswärtigen Angelegenheiten konzentrieren muß. Die Sozialdemokraten, als seine größte Partei, muß durch klare Richtlinien außenpolitisch meinungsbildend und richtunggebend wirken. Wir haben das bereits in unserem schriftlichen Bericht angedeutet, und ich will es hier präzisier formulieren.

Selbstverständlich muß an der Spitze die Antwort auf die Frage stehen: Wie stellen wir uns zum Versailler Friedensvertrag? Lediglich mit dem Be-

kenntnis tunlichster Vertragstreue ist es nicht getan. Unsere Stellung ergibt sich aus zwei Forderungen. Erstens aus der Revision des Friedensvertrages. Er laßt am schwersten auf der deutschen Arbeiterschaft, deren Arbeitsmöglichkeit unerträglich verkürzt, deren Leistungsfähigkeit aber durch das Später Abkommen wieder gewaltsam überspannt wird. Der Vertrag achtet weder das Selbstbestimmungsrecht der Völker, noch die grundlegende Forderung der Sozialdemokratie nach Schlichtung außerpolitischer Streitigkeiten durch Schiedsgerichte. Im Gegenteil, der Schiedsgerichtsgedanke hat trotz des Völkerbundes durch die Entente den empfindlichsten Rückschlag erlitten. Die Rechtfertigung des Schwächeren im internationalen Leben hat sich im Vergleich zur Vorkriegszeit verflüchtigt. Sie findet ihren Ausdruck nicht allein in der ultima ratio, im Kriege, in dem der Stärkere triumphiert, sondern der Stärkere greift jetzt auch bei unfriederlichen Einzelvorgängen in den Beziehungen der Völker unbedenklich zur Gewalt, ohne sich um Rechtsgrundsätze zu kümmern. Das bezeugt die Vergewaltigung von Eupen und Malmedy und die widerrechtliche Uebertragung der diplomatischen Vertretung des Saargebietes an Frankreich. (Sehr richtig!) Ebenso die Versuche, Danzig nicht zu einer freien Stadt werden zu lassen, und vor allem die dauernden Einmarschdrohungen, die im Friedensvertrage keinen Anhalt finden. (Sehr richtig!)

Das ist unsere negative Haltung zum Friedensvertrag, die aber sofort positiv ergänzt werden muß, wenn wir nicht an die Seite der Nationalisten gedrängt werden sollen, die den ganzen Vertrag, insbesondere seine militärischen Klauseln, vernichten möchten. Daher unsere zweite Forderung: Durchführung des Wiederaufbaues der zerstörten Gebiete als Kernstück der Wiedergutmachung. Das Verlangen nach Wiedergutmachung ist berechtigt. Jeder Sieger in der Geschichte hat es noch gestellt. Frankreich muß es stellen, wenn es nicht untergehen will. Aber von dem Wie hängt es ab, ob die Wiedergutmachungsfrage zu einem Element nützlichen Ausgleichs oder zum Keim neuer Zerwürfnisse werden soll. Aus dieser Erkenntnis heraus müssen wir dringend warnen vor der Festsetzung bestimmter jährlicher zu zahlender Schulsummen. Ein Blick in die Darlegungen des Finanzministers Wirth zeigt, daß wir solche niemals einzuhalten vermöchten, daß also aus dem Leistungszwang neue Verstimmungen und neue Drohungen mit Repressalien erwachsen müssen.

Ähnlich steht es mit dem Versuch, das Hauptgewicht in der Wiedergutmachung auf Materiallieferungen an Rohstoffe, an Kalk, Maschinen und anderen Fabrikanlagen zu legen. Bei den Rohstofflieferungen haben wir ja schon erlebt, wie die Ereignisse außerhalb unseres Willens liegen, wie die oberösterreichischen Unruhen die Einhaltung unserer Verpflichtungen erschweren und durchkreuzen. Ähnlich wäre es bei allen anderen Lieferungen, da bei ihrer Herstellung viel zu viel Unsicherheitsfaktoren mitsprechen. Den Hauptinhalt der Wiedergutmachung können sie also nicht bilden. Wir können Frankreich nur helfen, wenn wir unsere Arbeitskraft als Hauptleistung in die Waagschale werfen können. (Sehr richtig!) Das können wir beim Wiederaufbau der zerstörten Gebiete. Dazu wird diese Arbeit besser als irgendeine andere mit Schutz und Vermwistung zugleich einen Teil des Kriegshasses und der Kriegserinnerungen abtragen können, also einer gegenseitigen objektiveren Beobachtung das Schwelb freimachen. Mit den neu erblühenden Städten und Dörfern wird die Völkergemeinschaft wiedererwachen können, wenn Deutsche und Franzosen gemeinsam die Zerstörungen beseitigen, die der Krieg herbeigerufen hat. (Sehr richtig!)

Schließlich aber ist diese Art der Wiedergutmachung die einzige, die denen zugute kommt, die durch den Krieg gelitten haben, während alle anderen Arten mehr oder weniger kapitalistische Formen annehmen und für einzelne Früchte zu tragen bestmmt sind. Deshalb darf nicht der Unternehmer, sondern müssen die Gewerkschaften die Träger der Aktion werden. Sie müssen die Urheber des Bauplanes werden und sich nach Möglichkeit mit den französischen Genossen verständigen. Innerpolitisch wird das die große Bedeutung haben, daß ähnlich wie nach dem Abkommen von Spa die Arbeiterschaft als der einzige solvente Bürge für die Erfüllung des Friedensvertrages in die Erscheinung tritt, also auch ihre Forderungen stellen kann; außerpolitisch aber ist es ein neuer Zwang und Antrieb, sich mit der Außenpolitik zu befassen. Es ist möglich, daß man schließlich zu einem gemischten System kommt, also Beteiligung am Wiederaufbau und eine gewisse Jahreszahlung in bar oder in Materialen. Aber unter allen Umständen wird daran festzuhalten sein, daß der Wiederaufbau den weitaus größten Raum in unseren Verpflichtungen einnehmen muß. Das, Partizipanten, ist die Stellung, die wir zum Versailler Friedensvertrag einzunehmen haben. Auf diesem Wege wollen wir den Weltkrieg materiell und geistlich liquidieren und künftigen Kriegsverwicklungen, die ja, wie das polnische Beispiel zeigt, in Hülle und Fülle dem Vertrage innewohnen, nach Möglichkeit vorbeugen. Diese politische Arbeit muß aber noch systematischer und dauernder geleistet werden wie von der immerhin schmalen Basis des einzelnen Landes aus es möglich ist. Deshalb erstreben wir durch das internationale Bureau, das eng zusammenarbeitet mit der Internationale, die Schaffung eines internationalen politischen Generalstabs. Zweimal hat das internationale Weltproletariat nach dem Friedensschluß in die auswärtige Politik eingegriffen: mit dem Boykott gegen das weiße Ungarn und mit der strikten Neutralitätserklärung im russisch-polnischen Krieg. Es gilt nun, diese Machten: faltung in ein bestimmtes System zu bringen, damit sie nicht von Fall zu Fall nach dem Guldünken eines einzelnen in Aktion tritt, sondern nach ganz bestimmten Richtlinien und ganz bestimmten Formen. Sonst wird bald der Grund eines Eingreifens dreifach sein, und die Parolen da und dort nicht befolgt werden oder nicht zweckmäßig am richtigen Ort und mit den richtigen Mitteln einsetzen. Das Beispiel gerade der Aktion gegen Horthy-Ungarn, wie der Kapp-Streit lehrte uns, daß das Proletariat sich Kampfesformen und Möglichkeiten schaffen muß, die nicht aus seiner und unseren Klassengenossen die tiefsten Wunden schlagen. Was ein solcher Aktionsausstoß für die außenpolitische Schulung der Arbeiter bedeutet, und was er für einen Machtzuwachs darstellen kann, ist noch nicht abgesehen. In England bereitet sich eine solche Einrichtung bereits vor. Dann stellt sich aber ein außerpolitischer Generalstab auch als ein kriegshinderndes Element im allgemeinen dar, durch das das Proletariat die Funktionen selbst übernimmt, die eigentlich der bürgerliche Völkerverbund übernehmen sollte. Wir dürfen die Aufgabe nicht übersehen, künftige Kriege nach Kräften unmöglich zu machen. Denkt, daß wir vielleicht schon wieder mitten im Kriege stehen, daß er aber auf jeden Fall am Lore droht, der Krieg einer heiligen Allianz gegen Rußland.

Parteienossen! Durch die polnischen Siege hat der niemals ganz unterdrückte Wunsch und Gedanke der bürgerlichen Regierungen und Klassen neues Leben gewonnen, Moskau mit Waffengewalt niederzuringen. Wrb dieser Gedanken zur Ueberzeugung besonders der gesamten Entente, liegt diese französische Auffassung über die bisher hauptsächlich von Lloyd George betriebene Politik, mit Rußland zu einer Einigung zu kommen, dann hat auch die Schicksalskünde des Deutschen Reiches, des deutschen Volkes geschlagen. Denn es wäre



unmöglich, daß wir im Gefolge eines solchen Kreuzzuges gegen Moskau, dem Bürgerschrecken der ganzen Welt, neutral bleiben könnten. Es gibt nur zwei Möglichkeiten. Entweder erweist sich das deutsche Bürgertum stärker als die Arbeiterschaft, dann würde uns die Rolle des Söldnerheeres der Entente zufallen, und der Bürgerkrieg in Deutschland würde zur Tatsache, oder die Arbeiterschaft setzt ihren politischen Willen durch und hält streng zur Neutralität, dann wird Deutschland zum Schlachtfeld werden, wenn die Bolschewikisten stark genug sind oder es wird zum Durchmarsch- und Aufmarschgebiet, d. h. zur Steppe. Wenn die Entente auf's ganze geht, wäre die Zeit der Respektierung der deutschen Neutralität vorüber.

So ist also die deutsche außenpolitische Lage. Noch ist nicht zu ersehen, ob die Entente unter der französischen Ueberredung zur militärischen Machtanwendung sich entschließt oder ob der Widerstand in den eigenen Ländern so stark einzieht, daß sie einen neuen, von der Arbeiterschaft aufs höchste verabschiedeten Krieg nicht wagt. Wie immer die Entscheidung sein wird, solange noch ein Funke im Ausflukt ist, müssen wir durch eine politische Aktion versuchen, der kriegerischen Auseinandersetzung vorzubeugen. Das soll unsere letzte außenpolitische Forderung sein: Was wir im Parlament gefordert haben, ist sofortige Wiederaufnahme der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu Rußland, ohne irgendwelche Rücksichten auf die dortige Staatsform (Sehr richtig!), nicht wegen, sondern gerade trotz des Bolschewismus! Ein Staat — und wie die Dinge liegen, kann es nur Deutschland sein — muß entschlossen die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen wieder aufnehmen, muß den psychologischen Wall durchbrechen, den Haß und Furcht der Bourgeoisie im Rußland gezogen haben, und muß mit der jetzigen Behandlung Rußlands als eines Pestherdes aufhören. In fast allen Regierungen — darüber brauchen wir uns nicht zu täuschen —, in allen Wirtschaftskonzernen, allen Banktrusts der Welt sitzen Männer und sind Kräfte am Werke, die über dem politisch Unangenehmen noch auch das Wirtschaftlich-Etwige in dem großen Rußland sehen und das Wirtschaftsleben der Erde als unvollständig und ergänzungsbedürftig empfinden, solange Rußland nicht wieder in ihm aufgegangen ist. Diese Kräfte können nur ausgelöst werden, wenn ein Staat die Brücke schlägt. Die Eifersucht auf die wirtschaftliche Ausbeutung Rußlands ist groß. Nicht einen Tag würden sie verzeihen lassen, wenn Deutschland in den alleinigen Besitz der wirtschaftlichen Beziehungen mit Rußland käme, wenn wir den Anfang machten auf diesem evolutionären Wege, so würde das für viele Staatswesen das Signal sein, ihrerseits den Anschluß wiederherzustellen, und anderen würde das Verharren auf dem kriegerischen Wege zum mindesten außerordentlich erschweren, wenn nicht ganz unmöglich gemacht werden. Was an wirtschaftlichen Werten bei dem hier geforderten Schritt herauskäme, ist für mich in diesem Augenblick erst eine zweite Frage. Aber erstens bessert das Nichtstun, das Beiseitestehen an den russischen Verhältnissen absolut nichts, und zweitens wird hier eine politische Handlung mit politischen Gründen und politischen Endzielen vorgeeschlagen, vor denen die wirtschaftliche Ausnutzung vorläufig zurücktreten muß. Ich fasse also diese vier Punkte kurz zusammen, indem ich auf den Umfang hinweise, daß alle vier Forderungen einer einzigen Wurzel entspringen und einem Zweck dienen, dem, trotzverhindernd zu wirken durch Beiseitigung der Ursachen, durch Schaffung zweckdienlicher Institutionen oder durch Herbeiführung eines neuen, dem Frieden dienlichen Zustandes: 1. die Revision des Versailler Friedensvertrags nach sozialpolitischen Gesichtspunkten, wie sie von der Zweiten Internationale festgelegt worden sind, 2. sofortige Inangriffnahme und Durchführung der Wiedergutmachung

in Gestalt des Wiederaufbauens der zerstörten Gebiete, 3. Schaffung eines internationalen Generalfonds durch die Internationale und 4. sofortige Wiederaufnahme der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen mit Rußland. Alle diese Forderungen sind Gemeingut der zweiten Internationale, und an uns liegt es, diesen Punkten den Charakter eines internationalen Aktionsprogramms des Proletariats zu geben. Sie alle haben bereits bei den letzten Wahlen eine gewisse Rolle gespielt, und damit komme ich auf das Gebiet unserer inneren Politik.

Parteigenossen! Die letzten Reichstagswahlen haben, wie man noch heute jeden Tag von den Blättern und Rednern der bürgerlichen Parteien hören kann, den bürgerlichen Parteien einen entschiedenen Sieg gebracht. Trotz dieses Sieges aber war der erste Schritt des Führers der Deutschen Volkspartei, des Herrn Dr. Feinze, die Sozialdemokratie in das von ihm zu bildende Kabinett einzuladen, und das geschah komischerweise gerade am dem Tage, an dem das berühmte — an die Spitze zu spät fertig gewordene — Plakat in Berlin angeschlagen wurde: „Von roten Ketten macht uns frei allein die Deutsche Volkspartei!“ Wir haben es selbstverständlich abgelehnt, in diesem merkwürdigen Mischmasch von Monarchismus und Großkapitalismus hineinzusteigen. Wenn wir während des Wahlkampfes nicht ausreichend Gelegenheit gehabt hätten, Herrn Stresemann und seine Getreuen kennen zu lernen, wäre die Erinnerung an seine Haltung während des Kapp-Zuges genügend gewesen, zu der Parole: „Hände weg!“ (Zustimmung) In den bürgerlichen Kreisen, in denen man der Sozialdemokratie ihre ganz selbstverständliche Haltung besonders übelnahm, wurde das Märchen erjornt, wir wären verknüpft wegen des Ausfalls der Wahlen und ständen deshalb schmolend da. Solche Lächerlichkeiten liegen uns natürlich fern. Wir wissen am besten, daß ein Wahlkampf kein Liebesgespräch ist, und sind am allerwenigsten geneigt, jedes Wort auf die Goldwaage zu legen. Rein, abgesehen von der prinzipiellen Weigerung mit einer monarchistischen Partei zusammenzugehen, gab es zwei prinzipielle Gründe für uns: Die bürgerlichen Parteien haben ihren Wahlkampf damit geführt, daß sie behaupteten, alles Unglück komme nur von der Miswirtschaft der Sozialdemokraten und daß sie darüber den Sozialismus als solchen als verderbbringendes, weltförendes Prinzip betrachten. Demgegenüber erklären wir: Ihr bürgerlichen Parteien habt eine große Masse von Unpolitischen, von Ungebildeten, von Nachläufern durch eure Behauptungen diesmal für Euch gewonnen. Es wäre eine politische Dummheit und ein politisches Unrecht erster Klasse, wenn wir dieser Masse der Nachläufer die Möglichkeit entzögen, auch einmal nachzuprüfen, ob tatsächlich die Sozialdemokratie an der Not des Vaterlandes schuld gewesen ist, ob denn die Bürgerlichen es wirklich besser können, ob sie das Rezept für alle die Leiden der Zeit wirklich besitzen und anwenden können. Wir hätten ja sonst schulo daran, wenn sich die nächsten Wahlen wiederum unter dieser irreführenden Parole abspielen würden, daß der volksparteiliche Schwindel wieder geglaubt werden würde, wenn wir der jetzigen Regierung nicht die Möglichkeit geben, ihren Beweis bis zu Ende zu führen. Nicht die Sozialdemokratie ist an dem Elend schuld, sondern es ist der Krieg der Herren Westarp und Stresemann (Sehr richtig!), der all das Elend auf dem Wirtschaftsgelände, auf dem Ernährungsgebiet herbeigeführt hat. Diese Verantwortung ist gerade gegenwärtig im vollsten Grade und wir werden nichts tun, was sie irgendwie hindern kann, dem deutschen Volke die bitter notwendige Aufklärung zu geben. Aber die Rechte hat ihren Wahlerfolg nicht nur mit den Nachgriffen der Sozialdemokratie erstritten, sondern mit einem haßerfüllten Kampf gegen den Sozialismus als

solchen, gegen die Verechtigung und den Wert der unveräußerlichen Grundstücke unserer Weltanschauung. Und da sollten wir nun in einer Regierung zusammenfügen mit Männern, die nicht nur verschieden von uns denken, sondern die das Kernstück unserer Gedankenwelt als die höchste Gefahr für das deutsche Volk bezeichnen? Wir sollten mitschuldig sein an den trafen Unehrlichkeiten, wie sie innerhalb der Regierung und der Regierungsparteien sich jetzt abspielen, daß sich das neue Kabinett einstimmig für die Sozialisierung entscheidet, während der Parteiausschluß der Deutschen Volkspartei den Sozialisierungsgedanken einmütig ablehnt? Diese Widersprüche sollen wir mit dem Namen der Sozialdemokratie decken und dabei noch ehrliche Männer bleiben können? Das ist eine Unmöglichkeit für uns! (Sehr richtig!) Wir können uns mit Monarchisten nicht zusammensetzen, erst recht aber nicht mit Antisozialisten vom Schlage der Deutschen Volkspartei. (Sehr richtig!) Aus Ehrlichkeit sind wir nicht in die Regierung eingetreten und aus Ehrlichkeit werden wir dieser Regierung fern bleiben. (Bravo!) Wir müssen abwarten und werden über kurz oder lang erleben, daß Herr Stresemann dem dringlichen Bittgesuchen des Herrn Grafen Westarp nachgibt und mit ihm wieder bildet einen engen Verband zur Verleumdung und Bekämpfung der deutschen Sozialdemokratie. Und in diesem Bund kann jeder ihrer Wortführer das werden, was sie der gegenwärtigen Regierung nicht geben konnten, nämlich Sachminister. (Heiterkeit.) Ich will nicht im einzelnen ausmalen, wie Hand in Hand mit der freundlichen Aufforderung an uns, den Groll zu begraben und in die Regierung einzutreten, die Säuberung von sozialdemokratischen Männern, sozialdemokratischen Einrichtungen und Gedanken während der Zeit der Regierung der Deutschen Volkspartei durch die Reichskammer gegangen ist. Und ich erkläre heute schon: wir werden wieder in die Regierung kommen, und wir werden uns den gründlichen Säuberungsprozeß, den jene vollzogen haben, dann zur Lehre dienen lassen. (Lebhafter Beifall.) Man muß sich ja nur die Fortschritte ansehen, die gerade in der Zeit des Entwaffnungsgeheißes die Bewaffnung und Stärkung der Reaktion gemacht, um sich darüber klar zu sein, wofür heute der Wind bläst. Wir haben genau so wie die Unabhängigen gesehen, welche Gefahren das Entwaffnungsgeheißes in sich schließt, aber wir haben im Unterschied zu ihnen uns von der außenpolitischen Ermägung leiten lassen, daß Deutschlands Stellung zur Entente hoffnungslos vergiftet wäre und vergiftet bleiben müßte, wenn wir die Entwaffnung nicht endlich auf der ganzen Linie durchführen würden. Diese Ueberzeugung hatten natürlich auch die Unabhängigen. Und sie hätten uns um so mehr folgen können, da von ihnen immer behauptet wurde, die Arbeiterklasse habe keine Waffen. Wir haben uns nicht an den billigen und wirkungslosen Demonstrationen der Unabhängigen beteiligt, sondern tatkräftig daran gearbeitet, die Gefahren des Entwaffnungsgeheißes zu beseitigen, indem wir durch einen Aufruf an das gesamte Volk und die Partei einen Dienst eingerichtet haben, der uns jede Nachricht über etwa versteckte Waffen übermitteln. Die Reaktion muß ungefährlich gemacht werden, und der Parteivorstand hat das zu erreichen versucht, indem er die Genossen zunächst aufgebodet hatte, in die Einwohnerwehren einzutreten, um so die Raders der Gegenrevolution zu dezimieren. Jetzt, wo die Entente die Einwohnerwehren verboten hat, gibt es nur ein Mittel, wenn wir nicht in dem modernen Selbstschutz und der Orgeschwärmung eines schönen Tages vor der Armee der Gegenrevolution stehen wollen: die Entwaffnung.

Und nun ein Wort zur Reichstreue und zu dem vielgepriesenen vaterländischen Gefühl, dem Bekenntnis zum Deutschtum, dieser Kreise um Orgesch

und um den Selbstschutz herum. Ein Herr von Kleist ist es gewesen, der in Pommern zuerst wie ein edler Quisow erklärt hat, Pommern möchte nicht daran, sich entwaffnen zu lassen. Ihm folgten die in Brandenburg, in Ostpreußen, in Bayern, und aus allen diesen Landesteilen klang der Ruf: „Wir lassen uns nicht entwaffnen!“ zu uns, und er brang natürlich auch zu den Ohren der Entente. Die erste Probe für ihre Reichstreue legen die Herren also dadurch ab, daß sie Deutschland der neuen Gefahr der Verdächtigung des Reichstagsbruchs und neuen Repressalien aussetzen, wodurch von neuem die Gefahr des Einmarsches in das Ruhrgebiet und der Durchschneidung der wirtschaftlichen Schlagader Deutschlands hervorgerufen wird. Die deutschen Arbeiter werden wissen, wenn aus der ungenügenden Durchführung der Entwaffnung eine Katastrophe für uns eintreten sollte, wo sie die Schuldigen zu suchen und zu finden haben werden. Aber ihr Haß gegen alles Republikanische und Sozialistische reizt diese Waffenenthusiasten zu Zettelungen und Handlungen hin, die den Bestand des Reiches überhaupt in Frage stellen. Wenn die Nachrichten, die das „Berliner Tageblatt“ vor einiger Zeit gebracht hat, richtig sind, dann bestehen zwischen allen diesen chauvinistischen Reichsfeinden unterirdische Beziehungen von ungeahnter Ausdehnung. Ob es der Graf Volkmer und seine Königsparlei in München oder sein Freund Dr. Lorenz ist, der aus den Rheinlanden mit französischem Geld eine französische Provinz machen will, ob es heftige Föderalisten oder oberösterreichische Unabhängigkeitsapostel sind, alles was sein Süppchen an dem zerbrochenen Gefäß des Deutschen Reiches kosten will, und lieber als Pensionär mit Auslandsvaluta ein beschauliches Leben führen will, steht nach diesen Nachrichten in angster Fühlung miteinander und hofft doch, vielleicht irgendwie aus seinem Patriotismus eine französische Pension herauszujagen zu können. Das sind dieselben Leute, die bei den letzten Wahlen den Reichsparteien Schlepperdienste geleistet haben und vor und nach dem Kriege die sozialistischen Arbeiter mit ihrer internationalen Ueberzeugung als vaterlandslos hingestellt haben. Es ist eine furchtbare und nicht unverdiente Tragik, daß der Erfinder dieses Wortes heute vaterlandslos im weitesten Sinne des Wortes ist, und die vaterlandslosen Gesellen von ehemals, wie jetzt erneut im Saargebiet, unerschrocken ihr Vorkennnis zu Deutschland bekunden in dem unerschütterlichen Willen, trotz allem deutsch zu bleiben. Wer kämpft in Oberschlesien gegen die Reparationsgelder der Polen? Wer kämpft da gegen den Ehrgeiz und die Profigier einzelner weniger, wer erklart in Bayern durch den Generalfreik unter Einsetzung seiner wirtschaftlichen Existenz, die Pläne der Königsmacher niederkämpfen zu wollen? Der deutsche Arbeiter ist es, immer wieder der deutsche Arbeiter, die Gewerkschaftler und die Sozialdemokraten, die wirtschaftlich Schwächlichen, die an Arbeitsstelle und Lage der Produktionsmittel mehr gebunden sind als jeder andere, als der Beamte und Kaufmann im Reiche, die sich immer wieder als die treuesten Söhne unseres geschlagenen Landes erweisen. (Bravo!) Sie treten in die Brezche, die der Krieg dem Deutschtum geschlagen hat, sie überlassen den Patrioten das Maulheldentum, mit dem man bei Festen und Karaben aufzitreten kann, und üben eine willige und wahrhaft tätige Vaterlandsliebe.

So ist es in politischer, aber auch in wirtschaftlicher Beziehung, und damit komme ich zum letzten Teil der Ausführungen, die ich hier zu machen habe. Auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik stehen wir vor einem neuen Problem, das wir und die ganze Welt vor dem Kriege nicht gefannt haben: es ist das Problem des Wiederaufbaues dieses Problems bedeute, daß auf einmal die ganze Industrie wieder aufgebaut werden muß, die während sechs Jahren des Krieges und der Blockade mit den gewaltigsten Mitteln der Zerstörung und



mit den vereinigten Kräften der kapitalistischen Staaten zugrunde gerichtet worden ist. Jetzt soll und muß alles wieder aufgebaut werden, aber wer soll aufbauen? Der Appell geht wieder an die arbeitende Welt. Das arbeitende Volk ist es, an das sich alle wenden. Die Kapitalisten, die Imperialisten, die Bankgewaltigen, die Börse stehen dem gewaltigen Problem ratios/ gegenüber. Die Industrie muß aufgebaut werden, das ist ihnen klar, aber wie, wissen sie nicht. Niemand weiß darin Rat, niemand hat bisher die Medizin dafür erfunden. Sonst, Parteigenossen, wußte man nicht, wo man mit dem Warenüberschuß hin sollte. Man stöberte die ganze Welt auf, man ging zu den Chinesen, den Negern, den Eskimos, den Malaien, allen mußte man die Fabrikate der europäischen Industrie aufbinden. Jetzt fehlt den europäischen Völkern selbst das Allerwichtigste. Die Zeitungen berichten, daß die durch den Kautschukhandel reich gewordenen Neger sich Luxuswägen erbauden, und im zivilisierten Europa geht die heranwachsende Jugend in zerrissenen Schuhen herum und kann keine Schulbücher kaufen! Die zivilisierte Welt verwildert und versinkt sichtbar in Barbarei. Es fehlt uns an allem und jedem, an Kleidung, Wohnung, Nahrungsmitteln. Bei uns in Deutschland mühen wissenschaftliche Zeitschriften ihr Erscheinen einstellen und wissenschaftliche Versuche unterbleiben, weil die Mittel dazu fehlen. Unsere Gelehrten und Künstler darben und hungern. Ich brauche das Bild, daß Sie alle kennen, nicht weiter auszumalen. Es ist der Untergang der Kultur. Und von allen Seiten ertönt der Ruf: es muß mehr produziert werden! Als Sozialdemokraten betrachten wir das Problem vor allem vom Gesichtspunkt der Arbeitermassen aus. Wir wissen, ohne Industrie kann es weder Kapitalismus noch Sozialismus geben; ohne Industrie gibt es nur Massenelend allein. Die ganze Aufräumbewegung des Proletariats ist auf das innigste mit der Entwicklung der Industrie verbunden, sie steht und fällt mit ihr. Das haben schon die Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus, Marx und Engels, im kommunistischen Manifest dargelegt. Jetzt aber sehen wir es mit eigenen Augen. Parteigenossen! Wenn wir aber an die Lösung dieses Problems herantreten, haben wir uns zunächst zu überzeugen, daß es auf der Basis einer einzelnen Nation oder eines einzelnen Staates überhaupt nicht zu lösen ist. Es ist ein Weltproblem, und deshalb habe ich am getrigen Tage, als die Frage hier behandelt wurde, ob das Wirtschaftsproblem als besonderer Punkt auf die Tagesordnung gesetzt werden sollte, darauf hingewiesen, daß diese Frage nicht losgelöst werden kann von der allgemeinen großen politischen Debatte, von der allgemeinen weltpolitischen Situation, von der allgemeinen Weltfrage. Sie ist ein Weltproblem. Trotz alledem können wir uns zunächst damit beschäftigen, was wir innerhalb der Staatsgrenzen, in denen sich unsere Tätigkeit als politische Partei abspielt, erreichen können. Da müssen wir vor allen Dingen daran denken, daß es gewisse Vorbedingungen der Produktion gibt, ohne die die Industrie sich überhaupt nicht entwickeln kann. Diese liegen für Deutschland in der Rohstofflieferung. Für die deutsche Produktion kommen hauptsächlich Kohle und Eisen in Betracht.

Unsere ganze industrielle Entwicklung ist dadurch lahmgelegt, daß wir nicht genug Kohle und Eisen liefern können. Unsere Fabriken, die städtischen Betriebe, die Verkehrsmittel haben ihre Tätigkeit enorm einschränken müssen, weil sie nicht genug Kohle und Eisen bekommen. Ohne Kohle und Eisen gibt es keinen Aufbau. Es hat sich aber herausgestellt, daß die kapitalistische Initiative auf diesem Gebiete vollkommen versagt hat. Die Kohlen- und Eisenbarone besinnen sich auch bei den heutigen Verhältnissen noch außerordentlich wohl; sie haben während des Krieges durch hohe Preise riesige Gewinne gemacht und

machen sie heute noch. Sie sind aber heute nicht imstande, die Produktion zu erweitern, selbst wenn sie wollten. Das hängt jetzt sehr wesentlich von den Entschlüssen der Arbeiterchaft ab. Auf diese Weise ist für den proletarischen Klassenkampf eine eminent günstige Situation entstanden. Das ganze Problem des Wiederaufbaues der deutschen Industrie hängt von dem Willen der deutschen Bergarbeiter ab. Wer will es den deutschen Bergarbeitern verübeln, wenn sie ihre Machtstellung zur Förderung ihrer eigenen Interessen, wie des Interesses der gesamten arbeitenden Bevölkerung ausnützen?

Damit ergibt sich für uns die Frage der Verstaatlichung des Bergbaues. Diese Frage muß nach einheitlicher Auffassung des Parteivorstandes unverzüglich gelöst werden. Wir lehnen die Rathenauschen Rezepte ab, ebenso alle Vorschläge, die eine Verzögerung der Sozialisierung bedeuten. Wir sind der Ueberzeugung, daß allein durch die Sozialisierung die Grundlagen für die gesamte Produktion geschaffen werden; wenn die Bergarbeiter sehen, daß sie nicht für verzinzelte Kapitalisten, sondern für das Wohl des gesamten Volkes arbeiten, dann erst wird jene Begeisterung und Arbeitslust geweckt werden können, die für den Wiederaufbau notwendig ist.

Wir stehen auf diesem Standpunkt auch aus allgemeinen wirtschaftlichen Gründen; denn eine rationelle Entwicklung der Industrie wie der gesamten Volkswirtschaft verlangt gebieterisch die Zusammenfassung der Produktion von Kohle und Eisen, von Stahl und Stahlfabrik, der Kraftquellen und der Verkehrsmittel zu einem gemeinsamen Wirtschaftssystem. Außerdem besteht die Gefahr, daß, wenn diese Zusammenfassung nicht schnellstens vom Staate erfolgt, der deutsche Bergbau in internationale kapitalistische Verbindungen eingeführt wird und dadurch internationale kapitalistische Konzerne sich die deutsche Industrie sowie den deutschen Staat überhaupt unterwerfen. Aus dem gleichen Grunde treten wir für die Verstaatlichung der Kraftquellen ein. Ein entsprechendes Eintreten dafür ist uns erst durch die Revolution ermöglicht worden. Wir würden uns vor dem Kriege schwer gebüht haben, dem alten Regime solche gewaltige wirtschaftliche Gewaltmittel in die Hand zu geben. Es war der Militarismus, der uns daran hinderte. Ihn brauchen wir in Deutschland heute nicht mehr zu fürchten. Aber der Militarismus war nicht der einzige Grund; denn der kapitalistische Staat unterjocht sich die Arbeitermassen auch ohne bewaffnete Gewalt. Die Verstaatlichung steigert die Macht der kapitalistischen Regierungen. Diese Gefahr besteht auch im Augenblick noch; aber wir besitzen jetzt ein Gegengewicht in der durch die Revolution geschaffenen Demokratie, die uns die Möglichkeit gibt, starke Positionen im Staat zu beziehen, die Staatstätigkeit zu kontrollieren und die Regierungsgewalt eventuell auch ganz in die Hände der Arbeiterklasse zu legen. Die Hauptsache aber ist, daß unter dem Schutze der Demokratie die Arbeiterorganisationen, die Gewerkschaften, die Genossenschaften und die politische Partei zu einer Macht und zu einem Ansehen gelangen, die ihnen früher versagt gewesen sind. In dem Ausbau dieser Organisation liegt der stärkste Schutz gegen den Mißbrauch der wirtschaftlichen Macht. Wir verkennen die Gefahren der Verstaatlichung keineswegs. Sie bestehen darin, daß auf diese Weise Millionen von Arbeitern in ihrer wirtschaftlichen Existenz vom Staate bzw. von der Regierung abhängig werden. Ein solcher Zustand führt leicht zur Bevormundung von oben und reizt die Macht-haber zum Mißbrauch ihrer Gewalt. Es ver schlägt dabei nicht viel, ob die Regierung von den besten Intentionen beseelt ist. Die allzu große Fülle von Macht führt immer zur Autokratie und zur Volksbedrückung. Das großartigste Beispiel, das die Geschichte bietet, ist Rußland. Die bolschewistische Regierung hat alles verstaatlicht, was sie nur irgendwie hat erreichen können,

und hat auf diese Weise eine wirtschaftliche Macht in ihre Hände bekommen, mit der sie neben den Bajonetten die russischen Arbeiter beherrscht. Dahinter ist der schlimmste Despotismus errichtet worden. Der Schieler, der über dem bolschewistischen Droscho lag, ist jetzt verrissen worden. Wir wissen, welche ungeheuerlichen Zustände dort herrschen. Wir bekämpfen die Staats- wie die Lohnsklaverei auch dort, wo die Sklaven gut gefüttert werden. Wenn die Proletariat in Rußland in der Zuteilung von Lebensmitteln usw. besonders bevorzugt werden, so hindert das nicht, daß sie unfrei sind, ebensosehr wie die Sklaven des Altertums. (Sehr richtig!) Die Hauptsache ist, daß der bolschewismus weder die Lohnarbeit noch die Ausbeutung beseitigt hat. Die bolschewistischen Staatsbetriebe unterscheiden sich von den kapitalistischen Unternehmen nur dadurch, daß in ihnen noch weniger Ordnung herrscht und daß auf die Interessen der Arbeiter noch weniger Rücksicht genommen wird, daß die Arbeiter außer der Hungerpein noch unter dem Zwange der Bajonette stehen. (Sehr gut!) Die bolschewistischen Führer betreiten das auch gar nicht, aber sie wollen sich durch das Ideal rechtfertigen, das sie vertreten. Das ist ein alter Schwindel in neuer Auflage. Auch der kapitalistische Staat gab vor, Ideale zu vertreten, als er die Arbeiter mit der schrankenlosen Ausbeutung verschöner wollte, indem er auf das vaterländische Interesse, auf das Interesse an der nationalen Produktion verwies. Immer mußten sich die Arbeiter dafür aufopfern. Wir können als Sozialisten keinen Betrieb anerkennen, in dem nicht die Interessen der Arbeiter voll gewertet werden.

Durch die Verstaatlichung werden die Aufgaben der Sozialpolitik nicht erledigt, sondern erst recht dringend gemacht. Der Ausbau der Sozialpolitik ist daher eine Notwendigkeit. Besondere Aufmerksamkeit muß wegen der Sache selbst und angesichts der Zerstörung des Krieges der Wohnungsreform gewidmet werden. Die Lösung dieser Frage hängt eng mit dem wirtschaftlichen Aufbau zusammen, da ja die Bauindustrie ebenso baniederliegt wie jede andere, und die Wohnungsnot ungeahnte Dimensionen angenommen hat. Durch Genossenschaftskauten, durch Förderung der Tätigkeit des Siedlungswezens und durch andere Mittel der Kollektivarbeit, durch staatliche und kommunale Hilfsleistungen muß dafür gesorgt werden, daß die Wiederaufrichtung der Bauindustrie nicht dem Bodenwucher, sondern dem Allgemeinwohl dient. Wie im Bergbau und in der Bauindustrie, muß es überall bei der Wiederaufrichtung der Produktion unser Bestreben sein, die Interessen der Arbeiter hochzunehmen und die kapitalistische Ausbeutung einzuschränken, womöglich aber ganz zu beseitigen.

Wir stoßen dabei jedoch auf Erscheinungen besonderer Art, die der Krieg gezeitigt hat. Der Krieg zeitigte neben der Zerstörung auch eine ungeheure Verschwendung. Die Armeeleitung verschwendete das Geld in ungezählten Millionen. Zu gleicher Zeit verhinderte die Zwangswirtschaft das reguläre kaufmännische Geschäft. Die Zwangswirtschaft der Armeeleitungen war ebensosehr Sozialismus wie die bolschewistische Zwangswirtschaft, sie war nur wie diese eine schamlose Ausplünderung des Landes. Das Ergebnis war die Ansammlung gewaltiger Geldsummen in den Händen einzelner Kriegsgewinnler und das Aufkommen des Schieberturns. Auf dem Waren- und Geldmarkt machte sich ein Umwerfen aller Preise und kaufmännischen Berechnungen geltend. Darum ist neben der Verstaatlichung die Wiederaufrichtung des ordentlichen kaufmännischen Geschäfts notwendig. Die Zeitungen brachten vor einiger Zeit Statistiken über unseren auswärtigen Handelsverkehr. Man sah, wie enorm die Warenpreise gestiegen waren, aber auch, welche großen Werte nach dem Auslande gingen. Da zugleich unsere Produktion sehr

beschränkt blieb, entsteht die Frage, worin denn diese Warenwerte bestanden. Es war der Ausverkauf Deutschlands. Ausländer kamen nach Deutschland und kauften alles, was sie fortzuschleppen konnten, und noch darüber hinaus. Unsere Bemühungen, geordnete Handelszustände zu schaffen, sind unmöglich, solange ausländische Kriegsgewinnler, gestützt auf den niedrigen Stand der Valuta, alle unsere Preisberechnungen über den Haufen werfen können.

Damit kommen wir zur Kernfrage, der Regelung der Valuta. Ohne eine Regelung der Valuta kann es keine Gesundung unseres Handels und unserer Industrie geben; eine Senkung der Valuta verwandelt unsere Ausfuhrpreise, mag die vorangegangene kaufmännische Berechnung des Fabrikanten noch so sorgfältig gewesen sein, in Schleuderpreise. Das Ausland beklagt sich dann über unlauteren Wettbewerb, wenn unsere Fabrikanten erklären, daß sie nicht liefern können. Eine Steigerung unserer Valuta verteuert uns die Rohstoffe und macht die Fabrikation unmöglich. Eine Stabilisierung der Valuta ist deshalb notwendig. Sie kann aber nur auf internationalem Wege erreicht werden; denn die Valutafalamität ist international. Die Lösung dieses Problems ist unter den gegebenen Verhältnissen am allerwenigsten von Deutschland abhängig. Die Verantwortung fällt auf die Staaten, die durch den Krieg zu Herrern der Welt geworden sind und sich durch die Friedensverträge und im imperialistischen Völkerband die Herrschaft gegen sie verbrieft und verbürgt haben. Es ist vor allem die Sache der sozialistischen Parteien der Entenländer, hier Wandel zu schaffen. (Zustimmung.) Wir deutschen Sozialdemokraten stehen hier machtlos da. (Sehr richtig!)

Ich konstatiere ferner, daß ohne eine starke Entwicklung unserer Industrie und ohne die Stabilisierung der Valuta eine Ordnung unserer Staatsfinanzen überhaupt unmöglich ist. Sie aber ist die Vorbedingung für die Entwicklung der Industrie und den wirtschaftlichen Wiederaufbau. Es ist dies ein Wechselwirkung, aus der wir nicht herauskommen. Dazu kommt, daß uns der Friedensvertrag enorme Zahlungen nach dem Auslande auferlegt, nachdem man uns zuvor wirtschaftlich durch Annexionen und Okkupationen eingeschränkt, wichtige Produktionszweige wie die Luftschiffahrt und den Seeschiffbau eingeeignet und den Seehandel durch Wegnahme der Handelsflotte lahmgelegt hat. Der Krieg hat uns neben dem Problem des Wiederaufbaues unserer eigenen Industrie auch noch das Problem des Wiederaufbaues der zerstörten Gebiete gestellt. Wir haben gesehen, daß auch der Wiederaufbau unserer Industrie nur ein Teil des Weltproblems ist. Unsere Leistungsfähigkeit nach außen ist deshalb ebenfalls von der Lösung dieses Weltproblems abhängig. Es wäre deshalb zweckmäßig gewesen, wenn man dieses Weltproblem auch auf der Seite unserer Gegner in seinem ganzen Zusammenhang erfassen würde. Das Problem hat also folgende Fassung: Wie kommen die Völker und Staaten dazu, durch gegenseitige Förderung ihrer Produktion die durch den Krieg verursachten Zerstörungen und Schädigungen möglichst schnell und ausgiebig wieder gutzumachen? Der imperialistische Friede hat der ganzen Sache eine einseitige Wendung gegeben. Man hat die gesamte Arbeit des Wiederaufbaues dem Besiegten zugewiesen. Damit ist aber das Problem nicht gelöst, sondern nur verschoben. Wir wollen gewiß alles tun, was wir tun können, um das Geschickere gutzumachen; aber wir vermögen nicht viel, solange nicht der Weltverkehr, der Welthandel, die Weltindustrie, der normale Geldverkehr und der Weltkredit wiederhergestellt und unsere Staatsfinanzen in Ordnung gebracht sind. Wir wissen aber heute noch nicht einmal, was wir an Kriegentschädigung zu fassen haben. Die deutsche Sozialdemokratie ist sich der ungemein schwehren, aber auch ebenso ehrenvollen Aufgabe bewußt, wie ihr beim Wieder-

aufbau zufällt. Der Krieg war eine ungeheure Kollision der kapitalistischen Interessen. Die kapitalistische Konkurrenz, die Ueberfüllung der Warenmärkte, die die Ausbeutung der Volksmassen zur Voraussetzung hatte, waren die Triebkräfte zum Kriege, ebenso die einseitige Einstellung der Industrie auf den auswärtigen Markt und die militärische Rivalität der kapitalistischen Staaten. Diese Weltkollision führte zum Weltzusammenbruch. An dem Proletariat ist es jetzt, die zerstörte Welt wieder aufzubauen. Wir wollen das in der Weise tun, daß wir zukünftigen wirtschaftlichen Kollisionen möglichst aus dem Wege gehen. Zu diesem Zwecke müssen wir den kapitalistischen Grundkräften sozialistische entgegensetzen, den zersetzenden Kräften der Bourgeoisie die einigenden Kräfte des Proletariats. Die Industrie soll sich nicht zum alles beherrschenden Ziel die Eroberung der auswärtigen Märkte setzen, sondern ihr eigentlicher Zweck muß die Versorgung der einheimischen Bevölkerung mit den Gütern des materiellen und kulturellen Bedarfs sein. An die Stelle der kapitalistischen Konkurrenz setzen wir die Völkerverbündnisse. Wir wollen uns gegenseitig unterstützen in der Entwicklung unserer Industrien. Wir wollen den internationalen Zusammenhalt des Proletariats mit allen Kräften fördern. Unsere Organisationen müssen wir ganz anders ausbauen als bisher; sonst werden wir von den kapitalistischen Weltkonzernen überflügelt und unterjocht. Wir müssen internationale Regelungen der Arbeitszeit und der Arbeitslöhne haben. Das ist unmöglich, solange nicht die Valuta international geregelt ist. So läßt sich keine Arbeiterinteresse mit dem allgemeinen volkswirtschaftlichen Interesse eng zusammen. Erst gestern teilte Genosse Viegen uns mit, daß die stark beschäftigte holländische Schiffbauindustrie langsam zum Stillstand komme, weil die Schiffbauindustrie nicht in der Lage ist, den Konkurrenzkampf mit den deutschen Werften aufzunehmen. (Hört, hört!) Die deutschen Werften produzieren viel billiger als die holländischen. Der deutsche Arbeiter kommt so in den Ruf eines Lohnbrüders. Das ist nicht die Absicht des deutschen Arbeiters. Das hängt mit der internationalen Regelung der Valutafrage zusammen. Da der Wiederaufbau der Industrie ein Weltproblem ist, muß das Proletariat, um dieses Problem zu lösen, Träger der politischen Betätigung in den einzelnen Ländern sein, vor allem die Weltorganisation entwickeln und festigen. Der Ausbau der Internationalen ist eine hohe und heilige Pflicht. Die deutsche Sozialdemokratie wird ihre ganzen Kräfte für die Erfüllung dieser Pflicht einsetzen. (Bravo!)

Parteigenossen! Sie ersehen aus diesen Darlegungen die unendlichen Schwierigkeiten, die der Arbeiterklasse aus der Politik der Vergangenheit erwachsen sind. Sie sehen, daß diese Dinge ein tiefes Eindringen in die Materie voraussetzen, wenn man an ihre Lösung herangehen will. Sie erkennen, daß es nicht ausreicht, für die Lösung dieser Schwierigkeiten eine einzige beglückende Weisheit zu empfehlen, die in den Schlagworten: Generalstreik, Weltrevolution, politische Arbeiterräte sich erschöpft. Eine unendliche Erziehungsarbeit gehört dazu, um der Arbeiterschaft die Größe ihrer Aufgaben klarzumachen. So alt und überlebt das Mittel, das wir Ihnen empfehlen, auch ist, es ist nicht das einzige, das Besserung und Heilung verspricht. Es ist das alte Wort, das wir tausendfach auf Parteitagungen und in Versammlungen dem Volke zugerufen haben: Agitation und Organisation, Schulung und stärkste Zusammenfassung aller Kräfte. Es ist das alte Wort unseres Meisters: Proletariat aller Länder, vereinigt Euch! Dieses Wort steht gegenüber der trivialen Parole derer, die schon in Zimmerwald und Kienitz ausgesprochen, daß sie über Art und Zeit der Spaltung der einzelnen Parteien

keine Vorschriften machten; die Hauptsache sei, daß die Sozialdemokratie in allen Ländern gerissen werde.

Der Zerfall der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei, die Spaltung der A. P. D., die Zerreißung der A. P. D. in zwei Hälften zeigt, daß das von der Spaltung Geahorene dazu gezwungen ist, sich immer wieder zu spalten und damit die Kraft der Arbeiterbewegung zu lähmen, zu Ruß und Frommen der Reaktion, die, der Mühe der Bekämpfung der Arbeiterbewegung durch den vertieften Dogmatismus dieser sonderbaren Revolutionäre überhoben wird. Ein Verbrechen, größer als alles Vorangegangene, bereitet sich jetzt vor durch die Proklamierung der angeblich revolutionären Notwendigkeit, auch die Gewerkschaften zu zerreißern. In den Gewerkschaften ringen die Arbeiter Brust an Brust mit dem Unternehmertum. In den Gewerkschaften führen sie den Kampf um die Hebung ihrer wirtschaftlichen Lage, um die Erziehung der Arbeiterschaft zur Uebernahme der Produktion. Die mächtige Organisation der deutschen Gewerkschaften mit ihren über acht Millionen Proletariern hat bisher den Spaltungsversuchen widerstanden. Aber jene Heroskrateen werden vor nichts zurückschrecken; denn es gibt auf der abwärtsführenden Bahn für sie kein Halten mehr, wenn sich nicht der gesunde Geist wieder zur Geltung bringt, den fünfzigjährige Erziehungs- und Organisationsarbeit sich geschaffen. Die einzige Hoffnung der deutschen Arbeiterbewegung ist die deutsche Sozialdemokratie. (Beifällige Zustimmung.) Links von uns ein gärendes und brodelndes Chaos, ein wüthes Durcheinander, aus dem immer deutlicher die Unmöglichkeit hervortritt, die Gegensätze auszugleichen. Die Sozialdemokratische Partei hat durch das unentwegte Festhalten an den Grundätzen des Sozialismus und der Demokratie sich ihre Stärke bewahrt. Sie allein gibt der deutschen Arbeiterschaft die Hoffnung, daß allen Irrungen und allen Irrungen, aber auch allen bewußten Zerküßern der einstmalig so stolzen und einigen Arbeiterbewegung Deutschlands zum Trost die Sammlung der proletarischen Massen unter dem alten Banner der Sozialdemokratie erfolgen kann. Wir sind des Sieges in der Zukunft gewiß, und wir zweifeln nicht daran, daß wir die Massen der Proletariat im Bekenntnis zur Demokratie und zum Sozialismus um uns sammeln werden, daß unser aller Schicksal sich als Wahrheit bewähren wird: Mit uns das Volk, mit uns der Sieg. (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Darauf erhält das Wort zum Bericht über

#### Organisation und Rasse

Berichterstatter Partels: Die Zahlen, die im diesjährigen Bericht des Parteivorstandes über die Parteioorganisation und die Parteifinanzen enthalten sind, liefern den Beweis dafür, was hinter den Behauptungen steht, die man im letzten Jahre nicht selten in der unabhängigen Parteipresse lesen konnte: aus unseren Reihen finde eine Massenflucht ins unabhängige Lager statt. Während die Partei, die mit solchen Märchen operierte, morgen zusammentritt, um ihren völligen inneren Zerfall vor aller Welt zu demonstrieren, können wir hier feststellen, daß sich unsere Partei nicht nur glänzend in ihrer Organisationsstärke gehalten, sondern noch einen ansehnlichen Zuwachs zu verzeichnen hat. (Bravo!) Die Unabhängige Partei hat keine Mitgliederzahlen und keinen Kassenschluß veröffentlicht, aus dem man Schlussfolgerungen über ihre Mitgliederzahl ziehen könnte. Aber aus den Anhaltspunkten, die der unabhängigen Presse zu entnehmen waren, darf man schließen, daß die unabhängige Parteileitung glücklicherweise wäre, wenn sie nur mit der Hälfte der Mitglieder rechnen könnte, die unser Bericht aufweist. (Sehr wahr!)

Auch in unseren Reihen war im letzten Jahre vielfach die Ansicht vertreten, daß, wenn sich das politische Leben weniger stürmisch abspielen würde, ein Zurückfallen des großen Zuwachses, den wir nach der Revolution hatten, einreten würde. Das ist nicht geschehen. Gewiß haben wir eine Fluktuation in unseren Mitgliederreihen zu verzeichnen gehabt; mancher, der aus dem Stadium politischer Indifferenz durch die bewegten Zeiten zum Himmelstürmer geworden war, hat bei uns keine Weizelndigung gefunden und sich weiter nach links orientiert. Aber meist war dies kein Verlust für die Partei. So groß der Schaden für die Gesamtarbeiterschaft durch die Parteizersplitterung auch ist, einen Vorteil hat sie jedenfalls für unsere Partei gebracht: Dadurch, daß die linksradikalen Parteien das Sammelbecken für politische Querulanten wurden, blieb unsere Partei von diesen Schädlingen verschont. Unsere Partei ist dabei gesund geblieben, während die Parteien links von uns den Perzeptionsseim in sich tragen.

Der Parteivorstand ist in diesem Jahre in der glücklichen Lage, Ihnen eine einigermaßen vollständige Uebersicht über unseren Mitgliederstand ufm. geben zu können. Das war im vorigen Jahre bekanntlich nicht der Fall, da zeitigen die Tabellen große Lücken.

Gegenüber den ziffernmäßigen Angaben des Vorjahres haben wir eine Steigerung von 168 000 Mitgliedern oder 15,6 Proz. zu verzeichnen. Der wirkliche Zuwachs ist etwas geringer, da der vorjährige Bericht unvollständig war. Wir haben am 31. März dieses Jahres einen Gesamtmitgliederbestand von 1 180 208 aufzuweisen. Keine politische Partei verkümpft über eine so große Zahl organisierter Anhänger, und wir können mit Stolz und Genugtuung konstatieren, daß trotz aller Anfeindungen von rechts und links wir mit solchen Zahlen aufwarten können. Das ist sicher ein Beweis der unverwundlichen Lebenskraft, die in unserer Partei steckt.

Nicht in allen Bezirken haben wir einen Zugang zu verzeichnen. Wie Sie im Bericht auf Seite 71 sehen, haben neun Bezirke einen Rückgang an Mitgliedern aufzuweisen. Wenn dabei der Bezirk „Niederrhein“ mit einem Rückgang von 13 000 Mitgliedern aufgeführt ist, so trifft dies nicht ganz zu. Es muß dabei beachtet werden, daß der aufgeführte Bezirk Krefeld sich im Laufe des Geschäftsjahres vom Bezirk Niederrhein abgetrennt hat, also dessen Mitgliederzahl bei der vorjährigen Zahl für den Bezirk Niederrhein mit einzustellen wäre.

Die hohen Zugangsziffern bei den Bezirken Götting, Hannover und Groß-Hüringen sind allerdings zum Teil auf den mangelhaften vorjährigen Bericht zurückzuführen. Aber gute Fortschritte haben wir in den Bezirken Breslau, Kassel, Oldenburg, Oberrhein, Franken, Baden und einigen anderen zu verzeichnen.

Die Zahl der Ortsvereine unserer Parteiorganisation ist von 6673 auf 9236 gestiegen. Auch da wird freilich der Zugang nicht ganz so hoch sein, weil die Berichtserstattung im vorigen Jahre mangelhaft war.

Bedauerlich ist der Rückgang der weiblichen Mitglieder um etwa 1600. Während 15 Bezirke einen Zugang an organisierten Genossinnen von rund 20 000 aufweisen, ist in 17 Bezirken ein Rückgang von 36 000 zu verzeichnen. Diese Tatsache gibt uns die Pflicht einer vermehrten Agitation unter den Frauen. Wir wollen hoffen, daß die stattgehabte Frauenkonferenz neuen Ansporn dazu gegeben hat. Selbstverständlich bedarf es dazu der tatkräftigsten Unterstützung der Genossinnen. Wir wollen nicht aus den Augen lassen, daß jetzt noch mehr als früher eine starke Agitation unter den Frauen unbedingt notwendig ist, weil die Frauen bei den Wahlen einen ausschlag-

gebenden Faktor bilden. Die Auffklärungsarbeit unter dem weiblichen Geschlecht liegt also im eminentesten Parteiinteresse. (Sehr richtig!)

Die Neugliederung der Partei, die auf dem vorjährigen Parteitage durch Schaffung des neuen Organisationsstatuts beschlossen wurde, ist im Berichtsjahre durchgeführt worden. Damit sind die früheren Reichstagswahlkreise im Wesfall gekommen und die Organisationsgliederung ist auf die neuen Verhältnisse zugeschnitten worden. Die alte Wahlkreisorganisation war jahrgelteilung die Grundlage unserer Partei. Sie hat sich durchaus bewährt, aber ihre Aufrechterhaltung war unter den neuen Verhältnissen nicht möglich. Wenn einer der vorliegenden Anträge die alte Wahlkreisorganisation wieder eingeführt haben will, so ist dies eine Unmöglichkeit. Man kann eine Organisation nicht auf Verhältnissen aufbauen, die nicht mehr vorhanden sind. Die jetzigen Bezirksorganisationen bedecken sich mit den heutigen Reichstagswahlkreisen. Als Bindeglieder zwischen den Bezirken und den Ortsvereinen haben wir Unterbezirke eingeführt, die man als eine Art Ersatz der früheren Wahlkreise ansehen kann. Für diese Unterbezirke sind meist besondere Sekretäre angestellt.

Die Neugestaltung der Organisation hat sich im großen und ganzen durchaus bewährt. Freilich ist es vielfach eine Personenfrage. Wo wir geeignete Unterbezirkssekretäre haben, hat sich die Organisation gut entwickelt. Durch diese Neuordnung ist die Bedeutung der Bezirksvorstände natürlich weit größer geworden, als sie früher war. Ihr Aufgabenkreis ist erheblich gewachsen, und wir waren deshalb von vornherein genötigt, für jeden Bezirk statt des einen Sekretärs, der früher durchgängig vorhanden war, zwei Sekretäre anzustellen.

Von der Frauenkonferenz ist ein Antrag eingebracht worden, in dem der Parteivorstand aufgefordert wird, nach Möglichkeit in allen Agitationsbezirken neben den amtierenden Bezirkssekretären auch noch eine Genossin als Sekretärin anzustellen. Der Antrag sagt: „nach Möglichkeit.“ Ich will deshalb annehmen, daß die Antragsteller selbst überzeugt sind, daß eine vollständige Ausführung dieses Antrages zurzeit aus den verschiedensten Gründen unmöglich ist. Daß aber der Parteivorstand der Anstellung weiblicher Sekretäre durchaus sympathisch gegenübersteht, hat er bei den verschiedensten Gelegenheiten bewiesen.

Nicht weniger als 30 Anträge beschäftigen sich mit der Beitragsfrage. Fast alle diese Anträge erkennen die Notwendigkeit einer Erhöhung an; nur über das Maß der Erhöhung gehen die Meinungen auseinander. Die gegenwärtig gezahlten Beiträge reichen nicht annähernd aus, um die großen Ausgaben zu decken, die der Organisation durch die ihr zufallenden Aufgaben gestellt sind. Die Einnahmen aus den Beiträgen stellen zwar eine respectable Summe dar, aber demgegenüber sind auch die Kosten für schriftliche und mündliche Agitation usw. außerordentlich gestiegen. Der Parteivorstand hat deshalb im Antrag Nr. 322 beantragt, daß sowohl das Eintrittsgeld wie auch der im Statut festgelegte Mindestbeitrag für die männlichen sowohl wie für die weiblichen Mitglieder gegenüber dem heutigen Stande verdoppelt werden soll. Daß in den einzelnen Bezirksorganisationen über die Mindestbeiträge hinausgegangen werden muß, liegt in der Natur der Sache. Der vorgeschlagene Mindestbeitrag hält sich immer noch in recht bescheidenen Grenzen. Zwar wird es unter den heutigen Feuerumständen manchem Mitgliede schwer werden, auch diesen geringen Beitrag zu opfern, aber es gibt Notwendigkeiten, an denen man nicht vorbeikommt. Wir bitten deshalb, den Antrag des Vorstandes anzunehmen und damit die weiteren hierzu gestellten Anträge für er-

ledigt zu erklären. Wir sind dabei der Meinung, daß der neue Mindestbeitrag mit dem 1. April des nächsten Jahres überall in Kraft tritt.

In den Anträgen, die sich mit der Beitragsfrage beschäftigen, taucht auch die Frage wieder auf, ob man Wochen- oder Monatsbeiträge erheben soll. Wir haben im vorigen Jahre Wochenbeiträge eingeführt und sie haben sich fast überall bewährt. Nur wenige Bezirke wollen aus alter Tradition an den Monatsbeiträgen festhalten. Man sagt, die kleinen Marken seien bei der Kassierung unbequem, und weiter, man müsse aus verschiedenen Gründen an der monatlichen Kassierung festhalten. Das sind aber keine durchschlagenden Gründe. Man kann auch bei Wochenbeiträgen eine vierzehntägige oder monatliche Kassierung durchführen. Aber man darf bei der straffen Zentralisation, zu der wir im vorigen Jahre übergegangen sind, die einheitlichen Einrichtungen, die dafür notwendig sind, nicht mehr belasten, als es zwingend erforderlich ist. Es würde die Verwaltung außerordentlich komplizieren, wenn wir neben den Wochenmarken auch noch Monatsmarken einführen wollten. Ich bitte deshalb, daß an der eingeführten Wochenmarke festgehalten wird.

Mehrere Anträge wünschen sogenannte Staffelleistungen, d. h. Beitragshöhen, die sich nach dem Einkommen der Mitglieder richten. Wir sind durchaus der Meinung, daß besser gestellte Parteigenossen und -genossinnen über ihren Beitrag hinaus Leistungen an die Parteikasse machen. Ich nehme an, daß das auch in vielen Fällen, mindestens doch bei Wahlen, geschieht. Trotzdem aber müssen wir Sie ersuchen, Anträge, die dahin zielen, Staffelleistungen einzuführen, abzulehnen, da die Durchführung außerordentlich schwierig ist. Unter Verwaltungs- und Abrechnungsweisen würde sich dadurch ungeheuer komplizieren. Man darf annehmen, daß in manchen Orten die ehrenamtlich tätigen Kassierer kaum diese Mehrbelastung ertragen würden. Auch muß befürchtet werden, daß die Einstufungen fortgesetzt Anlaß zu unliebsamen Debatten bei den Zusammenkünften der Mitglieder geben würden. Der Nachteil, der durch Annahme dieses Antrages entstehen würde, würde also die Vorteile überwiegen. Trotz aller Sympathie für den Grundgedanken, ersuchen wir daher um Ablehnung.

Daß wir entsprechend den gesteigerten Kosten der Lebenshaltung im Laufe des Jahres mehrfach Gehaltserhöhungen unserer Angestellten vornehmen mußten, ist selbstverständlich. Wir haben diese Gehaltsregulierungen stets im Einvernehmen mit der Kontrollkommission durchgeführt.

Im Berichtsjahre sind einige Änderungen in der Zusammensetzung des Parteivorstandes zu verzeichnen, die gleichfalls mit Zustimmung der Kontrollkommission und des Parteiaususses durchgeführt worden sind. Durch das Eintreten mehrerer unserer tüchtigsten Mitglieder in Regierungsstellen war der Parteivorstand genötigt, sich nach Ersatz umzusehen. Während der größeren Hälfte des Jahres haben wir den Genossen Dr. Adolf Braun im Parteivorstande gehabt. Er ist uns ein sehr schätzenswerter Mitarbeiter gewesen und wir wünschen sehr, daß er demnächst dem Vorstande eingegliedert werden möge. Wir haben weiter, da die Geschäfte mit unseren Druckereien und den Zeitungsverlagen infolge der Zeitungsgründungen fortgesetzt anwachsen, den Genossen Otto Heinrich, unseren langjährigen Druckereivorstand, in den Parteivorstand mit aufgenommen, und wir haben endlich vor den Wahlen den Parteivorstand dadurch sehr wertvoll verstärkt, daß wir vier weitere Mitglieder hinzugezogen haben, und zwar die Genossen Richard Fischer, Franz Krüger, Karl Hiltenbrand und den Genossen Stämpfer als Chefredakteur des „Vorwärts“. Auch das hat sich durchaus bewährt.

Der Genosse Bels hat schon darauf verwiesen, daß das Verlangen nach Stellung von Referenten an den Parteivorstand sehr oft herantrat. Bei der schwachen Besetzung des Parteivorstandes konnte diesen Wünschen nicht immer Rechnung getragen werden. Soweit es aber möglich war, ist dies geschehen. Gerade in letzter Zeit sind die Mitglieder des Parteivorstandes als Redner außerordentlich aktiv gewesen. Vielfach wird darauf verwiesen, daß nun in den Bezirken besonders zufräftige Redner haben müsse; und ich empfehle deshalb allgemein, daß zu dem Mittel gegriffen wird, das verschiedene benachbarte Bezirkorganisationen bereits eingeführt haben, daß ein Austausch von Abgeordneten und führenden Genossen zwischen den einzelnen Bezirken zu diesem Zweck stattfindet.

Ueber die Tätigkeit des Parteivorstandes, soweit die schriftliche Agitation in Betracht kommt, finden Sie die näheren Angaben im schriftlichen Bericht. Ich verweise nur noch auf die Gründung der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer, die bereits auf dem vorigen Parteitag eine Rolle spielte; und auf die Zentrale für Beamtenagitation, die wir nach dem Beschluß des Weimarer Parteitages im Berichtsjahre geschaffen haben. Die letztere hat sich besonders bei der Reichstagswahl durchaus bewährt; und eine außerordentlich lebhaft mündliche wie schriftliche Agitation unter den Beamten entfaltet. Für die Beamten ist inzwischen eine Wochenchrift, „Der freie Beamte“, geschaffen worden. Ebenso hat die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer eine solche Wochenchrift geschaffen, welche „Der freie Lehrer“ betitelt ist. Ueber die Tätigkeit dieser Institutionen im einzelnen verweise ich gleichfalls auf den schriftlichen Bericht.

Die Zahl unserer Presseorgane hat sich auf 147 gesteigert, wovon allerdings etwa ein Duzend Kopialblätter bestehender größerer Blätter sind. Gegen das Vorjahr wäre das ein Mehr von 52. Nicht alle diese neugegründeten Blätter, die zum Teil in eigenen Druckereien hergestellt werden, haben ihre Lebensfähigkeit bewiesen. Manche werden nur mit schweren Opfern in der Hoffnung auf eine kommende bessere Entwicklungsmöglichkeit über Wasser gehalten. Unsere Genossen haben stellenweise im Zeitungsgründen eine oft verblüffende Aktivität entfaltet, ohne zu bedenken, daß bei den heute so erschwerten Voraussetzungen diese unter Umständen ein sehr kostspieliges Experiment werden kann. Vielfach sind Zeitungen entstanden, von deren Vorhandensein auch der Parteivorstand erst erfuhr, nachdem die Blätter schon monatelang erschienen waren. Der Parteivorstand betrachtet nun durchaus nicht jedes Blatt als lebensunfähig, das Zusätze erfordert. Diese neugegründeten Zeitungen haben natürlich, wie das auch früher der Fall war, erst ihre Kinderkrankheiten durchzumachen. Maßgebend muß natürlich die Höhe des erforderlichen Zuschusses und die tatsächliche Entwicklung sein. Unter diesen Gesichtspunkten kann man sagen, daß sich ein Teil der neugegründeten Blätter durchaus erfolgversprechend entwickelt. Ein kleiner Teil erfordert über dieses Maß hinaus Zusätze und macht uns nicht wenig Sorgen. Einige, die nicht zu halten waren und deren Gründung von vornherein ein verfehltes Experiment war, sind eingegangen oder haben während des Berichtsjahres ihr Erscheinen einstellen müssen. In solchen Fällen, wo die Blattgründungen ohne Wissen des Parteivorstandes erfolgt sind, hat sich dieser selbstverständlich zurückhaltend verhalten, doch auch hier ist er in den verschiedensten Fällen eingegriffen, wenn das Parteinteresse es erforderte. Die Höhe unserer Darlehensausgaben, wie Sie sie aus dem Klassenabschluß ersehen, gibt dafür ja ein bestes Zeugnis.

Das Ergebnis unserer Kundfrage über den Stand unserer Presse ist leider nicht vollständig. 91 Zeitungen haben die Zahl ihrer Abonnenten angegeben, und zwar haben diese Organe zusammen einen Abonnentenstand von 1 188 000. Es ist keine absolute Vergleichsmöglichkeit mit dem Vorjahre gegeben, doch läßt sich aus bestimmten Vergleichen schließen, daß eine Vermehrung unserer Abonnentenzahl im allgemeinen kaum eingetreten ist, daß vielmehr ein Teil unserer Blätter Rückgänge der Abonnentenzahl zu verzeichnen hat. Das erklärt sich daraus, daß infolge der ungeheuer gestiegenen Papier- und Materialienpreise die Abonnentengebühren unserer Zeitungen erheblich erhöht werden mußten, vielfach wohl über das Maß dessen hinaus, was ein Teil unserer Anhänger ausbringen kann. Es werden deshalb vielfach Zeitungen von mehreren Abonnenten zusammen gelesen und dadurch ist teilweise ein Rückgang der Auflage zu verzeichnen. 89 Geschäfte haben über Einnahmen an Abonnements und Inseraten berichtet. In runden Zahlen ergibt sich daraus, daß diese 89 Zeitungen an Abonnements 26 Millionen Mark, an Inseraten 20 Millionen Mark vereinnahmt haben. Demgegenüber aber ergibt sich für diese 89 Geschäfte allein eine Ausgabe für Druck und Papier von etwa 33 Millionen Mark. Weit mehr als durch die notwendigen Steigerungen von Löhnen und Gehältern sind unsere Geschäfte belastet durch die enormen Steigerungen der Papierpreise und Druckmaterialien, stieg doch das A40 Papier, das vor dem Kriege etwa 22 Pfennig kostete, auf 4,10 Mark! Bei manchen Geschäften liegt es so, daß das unbedruckte rohe Zeitungspapier teurer ist, als der Leser für die fertige Zeitungsummer an Abonnementsgeld zahlt. Gegenwärtig ist ja das Papier etwas im Fallen begriffen, und man darf deshalb hoffen, daß die schlimmste Zeit für das Zeitungsgewerbe überwunden sein wird. Auch die weiteren vielfach um Hunderte von Prozent gestiegenen Materialien, wie Farbe, Öl, Matrizen, Metalle und anderes, sind im Sinken begriffen, so daß auch darin eine Entlastung unserer Geschäfte eintritt.

Die „Neue Welt“, die jahrzehntelang für einen großen Teil unserer Parteipresse die Sonntagsbeilage war, hat mit dem 31. Dezember vorigen Jahres ihr Erscheinen einstellen müssen. Sie ist ein Opfer der Papierteuerung geworden. Als Ersatz haben wir die Wochenschrift „Volk und Zeit“ eingeführt, die bekanntlich im Tiefdruckverfahren bisher vom Verlag für Sozialwissenschaft in Berlin hergestellt wurde. Sie hat sich nicht in dem weiten Maße eingeführt, als es früher bei der „Neuen Welt“ der Fall war, schon aus dem Grunde, weil sie entsprechend den Herstellungskosten für manche Zeitungen zu teuer war. Die Tiefdruckmaschine ist jetzt seit dem 1. Oktober in den Besitz der Vorwärtsdruckerei zurückgenommen, die gemeinsam mit der Vorwärts-Buchhandlung verhandelt wird, „Volk und Zeit“ auszubauen. Ein Antrag in unserer Vorlage über die Schaffung eines wöchentlichen Unterhaltungsblattes, der Antrag 222, kann deshalb im Hinblick darauf getrost dem Parteivorstand überwiesen werden.

Wenn ich nun mit einigen wenigen Worten noch auf unsere weiteren zentralen Zeitschriften eingehen will, möchte ich zunächst darauf verweisen, daß in den Reihen unserer Parteio rganisation und unserer Parteigenossen es vielfach allmählich in Vergessenheit geraten zu sein scheint, daß die „Neue Zeit“ die wissenschaftliche Zeitschrift der Partei ist. Die Zahl der Abonnenten der „Neuen Zeit“ ist leider in den letzten Jahren erheblich zurückgegangen. Wir bedauern dies, und ich möchte unsere Parteigenossen und die Parteio rganisationen ersuchen, sich für Agitation für die „Neue Zeit“ wieder mehr einzusetzen. Wir werden bemüht sein, die Zeitschrift den gestellten Anforder-

ungen entsprechend auszubauen, erjuchen aber auf der anderen Seite, daß alles geschieht, um der „Neuen Zeit“ wieder einen größeren Leserkreis zu verschaffen. Gewiß hat auch der Bezugspreis der „Neuen Zeit“ gesteigert werden müssen. Das dürfte niemand verwundern. Es ist ganz selbstverständlich, daß bei den enorm gesteigerten Herstellungspreisen auch der Bezugspreis dieser Zeitschrift gesteigert werden mußte, aber er hält sich immerhin in Grenzen, die es einem großen Teil der Parteigenossen ermöglichen, diese wissenschaftliche Zeitschrift der Partei zu abonnieren und zu lesen.

Zurückgegangen ist leider auch die Leserschaft der „Gleichheit“, freilich war diese Tatsache auch schon im Vorjahre zu verzeichnen. Parteigenossen und besonders Parteigenossinnen! Es ist kein gutes Zeichen für das Leben in der Partei, wenn bei 200 000 weiblichen Mitgliedern die „Gleichheit“ nur eine Auflage von etwa 15 000 hat. (Hört, hört!) Da müßte eine Aenderung geschaffen werden, zumal der Inhalt der „Gleichheit“ es verdient, daß mehr Propaganda für dieses Blatt gemacht wird. Ich hoffe, daß auch da die Frauenkonferenz anspornend wirken wird.

Der gesteigerte Preis für den „Wahren Jacob“ hat es mit sich gebracht, daß die Abonnentenzahl, wenn sie auch immerhin noch sehr ansehnlich ist, gesunken ist. Mit dem Inhalt des „Wahren Jacob“ herrscht vielfach Unzufriedenheit. Wir sind deshalb bemüht, ihn zu verbessern und den Wünschen der Parteigenossen mehr anzupassen. Aber auch hier — da eine so große Partei wie die sozialdemokratische natürlich ein satirisches Blatt braucht und haben muß — möchte ich bitten, sich mehr einzusetzen für die Verbreitung des „Wahren Jacob“.

Der Weimarer Parteitag verpflichtete die Parteigeschäfte durch eine Bestimmung, die in das neue Organisationsstatut hineinkam, von ihrem Reingewinn 20 Proz. an die Parteikasse abzuführen. Ich muß leider konstatieren, daß dieser Verpflichtung nicht alle Parteigeschäfte nachgekommen sind. Von den 68 Parteigeschäften, die nach unserer Auflistung Reingewinne zu verzeichnen haben, haben im letzten Geschäftsjahr nur 25 diese 20 Proz. abgeführt. Einige sind nach Abschluß des Jahres noch hinzugekommen. Die Höhe dieses Betrages ist im schriftlichen Bericht angegeben. Es ist nicht befriedigend, daß nur eine so verhältnismäßig kleine Zahl dieser jetzt statutarischen Verpflichtung nachgekommen ist. Während wollen wir in Betracht ziehen, daß es das erste Jahr ist, in dem abgeführt werden mußte, und daß weiter — das entspricht natürlich nicht vollständig — ein Teil unserer Parteigeschäfte trotz buchmäßigem Reingewinn doch unter Finanzschwierigkeiten zu leiden hatte, weil ein Geschäft heute eines so großen Betriebskapitals bedarf. Wir möchten aber doch nicht verschlen, auch von dieser Stelle aus die Säumigen an ihre Pflicht zu erinnern. Und wenn es im neuen Geschäftsjahr nicht besser geworden ist, werden wir auch nicht davor zurückstehen von dieser Stelle aus die Parteigeschäfte namhaft zu machen, die ihren Verpflichtungen nicht nachgekommen sind. Vielleicht würde das die erwünschte Wirkung haben. Es muß aber auch festgestellt werden, daß wir bei dieser Gelegenheit die Entschuldigend machen mußten, daß nicht alle unsere Geschäftsführer in der Prozentrechnung ganz sicher sind. (Weiterkeit.) Sie haben sich dabei vielfach verrechnet, meist allerdings zuungunsten der Parteikasse. Auch hier aber darf man wohl hoffen, daß die Übung bessernd nachhelfen wird.

Ein seit Jahren argeretes Problem ist jetzt verwirklicht worden in der Schaffung einer Einkaufszentrale für unsere Parteigeschäfte. Diese Einkaufszentrale, die als Abtesung des Parteivorstandes geschaffen ist, hat in diesen Tagen ihre Tätigkeit endgültig aufgenommen. Es ist dabei zunächst



nicht an die Schaffung eines Lagers gedacht. Zunächst sollen durch gemeinsame große Abschlüsse mit bestimmten Fabriken und Verbänden, von denen dann unsere Geschäfte wiederum zu beziehen haben, Vorteile für die Partei wie für die einzelnen Geschäfte erzielt werden. Es können dadurch erhebliche finanzielle Vorteile erreicht werden, das haben wir jetzt schon erfahren. Je größer jedoch die Abschlüsse sind, die wir machen können, desto beträchtlicher wird natürlich auch der Vorteil sein, der dabei herauspringt. Deshalb möchten wir die Genossen bitten, überall darauf zu dringen, daß unsere Geschäfte Farbe, Matrizen wie andere Druckreibedarfsartikel und auch Papier in Zukunft nur noch durch die Einkaufszentrale beziehen. Wir hoffen, damit unseren Parteieinrichtungen mit der Zeit ansehnliche Beträge zuführen zu können.

Nun noch einige Worte zum Kassenbericht selbst. Seit 1913 können wir zum erstenmal wieder mit einem Uberschuß abschließen. (Hört, hört!) Er beträgt 220 850 Mk., wovon wir 179 037 Mk. dem Vermögen zuführen konnten. Das ist freilich nur ein bescheidener Teil von dem, was in den letzten sieben Jahren dem Vermögen entnommen werden mußte. Dieser relativ günstige Abschluß ist in erster Linie zurückzuführen auf die Beitragsabführung, die gegenüber dem Vorjahre um reichlich das Vierfache gestiegen ist. Die sprunghafte Mitgliederzunahme, die wir nach dem November 1918 zu verzeichnen hatten, und die sich beim vorjährigen Abschluß in der Beitragsabführung noch nicht bemerkbar machte, trat in diesem Geschäftsjahr voll in Erscheinung. Es ist ganz selbstverständlich, daß diese genannte Steigerung natürlich völlig anormal ist, und daß sie sich in den kommenden Jahren nicht wiederholen wird. Verdoppelt haben sich auch die „Sonstigen Beträge“, die Sie unter den Einnahmen aufgeführt finden. Darunter sind die 450 000 Mark, die von den Geschäften als Anteil am Reingewinn abgeführt wurden, außerdem — um nur einige weitere Posten herauszugreifen — 60 000 Mk., die die Reichstagsfraktion als Parteibeitrag der Parteikasse zuführte, und weitere 19 000 Mk., die zum gleichen Zweck von der Fraktion der Preussischen Landesversammlung der Parteikasse überwiesen wurden. — Unter den Ausgaben finden Sie eine erhebliche Steigerung der Agitationsausgaben. Erklärlicherweise gestiegen sind auch die Ausgaben für unsere zentralen Einrichtungen: für die „Particorrespondenz“, den Bildungsanspruch usw. Das liegt in den Verhältnissen begründet. Die Ausgaben auf Darlehenskonto haben sich mehr als verdreifacht, was zum größten Teil auf die neugegründeten Parteigeschäfte zurückzuführen ist. Die Ausgaben für die diesjährigen Reichstagswahlen sind in dem vorliegenden Abschluß jedoch noch nicht enthalten, sie werden erst im nächsten Jahre im Kassenabluß in Erscheinung treten, und soviel kann ich jetzt schon sagen: eine sechsstellige Zahl wird dafür allerdings nicht ausreichen. (Hört, hört!) Alles in allem bedeutet der diesjährige Kassenbericht nach den vielen Dezijahren, die wir gehabt haben, eine kleine Atempause. Bei den immens steigenden Ausgaben einen erträglichen nächstjährigen Abschluß herbeizuführen, wird unsere Aufgabe sein müssen, und das wird nur möglich sein, wenn die Parteigenossen und -genossinnen das erträgliche Opfer bringen, das wir mit der Erhöhung des Mindestbeitrages fordern. Wenn wir erkennen wollen, daß ein großer Teil der Bezirke bei der letzten Wahl kräftig durch eigene finanzielle Kraftaufwendungen mitgeholfen hat, den gewaltigen Anforderungen gerecht zu werden. In wenigen Monaten jedoch werden wir vor neuen Wahlen kämpfen sehen. Die Wahlen zur preussischen Landesversammlung werden wahrscheinlich noch im Laufe dieses Winters oder zu Beginn des Frühjahrs stattfinden, und es ist anzunehmen, daß die Wahl eines neuen Reichstages wahrscheinlich nicht lange auf sich warten lassen

wird. Wir müssen deshalb rufen, um agitatorisch und finanziell diesen großen neuen Anforderungen gewachsen zu sein. Die letzte Wahl brachte uns den Verlust der Mildeurstimmen vom Januar 1919 und damit natürlich auch einen Mandatverlust. Wir bleiben aber die stärkste Partei des Reiches, und einer Organisationsgefüge steht unerschütterter da. Das gibt uns die Würdigung für kommende Siege! Die Sozialdemokratische Partei ist und bleibt der Sammelpunkt für das gewaltige Heer der Hand- und Kopfarbeiter, die dem Ziele des Sozialismus fest und sicher entgegenmarschieren. Weder die Verleumdungen von rechts noch die Beschimpfungen von links können daran etwas ändern. Aus den Nöten unserer Zeit können uns weder kapitalistische Selbstsucht noch radikale Parteien retten, das kann nur die systematische Durchführung des Sozialismus, wie sie unsere Zeit auf dem geschichtlichen Boden der alten Sozialdemokratie stehende Partei erstrebt. Diese feste Ueberzeugung soll uns die Richtschnur für unsere weitere Arbeit sein. Damit dienen wir unserem durch den Krieg und den Friedensschluß niedergetretenen Volk, damit dienen wir zugleich der gesamten leidenden Menschheit! (Lebhafter Beifall und Gänkeklatschen.)

Vorsitzender Müller: Alter Uebung gemäß werden wir mit dem Bericht des Parteivorstandes den Bericht der Kontrollkommission verbinden. Das Wort hat der Berichterstatter.

Brühne-Frankfurt a. M. (Kontrollkommission): Die Kontrollkommission hatte sich im letzten Geschäftsjahr mit folgenden Beschwerden zu befassen: Genosse Kühn, früher in Weimar, erhob Beschwerde gegen den Parteivorstand wegen Nichtbezahlung der Umzugskosten. Dieser kam zur Abweisung der Beschwerde, weil es Sache der Bezirksorganisation ist, solche Fälle zu regeln. Erst wenn die Bezirksorganisationen nicht genügend Geldmittel besitzen, darf der Parteivorstand eingreifen. Genosse Kühn hat in diesem Falle später seine Forderung durch den Parteivorstand ersetzt erhalten. Genosse Grün-Magdeburg führte Beschwerde wegen Verweigerung von 240 Mark Strafgeldern und Kosten wegen eines Preisvergehens in Thorn. Der Parteivorstand hatte die Zahlung abgelehnt, weil es auch hier Sache der Bezirksorganisation ist, zu zahlen. Die Kontrollkommission hat sich der Entscheidung des Parteivorstandes angeschlossen. Nach weiteren Verhandlungen wurden die Kosten durch den Parteivorstand ersetzt. Die Hilfsarbeiter beim Parteivorstand erhoben Beschwerde, weil ihre Forderungen auf Gehaltsrückstellungen und Zulagen nicht ganz bewilligt waren. Nach Rücksprache der Kontrollkommission mit dem Parteivorstand wurde diese Angelegenheit in zufriedenstellender Weise geregelt. Die Hilfsarbeiter ergen daraufhin ihre Beschwerde zurück. Anschließend hieran will ich gleich bemerken, daß sich die Kontrollkommission dreimal mit der Gehaltsfrage der Bezirkssekretäre, der Mitglieder des Parteivorstandes und der Hilfsarbeiter beim Parteivorstand beschäftigt hat. Alle früheren Bewilligungen und Forderungszulagen standen ja in gar keinem Verhältnis zu der ungeheuren Teuerung der Lebensmittel und Bedarfsartikel. Es hatte gar keinen Wert mehr, daß man von Zeit zu Zeit Zulagen gewährte. Mit diesem Blickwerk konnten wir nicht mehr auskommen. Wie die Dinge nun einmal liegen, kann der Parteivorstand seinen Hilfsarbeitern und Sekretären Gehälter bewilligen, nicht aber sich selbst. Wir haben daher in der letzten Sitzung in Berlin die Gehaltsfrage geregelt und hoffen, daß das nun für eine Zeitlang genügt und daß die Angestellten sich damit zufrieden geben.

Was die übrige Tätigkeit der Kommission betrifft, so haben wir im letzten Jahre wie auch früher die Parteigeschäfte, vor allen Dingen die Parteikasse, die Buchhandlung Vorwärts und den „Vorwärts“ selbst revidiert. Auch die

Stuttgarter Geschäfte haben zwei Mitglieder der Kontrollkommission revidiert. Wir haben alles in bester Ordnung befunden und beantragen namens der Kontrollkommission, dem Parteivorstand Entlastung zu erteilen. (Bravo!)

Zugleich mit dem Bericht des Parteivorstandes werden der Bericht der Kontrollkommission und die zu beiden Punkten vorliegenden Anträge zur Debatte gestellt.

Vorsitzender Müller stellt die Unterstützungsfrage für die neu eingegangenen Anträge:

Von den zu diesem Punkt der Tagesordnung gestellten Anträgen finden genügende Unterstützung die Anträge: 12 bis 19, 21 bis 23, 25, 26 bis 64, 67, 68, 71 bis 73, 75, 86, 88, 113, 121, 134, 138 Abs. 2, 162, 173, 180, 192, 196, 205 bis 213, 215 bis 217, 223, 229, 231, 234 bis 236, 287, 302, 305, 306, 315, 316, 321, 322, 324, 327, 341, 354.

Nicht genügende Unterstützung finden die Anträge: 20, 24, 65, 66, 69, 70, 74, 222, 308a.

Dr. Quard regt an, zur Vorbereitung des Agrarprogramms eine Kommission einzusetzen, die dann dem Plenum bestimmte Vorschläge unterbreiten könnte.

Der Vorsitzende Müller erwidert darauf, die Voraussetzung für die Arbeit einer solchen Kommission sei doch, daß das Sekretariat über die Richtlinien vorher gehalten werde. Es werde sich im Laufe der nächsten Tage Gelegenheit ergeben, auf diese Frage zurückzukommen.

Der Parteitag stimmt dem zu.

Die Nachmittagsitzung soll mit der Debatte über den Vorstandsbericht beginnen.

Der Vorsitzende Müller teilt mit, daß die georgische Sozialdemokratie dem Parteitag in einem Telegramm die besten Glückwünsche zur erfolgreichen Arbeit übermittelt hat. (Bravo!)

Schluß der Sitzung: 1 Uhr 5 Minuten.)

### Nachmittagsitzung.

Der Vorsitzende Schelbmann eröffnet die Sitzung.

Der Parteitag tritt in die Debatte über den Bericht des Parteivorstandes ein.

**Nimmerfall:** Ich habe zu dem schriftlichen Bericht des Parteivorstandes einige Berichtigungen zu bringen. Auf Seite 38 des Berichtes heißt es, daß Bayern, Franken, die Oberpfalz, Niederbayern, Oberbayern und Schwaben keinen Bericht über die Zahl der sozialistischen Magistratsvertreter eingefandt hätten. Ich teile mit, daß es in Bayern seit der Revolution keine Magistratsvertreter mehr gibt, wir haben nur noch ein Einkammerstystem, nur noch Gemeinberätere und Stadträte.

Bei dieser Gelegenheit noch ein paar Worte über die Erfolge, die wir bei den letzten Gemeinde-, Kreis- und Bezirksratswahlen in Bayern hatten. Wir sind mit dem Erfolg nicht zufrieden, aber trotz alledem können wir konstatieren, daß kein Städtchen in Südbayern, das über 4000 Einwohner zählt, ohne einen Vertreter von uns im Stadtrat ist. Die größeren Städte haben den ersten und zweiten Bürgermeister aus unserer Reihen, und in vielen Landgemeinden haben wir ebenfalls neben den Gemeinberätern noch besondere Bürgermeister. Ich bitte, zu beachten, daß unsere Wahlkämpfe zu den Gemeinde-, Kreis- und Bezirksratswahlen im Juni 1919 stattfanden. Kurz vorher war die bekannte Mäteezeit, wo ein Teil von theoretisch noch nicht einmal gebildeten Prägen-

brechern wie Levin und Konsorten die Leute zum Volkshewismus verführten, eine ganze Reihe von armen Teufeln, die ich Kriegs- und Revolutionspathologen nenne, die man auch Kuppfad-Spartakisten nannte. Man versprach diesen Leuten in Versammlungen, daß, wenn sie bei den Rotgardisten mitkamen, Land bekommen würden, die Güter würden verteilt, und jeder einzelne wäre glücklich in Bayern, dem Lande des neuen Volkshewismus. Das löste natürlich eine ungeheure Furcht aus, und diese Furcht trug mit dazu bei, daß wir in den Juniwahlen 1919 so wenig Erfolg hatten.

Wir behauern auch, daß das Zusammenarbeiten mit den Gewerkschaften nicht mehr wie früher besteht. Die Gewerkschaftsmitglieder waren zerpalten in U. S. P., Kommunisten und sozialdemokratische Mitglieder, und wenn in den Gewerkschaftsversammlungen versucht wurde, für die sozialdemokratische Organisation zu werben, so hieß es sofort: „Das hat mit der Gewerkschaft nichts zu tun. Auf der anderen Seite wurde aber der schärfste und gemeinste Terrorismus von den U.-S.-P.-Leuten und den Kommunisten getrieben. Das geschieht noch bis auf den heutigen Tag. Wir müssen deshalb sehr vorsichtig sein, und ich möchte deshalb hier auf dem Parteitage der deutschen Sozialdemokratie betonen, daß wir nicht ohne weiteres die U.-S.-P.-Krafteier — ich rede dabei nicht von den Verführten und von den Mittläufern — in unsere Organisation aufnehmen dürfen. Das könnte die größte Gefahr für unsere eigene Partei werden. (Sehr gut!) Wenn dadurch würden die ruhigen Elemente bei uns dazu gedrückt, zu erklären: Dann gehe ich weg. Anders aber ist es mit den Verführten. Ich bitte, nicht zu übersehen, welchen schweren Kampf wir in Südbayern haben, wo 23 bürgerliche Blätter mit 1 123 000 Abonnenten zwei sozialdemokratischen Blättern, der „Münchener Post“ und der „Schwäbischen Volkszeitung“ in Augsburg gegenüberstehen. Wir arbeiten jetzt mit aller Wüfte daran, unser vor dem Kriege gut eingeführtes „Boherisches Wochenblatt“ wieder hochzubringen, damit wir unter den schwierigen bayerischen Verhältnissen unserer Presse in der Landbevölkerung wenigstens einmal wöchentlich Eingang verschaffen. Ich bitte, zu beachten, daß in Oberbayern der Sitz des königlichen Försters aus alter Zeit Escherich ist, und daß wir zu gleicher Zeit dort der Dr. Heimischen christlichen Bauernorganisation gegenüberstehen. Alles dies erschwert uns die Arbeit in Bayern außerordentlich. Aber ich spreche mit unserem Delegierten aus Holland: „Trotz alledem!“

Bei all diesen Kämpfen vergessen wir unsere Freunde jenseits der bayerischen Grenzpfähle nicht: die Deutschösterreicher. Am 17. Oktober sind dort die Nationalratswahlen. Dann helfen wir mit durch Wort und Tat, damit, wenn die Zeit kommt, wo endlich einmal die Deutschösterreicher dort hinkommen, wo hin sie längst wollten, nämlich in den Deutschen Reichsverband, die Saat reif ist, die wir jetzt säen, damit auch die Frucht für uns reift.

Eine Reihe von Anträgen beschäftigen sich mit der Erhöhung der Beiträge. Wir sind damit einverstanden. Die Mindestbeiträge von 30 und 40 Pf. reichen nicht einmal aus, um die Entwertung des Geldes auszugleichen. Ich richte aber als Leiter der Organisation von Südbayern den Ruf besonders an die größeren Industrieorte, wo es den Parteigenossen möglich ist, mehr Bildung durch Vorträge usw. zu geben, daß sie den Beitrag als Mindestbeitrag betrachten. Wenn in den größeren Städten nicht höhere Beiträge als die Mindestbeiträge genommen werden, dann dürfen Sie auch von den kleinen ländlichen Bezirken nicht verlangen, daß sie etwa dieselben Beiträge bezahlen wie in München und Nürnberg. (Bravo!)

**Brühwig:** Der Vorstandsbericht erstreckt sich auf eine Zeit, die als die schwerste betrachtet werden kann, die die Partei jemals durchmachen mußte.

Wir befanden uns in einem furchtbaren Kreuzfeuer, wurden von rechts und links begeistert und verspottet. Unter diesen Umständen mußten wir unsere Agitation betreiben. Wenn wir trotz alledem heute konstatieren können, daß die Partei allen Stürmen von rechts und links getrotzt hat und sogar einen erheblichen Mitgliederzuwachs verzeichnen kann und über eine innere Gesundung berichten kann, so zeugt das davon, daß die Politik der alten Sozialdemokratie während des Krieges und seit der Revolution richtig war. Das gibt uns die Zukunftshoffnung, daß wir noch mehr als bisher vorwärtsschreiten werden.

Wenn wir das verflossene Geschäftsjahr überblicken, so können wir mit Genugtuung feststellen, daß es günstige Erfolge zeitigte. Wir müssen versuchen, auch für das kommende Jahr neue Waffen zu schmieden. Eine der wesentlichsten Aufgaben wird es sein müssen, die in größeren Scharen nach der Revolution zu uns gekommenen Arbeiter, Angestellten und Beamten intellektuell im Geiste des Sozialismus zu erziehen. Gerade die Kreise, die bis zur Revolution rechtlos waren und sich am Klassenkampf nicht beteiligen konnten, müssen in die Kette der sozialistischen Kämpfer eingereiht werden. Daraus erwächst uns eine schier unlösbare Aufgabe. Aber sie muß gelöst werden, und ich bitte den Parteitag, alle Anträge anzunehmen, die dahin gehen können, die Vertiefung der sozialistischen Anhänger im Geiste des Sozialismus durchzuführen. In dieser furchtbaren politischen Wirrnis wird diejenige Partei Sieger bleiben, die über klare Köpfe und die tiefste Erkenntnis der Lehren des Sozialismus verfügt. Wenn wir jetzt sehen, wie links von der Sozialdemokratie alles durcheinander läuft und wie in unserer Partei alle diejenigen geblieben sind, die auf dem Wege des demokratischen Sozialismus die großen Aufgaben der Sozialdemokratie erfüllen wollen, so müssen wir gerade auf diesen Gebiete alle Kräfte anwenden.

Dazu kommt, daß die Sozialdemokratie jahrzehntelang Oppositionspartei war und vorwiegend agitatorische Aufgaben hatte. Heute aber sitzen Sozialdemokraten in allen Körperschaften. Heute ist die Bildungsarbeit in Reich, Staat und Gemeinden so umfangreich geworden, daß wir sehr oft bei Besetzung wichtiger Posten die Klage hören, daß wir nicht die Leute dafür haben. Deshalb sollten wir mit aller Kraft daran arbeiten, geschulte Sozialisten zu erziehen, die in Reich, Staat und Gemeinde diesen Pflichten nachkommen können.

Sehr wichtig ist auch die innere Festigung der Organisation. Im Vordergrund steht dabei der weitere Ausbau der Bezirksagitation. Wir wissen, mit welchem unrühmlichen Terror die Linkskabinalen unsere Genossen in den Betrieben tyrannisiert haben. Dem können wir nur durch eine straffe Bezirksorganisation begegnen. Wenn auch der Weimarer Parteitag diese Bezirksorganisation schon geschaffen hat, so muß auch der diesjährige Parteitag für den weiteren Ausbau der Organisation sorgen.

Sehr wichtig ist auch die Gesundung der Finanzen unserer Partei. In Konsequenz dieser Auffassung sind wir mit dem Vorstandsantrag einverstanden. Wir wünschen nur, daß dieser erhöhte Beitrag dann auch im ganzen Lande gezahlt wird. Aus dem Vorstandsbericht geht hervor, daß schon drei Bezirke einen Wochenbeitrag von 40 Pf. für männliche Mitglieder haben, alle anderen zahlen nur die Hälfte. Den Beitrag für weibliche Mitglieder von 25 Pf. hat auch nur ein Bezirk. Wenn alle anderen Bezirke hier nachfolgen könnten, wäre die Finanzlage zum großen Teil schon gelöst.

Mein Vorredner sagte, daß die Großstädte in der Beitragsfrage vorangehen müßten. Dem möchte ich entgegenhalten, daß man heute nicht mehr

behaupten kann, daß die ländlichen Arbeiter nicht denselben Beitrag leisten können wie die großen Städte, weil in den großen Städten die Arbeitslosigkeit und die wirtschaftliche Not so groß ist, daß das großstädtische Proletariat häufig viel schlechter dasteht als die Arbeiter auf dem Lande.

Ich gebe mich der Hoffnung hin, daß der Parteitag die Parteiarbeit im Lande beleben wird und daß der Geist des Sozialismus bis in die letzte Proletariatschütte getragen werden kann. Wenn das geschieht, dann hat auch der Kaiserliche Parteitag seine Pflicht erfüllt. (Bravo)!

**Schnabrid:** Wenn mich auf diesem Parteitag eine nicht befriedigt hat, dann war es der Bericht des Parteivorstandes aus dem Munde des Genossen Wels. Ich muß leider aussprechen, daß ein solcher philanthropischer Parteivorstandsbericht nicht dazu beitragen kann, die Klarheit und Zielklarheit innerhalb der Parteiorganisation zu festigen. Solange der Parteivorstand sich nicht zergliedert und die einzelnen Ressorts einteilt in Außenpolitik, Sozialpolitik und sonstige allgemeine Politik, werden wir immer wieder auf den Parteitagen damit zu rechnen haben, daß die philanthropischen Parteivorstandsberichte kein Ende nehmen. Ich möchte deshalb für die Zukunft hoffen, daß die Vorstandsberichte etwas anders ausfallen. Unsere Politik hat einen starken Berliner Einschlag und ist durchaus nicht dem ganzen Lande angepaßt. (Heiterkeit.) Die Berliner Politik ist noch lange nicht die preussische und die preussische erst recht nicht deutsche Politik. Wer die Reichseinheit erhalten will, muß die preussische Vormundschaft abstreifen.

Wenn der Genosse Wels meinte, es werden große Kanonen als Versammlungsort verlangt, so möchte ich erwidern: Wenn erst eine große Kanone kommen muß, um die Situation zu retten, dann ist überhaupt nichts mehr zu retten. Sie müssen sich auf die eigene Kraft verlassen. So sehr wir Gewicht darauf legen, daß unsere Parlamentarier und die bekannten Führer von Zeit zu Zeit sich den Massen vorstellen, so sehr muß ich Wert darauf legen, daß die Partei nicht die Partei der großen Redner sein darf, sondern die Partei der großen Handlungen werden muß. (Bravo)!

Ich habe vom Genossen Wels nicht gehört, welche großen Erfolge die Partei errungen hat. Daß wir in Deutschland die Republik und die Demokratie noch haben, ist einzig und allein der Sozialdemokratie zu verdanken. Würde es nach den Kommunisten und nach der U. S. P. gegangen sein, so würden wir keine Demokratie mehr haben. Aber es gibt Leute, die nicht mehr daran denken, welche enormen Kämpfe es gekostet hat, um überhaupt so weit zu kommen, wie wir heute sind. Wie kann man nach einer politischen Umwälzung erwarten, daß sofort auch die ökonomische Umwälzung kommt. Das ist in der ganzen historischen Entwicklung der Menschheit noch nirgends der Fall gewesen. Deshalb muß den Massen gesagt werden, daß die gesunde Realpolitik die Notwendigkeit der Stunde ist. Nicht damit wird den Massen geholfen, daß man nur Neben hält. (Sehr richtig! Heiterkeit.) Die Kommunisten und die Unabhängigen mögen diese Phrasenpolitik treiben, aber die Parteigenossen dürfen den Unabhängigen nicht nachzehen und dürfen nicht radikalser sein wollen als die Unabhängigen selber.

Wenn einer von der andern Richtung über Noske schimpft, dann schimpfen die Parteigenossen gewöhnlich mit. Wenn aber nur ein Zehntel der ganzen Unabhängigen und der Kommunisten ein Fünftel von der Courage gehabt hätten, die Noske erwidert hat, dann wären wir in unserer ganzen agitatorischen Tätigkeit weiter.

Auf diesen Parteitag wird nicht bloß Deutschland schauen, sondern die Welt. Und da heißt es für uns: nicht nach Moskau, nicht nach Paris, nicht

nach London, aber auch nicht nach Berlin (Schallende Heiterkeit.) So sehr wir deutschen Sozialdemokraten in Deutschland nicht verhindern konnten, daß wir in den Krieg mußten, so konnten das auch die anderen Nationen nicht. Und so müssen wir eingestehen, daß die Internationale vor dem Kriege zu schwach war. Diese Kraft muß aber die Internationale aus der neuen Entwicklung gewinnen, und wir hoffen, daß wir auf dem nächsten Parteitag mehr auswärtige Vertreter begrüßen können. (Beifall.)

**Cothen:** Aus der Fülle der Dinge, die in dem Bericht des Parteivorstandes behandelt worden sind, treibe ich nur eine Frage heraus, die der auswärtigen Angelegenheiten. Mehr als je bestimmt im Augenblick die auswärtige Politik das Schicksal unseres Landes. Wir finden entweder den rechten Weg für auswärtige Politik, dann ist der Wiederaufbau Deutschlands möglich. Wenn wir ihn nicht finden, brauchen wir uns über einen inneren Aufbau nicht lange den Kopf zu zerbrechen, weil das Ende Deutschlands dann besiegelt ist. Nun muß man leider sagen, daß Deutschland in der auswärtigen Politik stets den falschen Weg gegangen ist, vor dem Kriege, im Kriege und nach dem Kriege. Während des Krieges, wo, wie auch jetzt wieder durch die Erzbergerischen Erinnerungen bestätigt wird, der Friede mit England zweimal greifbar nahe war, hat die englische Einstellung der deutschen Politik diesen einzigen Ausweg verbaut. Die dauernd gehegte Hoffnung, die die Politik Bethmann Hollwegs und die der Reichstagsmehrheit bestimmte, sich im Osten schablos zu halten und mit England zu einer leichten Verständigung zu gelangen, ist getragen. Leider hat auch die deutsche Sozialdemokratie — und das ist für mich besonders schmerzlich — maßgebend diese falsche Politik beeinflusst, und sie kann sich auch jetzt noch nicht auf den richtigen Weg zurückfinden. Diese englische Einstellung der deutschen Politik hat nach Beendigung des Krieges zu der Illusion geführt, man könne mit englischer Hilfe einen billigen Frieden erhalten. Das war von vornherein unmöglich. Wir konnten, nachdem der Krieg einmal bis zum bitteren Ende ausgefochten war, unmöglich noch einen Verständigungsfrieden erwarten. Dafür ist der Zeitpunkt veräussert worden. Der Frieden mußte hart werden, das entspricht den Verstörungen des Krieges, und es konnte sich nur darum handeln, daß bei der Durchführung dieses harten Friedens unsere Lebensnotwendigkeiten die nötige Berücksichtigung fanden. Da ist nun der ungeheure Fehler begangen worden, die deutsche öffentliche Meinung von vornherein gegen das Land einzunehmen, das infolge der Kriegszerstörungen die größten Wiedergutmachungsforderungen an uns stellen mußte: gegen Frankreich. Man muß wenn man die französische Haltung verstehen will, den Versuch machen, sich einmal, wenn auch nur für einen Augenblick, in die Lage dieses Landes zu versetzen. Damit ist nicht gesagt, daß man sich seinen Standpunkt ohne weiteres zu eigen zu machen hat, aber man wird ihn ohne diesen Versuch überhaupt nicht verstehen können. So sehr ich nun der Meinung bin, daß der Versailles Friedensvertrag vürmermehr wirklich erfüllt werden kann, so offen muß ich sagen, daß der größte Teil seines materiellen Inhalts bestialisch erfüllt werden muß, weil er ganz einfach den durch den Krieg hervorgerufenen Verstörungen entspricht. Es ist sehr oft in Deutschland ausgesprochen worden, daß diese Wiedergutmachungspflicht anerkannt wird. Wirkliche Vorschläge aber für diese Entschädigung sind erst jetzt, nachdem man mehr als ein Jahr hat nutzlos verstreichen lassen, gemacht worden. Dazu kommt, daß wir nichts getan haben, um Frankreich von inneren guten Willen, mit ihm zusammenzukommen, zu überzeugen viel zu wenig getan haben. Von vornherein haben wir, obwohl wir die Lage Frankreichs hätten erkennen müssen, alle Streitigkeiten nur gegen Frankreich gerichtet und die Franzosen den Deutschen als die Feinde bezeichnet,

die sich ihr Verhalten lediglich von deutschem Haß diktiert ließen. So ist allmählich eine Atmosphäre geschaffen worden, die einer Verständigung so ungünstig wie möglich sein mußte. Durch falsche Nachrichten über Frankreich, ebenso durch die Unterschlagung wichtiger Dinge ist die öffentliche Meinung vollkommen irreführend worden. Dafür einige Beispiele: In der wichtigsten Frage der Kriegsgefangenen, bei der es prinzipielle Meinungsverschiedenheiten nicht gibt, und die das deutsche Volk bis ins tiefste aufrührte, weil es keinen Deutschen gab, der nicht das größte Mitgefühl mit den Kriegsgefangenen gehabt hätte, ist z. B. die Stimmung gegen Frankreich mit den verschiedensten Mitteln eingenommen worden. Der Ausgangspunkt dieser Kampagne war die Waffenstillstandskommission. Als ich auf dem zweiten Kätefongreß Herrn Erzberger wegen dieser Stimmungsmache scharf angriff und dabei ausführte, daß es keine maßgebende und offizielle Stelle in Frankreich gäbe, die sich für die aus den Preisen der Waffenstillstandskommission hervorbringende Verabsolutung anführen ließ, daß die Kriegsgefangenen über die Ratifikation des Friedens hinaus zurückbehalten werden sollten, kam eine sehr merkwürdige Antwort. Der Vertreter Erzbergers, Dr. Driesen, mußte auf dem Kätefongreß zugeben, daß eine solche Forderung lediglich von zwei Boulevardblättern gestellt war. Wohin soll nun das führen, wenn man die Verurteilung chauvinistischer Boulevardblätter dem deutschen Volk als die offizielle Politik Frankreichs hinstellt, und wohin soll es führen, wenn eine Zeitung wie der „Vorwärts“ in ähnliche Schritte schlägt? Ende 1919 hat nämlich der „Vorwärts“ es direkt ausgesprochen, daß Frankreich die Kriegsgefangenen als Faustpfand für die Erfüllung der Wiedergutmachung zurückbehalten wolle. Kein Wort daran ist malz gerufen, aber zur Vergütung der Volksmeinung hat dies Verhalten tüchtig mit beigegeben. Eben so haben die damals drei offiziellen Organe in Deutschland: das Wolffsche Telegraphenbureau, die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ und der „Vorwärts“, als infolge der Verletzungen bei Scapa Flow ungeheure Mengen Docks und anderen Hafensmaterialien von Deutschland verlangt wurden, diese Forderung als französische Forderung hingestellt. Als sich herausstellte, daß diese tödliche Forderung, die fast zur Verweigerung der Friedensunterzeichnung geführt hätte, in der Hauptsache von England ausging, haben sich das Wolffsche Telegraphenbureau und die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ erst lange nachher und wenig deutlich dazu entschlossen, diese Tatsache mitzuteilen. Das sind nur ein paar Beispiele. Die lediglich als Belege für die falsche Methode dienen sollen, wie man das deutsche und das französische Volk gegeneinander verhetzt hat. Nichts aber kommt z. B. darüber in die deutsche Presse (auch nicht in die sozialdemokratische), daß bei den Vorverhandlungen für den Versailles Frieden der französische Marschall Foch sich im Gegenfatz zu England für die Schaffung eines deutschen Milizheeres eingesetzt hat. Wie wichtig das gewesen wäre, haben wir beim Lüttich-Kutsch erlebt. Wenn wir Widerlungen des Versailles Friedensvertrages durchziehen wollen, so sind sie nur durch eine Verständigung mit Frankreich zu erreichen. Und wenn Frankreich sieht, daß Deutschland, wie es auch der deutsche Gesandte Dr. Meyer in Paris ausgedrückt hat, bis an die Grenze des Möglichen zu gehen bereit ist, und ferner sieht, daß die große Masse des deutschen Volkes absoluter Gegner der Revanchepolitik ist, so bin ich überzeugt, daß wir nicht nur die scharfen und undurchführbaren Bedingungen des Versailles Friedens milbern, sondern auch in ein erträglicheres, sich immer mehr besserndes Verhältnis zu unseren französischen Nachbarn gelangen werden. (Zuruf: D. jetztes Gebiet!) Gewiß, die Dinge im besetzten Gebiet sind schlimm, und jeder wird die dort vorkommenden Uebergriffe bedauern, aber die dort vorkommenden Dinge sind keine französische Sonder-

erscheinung, sie ereignen sich vielmehr überall dort, wo ein Gebiet durch fremdes Militär besetzt ist. Und wenn man die Akten über die Besetzung Frankreichs durch Deutschland nach dem Kriege von 1870/71 überprüft, so werden sich, wie ich glaube, allzu große Unterschiede nicht ergeben. Darauf es ankommt, ist nach dem Gesagten dies: Wir müssen uns endlich einmal dazu entschließen, nicht mehr auf die englische Hilfe zu hoffen. Dabei will ich nicht so weit gehen, zu verlangen, daß wir ein uns von England erzieltes Entgegenkommen ablehnen sollten. Aber wir dürfen keinerlei englischen Entgegenkommen annehmen, das uns auf Kosten der Verständigungsmöglichkeit mit Frankreich dargebracht wird. Wir müssen betonen, daß die durch Jahrhunderte hindurch festgehaltene englische Politik (die auch noch weiter dauern wird) von der durchaus richtigen Auffassung diktiert ist, daß die englische Vormachtstellung in Europa beruht auf den Gegenjahren, die zwischen den kontinentaleuropäischen Staaten, vor allem zwischen Frankreich und Deutschland, bestehen. England wird daher ein Interesse daran haben, diese Gegenjahre aufrechtzuerhalten, so daß wir allen Grund haben, englischen Geschenken mit dem größten Mißtrauen zu begegnen und sie als Danaergeschenke zu betrachten. Den Engländern kann man diese Politik nicht übelnehmen, aber daß man sie in Deutschland, vor allem in der deutschen Sozialdemokratie, immer noch nicht begriffen hat, ist unverstänlich. Die Dinge liegen einfach so: Wenn wir zur Verständigung mit Frankreich gelangen und an diese Verständigung sich die anderen kontinentaleuropäischen Staaten anschließen, so werden wir über Europa auch zur Verständigung mit England (die ich nicht weniger erstrebe als Sie) gelangen. Einen anderen Weg hierfür gibt es nicht. Nur auf diese Weise aber läßt sich auch die Kriegsgefahr der Zukunft bannen. Wer nicht alles tut, und hierfür müssen selbst die größten Opfer gebracht werden, um mit Frankreich zu einer Verständigung zu gelangen, trägt dazu bei, das deutsche Schicksal immer wieder auf die Kriegssparte zu setzen. Nach den furchterlichen Folgen dieses Krieges wird das niemand wollen. Nur genügt es nicht allein, zu wollen, es müssen auch die nötigen politischen Mittel angewendet werden. Nur wenn wir uns dazu entschließen und mit Ernst und Entschlossenheit schwere Opfer zu tragen gewillt sind, werden wir in der Lage sein, die Zukunft des deutschen Volkes zu sichern.

Eduard Bernstein: Gewiß ist es ein Lebensbedürfnis der deutschen Republik, ein gutes Verhältnis mit Frankreich herzustellen, und wir müssen alles tun, was dazu führen kann. Ich gebe Cohen auch eines zu, daß von der deutschen Presse außerordentlich viel in dieser Hinsicht geäußert worden ist, aber bei der französischen Presse ist es das gleiche. Viel zu viel wird ganz einseitig das Schlimme berichtet, was die anderen tun, anderes übertrieben, viele wichtige Dinge, anderes Wahres dagegen verschwiegen. Aber wir können uns auch nicht die Schwierigkeiten verhehlen, die aus der Lage Frankreichs sich ergeben und in den Machtverhältnissen seiner Parteien wurzeln. Wir haben in Frankreich eine viel stärkere Herrschaft des Militarismus als bei uns. Und dieses, was wir außerordentlich tief empfinden — wie gerade die Frage des Verbots der Dieselmotoren, die ja vorher berührt wurde —, ist der ungeheuer einflußreichen Militaristenpartei Hochs zuzuschreiben und wahrscheinlich nicht denen, die die zivile Regierung leiten. Wie man vordem Clemenceau falsch beurteilt hat, so beurteilt man nun auch vielmal Millerand falsch. Ich würde gern meine Erwartung auf die französische Sozialdemokratie setzen. Aber sie ist leider auf dem Wege nach Moskau. Ob sie wirklich hingehet oder nicht, weiß ich nicht, das richtet sich ja auch nach dem Schicksal der gestellten Bedingungen; doch hat sie im Grunde die schlimmsten Bedingungen schon akzeptiert. Erlauben

Sie mir eine geschichtliche Erinnerung: Im Jahre 1904 hielt Jaures in Amsterdam eine flammende Rede, in der er sagte: „Woran die Völker leiden, was uns alle mit Furcht erfüllt, ist die politische Einflußlosigkeit der deutschen Sozialdemokratie.“ „O, ich weiß wohl,“ fuhr er fort, „Ihr habt eine große Partei aufgebaut, die mir alle bewundern, Ihr erkämpft Siege im Wahlkampf, über die wir uns alle freuen, aber wenn es zu der großen Entscheidung kommt, dann entweicht Euch das, wenn Ihr habt weder die revolutionäre Aktion noch die parlamentarische Politik.“ Wer unsere damalige Lage im Lichte der Ereignisse betrachtet, entdeckt in diesen Worten ein tiefes Stück Wahrheit. Noch mehr aber liegt in ihnen Wahrheit, wenn man sie auf die heutige französische Sozialdemokratie anwendet. (Sehr richtig!) Gerade durch ihre unmögliche radikale Politik ist ihr Einfluß noch geringer, als damals der unsere war. Sie könnten, obwohl sie bei der Wahl eine Anzahl Sitze verloren haben, einen unendlichen Einfluß ausüben, wenn sie eine verständliche innere Politik betrieben. (Sehr richtig!) Jetzt haben sie leider einen Einfluß auf die Politik Frankreichs, der gleich Null ist, und das ist eins der großen Probleme in der auswärtigen Politik, die zu lösen sind. Deutschlands Lage ist außerordentlich ernst. Große Probleme, die für den Bestand Deutschlands von gewaltiger Tragweite sind, sind noch zu lösen und hängen zum großen Teil mit davon ab, wie Frankreich sich stellt, und wir könnten Gutes nur erlangen, wenn dort nicht die Stimme der Militaristen, sondern die der Demokraten und Sozialisten die Oberhand gewinnt. Leider sind die Aussichten außerordentlich gering. Aber wir wollen alle unser mögliches tun, damit die Dinge sich bessern.

Zur Frage der Einigung liegt wieder der berühmte Antrag vor: Ueber die Köpfe der Führer hinweg! Was heißt das? Ich arbeite jetzt an einer Geschichte der deutschen Revolution und kann Ihnen sagen, vom ersten Tage ab hat unsere Partei — lesen Sie den „Vorwärts“ vom 10. November 1918, wo er sagt, die Einigungsfrage soll nicht an den Personen einiger Führer scheitern, sondern wir sind bereit, in dieser Hinsicht die größten Opfer zu bringen (Sehr richtig!). — hat sie sich wiederholt zur Einigung bereit erklärt. Im Dezember 1918 habe ich den hier sitzenden Genossen Scheidemann in der Reichskanzlei gesprochen, und er hat mir gesagt: „Ich wäre ja der größte Schuft, wenn ich die Einigung an meiner Person scheitern lassen wollte.“ (Weißall.) Ich kämpfe gewiß für die Einigung, aber ehe wir darüber nicht zu einer Einigung im Weisen der Dinge gekommen sind, kann die formale Einigung nicht eintreten. (Lebhafte Beifall und Händeklatschen.) Leider haben unsere unabhängigen Genossen neun Zehntel der Moskauer Bedingungen angenommen und der Demokratie den Abschied gegeben. Ihr Leipziger Programm kommt Moskau so weit entgegen, daß man so sprechen muß wie 1870, als auf dem ökumenischen Konzil in Rom die Unfehlbarkeit des Papstes erklärt wurde und die Gegenbewegung des Döllinger — seines Erzbischofs Döllingerius — einsetzte, ein hochlebender Prälat sagte: „Hat er schon soviel Dummheiten verschluckt, warum die eine nicht auch noch?“ Tatsächlich haben unsere unabhängigen so viel von Moskau angenommen, daß auf die paar Bedingungen Demins kaum noch viel ankommt. Und das haben sie getan und tun sie leider heute noch, wo in viel schlimmerem Grade in Rußland das eingetreten ist, was jeder, der etwas von Volkswirtschaft kennt, vorausgesehen hatte, nämlich daß es zum größten Elend führen mußte. Ein bedeutender Politiker eines zwar kleinen Landes sagte schon im Mai 1918 in einer Rede von den Bolschewisten treffend: „Zudem sie die Demokratie verwarfen, gelangten sie nicht zum Sozialismus, wohl aber zum Vandalismus!“ Das hat sich im Laufe der Jahre immer mehr bewahrheitet. Was in Rußland

geschehen ist in bezug auf Ermordung von Geiseln, Erschießungen im größten Stil und vor allem in bezug auf die Verelendung des Volkes — letzteres, weil sich die Männer an der Spitze, die in den Krisen des alten Systems zwar Meister sind, sich auf dem Gebiet der Volkswirtschaft aber als elende Stümper erwieisen haben (Sehr richtig!), das ist eine einzige große Tragödie. Das Elend wächst von Tag zu Tag, verzweifelt geben es die leitenden Politiker dort selbst zu. Und das sollen wir in Deutschland nachmachen! (Niemaß!) Auf dem Betriebsrätekongreß in Berlin hat der Kommunist Brandler ein bemerkenswertes Wort geprägt, das auf mich den tiefsten Eindruck gemacht hat: Ja, er gebe zu, die nächste Wirkung dessen, was die Kommunisten wollen, wird die sein, das Elend noch zu vergrößern. (Hört, hört!) Also, das weiß er sicher, aber dafür, daß aus dem Elend eine schönere Zukunft aufgebaut wird, hat er keine Sicherheit. (Sehr richtig!) Und diese Verantwortung für so etwas sollen wir als vernünftige und ihrer Verantwortung sich bewußte Politiker auf uns nehmen in der Hoffnung, daß möglicherweise aus dem Nichts heraus heraus eines Tages eine schöne Zukunft aufleucht, wofür wir noch gar keine Garantie haben!

Die Krisis bei unseren Nachbarn auf der Linken sollten wir möglichst objektiv beobachten und uns aller gehässigen Äußerungen dazu enthalten. Es ist eine Krisis, die notwendig geworden ist, und die wahrscheinlich zu einer Spaltung führen wird. Ich bin nicht der Ansicht, daß wir uns denjenigen, die als unabhängige Partei versuchen werden, weiter zu existieren, an den Hals werfen sollen; aber wir sollen auch nicht über sie herfallen. Lassen wir die Krisis sich ruhig abspielen, und lassen wir ihnen Zeit zur Selbstbesinnung; dann wird sich vielleicht auch späterhin die Möglichkeit eines Zusammengehens finden. Vergessen wir nicht: im Grunde sind wir ja doch alle eine große Familie, die zusammengehört. Im übrigen bin ich überzeugt, daß die Sozialdemokratische Partei auf dem richtigen Wege ist, um das deutsche Volk wieder aufwärts zu führen. (Lebhafter Beifall.)

**Frau Behm-Schuch:** Durch die Revolution sind wir freie Staatsbürgerinnen geworden. Aber wenn selbst die Revolution den deutschen Frauen das Wahlrecht nicht gebracht hätte, wäre in dem Verhältnis der Frau zur Politik eine Umwandlung eingetreten, weil der Krieg das ganze Wirtschaftsleben und damit die Stellung der wirkenden Kräfte im Staate verändert hat. Wir werden zu der vollen Erkenntnis und Wertung der Tatsache kommen müssen, daß nicht mehr die große Politik, sondern die Wirtschaftspolitik die Führung übernommen hat, in Deutschland sowohl wie in allen übrigen Ländern. Selbstverständlich bleibt die Wechselwirkung zwischen Wirtschaftspolitik und allgemeiner Politik bestehen; aber die Führung ist durch den Krieg verschoben worden. Die Wirtschaftspolitik wird und muß das verbindende Element zwischen den einzelnen Staaten sein, die völkern müssen miteinander in neue wirtschaftliche Beziehungen treten, wenn sie nicht zugrunde gehen wollen.

Es ergibt sich hieraus aber auch die Verschiebung des Kräfteverhältnisses der einzelnen Klassen im Staats- und Wirtschaftsleben. Die Arbeit — die körperliche sowohl wie die geistige — ist der erhaltende und aufbauende Machtfaktor. Deshalb gebührt den wertschaffenden Klassen der Einfluß in der Staatsleitung, den zu erringen sie bestrebt sind. Die deutsche Arbeiterkraft, vor allem die Frauen, lehnen es ab, die Führerschaft auf dem Wege der Diktatur zu erringen. Wir wollen sie auf dem Wege der Demokratie, also durch die Wahlen.

Unsere Partei wird sich in logischer Konsequenz dieser Tatsachen mit der Gewinnung der neuen Wählermassen, der Frauen und der Jugendlichen

gründlich zu befassen haben; denn sie sind für den Fortschritt auf dem Wege der Demokratie zum Sozialismus ausschlaggebend.

Für alle Parteien bedeutet die Gewinnung und Schöpfung dieser neuen Wählermassen eine Lebensfrage, am meisten aber für unsere Partei, weil wir die Partei der Massen sind. Dies müssen wir in seiner vollen Bedeutung erkennen und sowohl in der Agitations- und Organisations- wie in der gesetzgeberischen Arbeit damit rechnen.

Meinem Erachten nach werden wir unsere Agitationsarbeit auch für die Jugendlichen und Frauen mehr in die Betriebe verlegen müssen. Die äußeren wirtschaftlichen Fragen interessieren naturgemäß die erwerbstätigen Frauen zunächst am meisten, und auf dem Wege über die wirtschaftlichen Interessen müssen wir die Erkenntnis der Notwendigkeit der gesetzgeberischen Arbeit, also der politischen Betätigung bringen. Aber auch die Bildungsausgänge haben hier ein großes Arbeitsgebiet, indem sie durch Kurse und sonstige Veranstaltungen die gewonnenen Mitglieder zu Wissenden und Erkennenden machen. Vor allen Dingen muß die politische Aufklärung an Hand des geschriebenen Wortes in anderer Weise erfolgen als bisher. Mit den großen Agitationsversammlungen ist es nicht getan; wir müssen die Frauen zu überzeugten Sozialistinnen machen. Damit komme ich zu den Anträgen bezüglich der „Gleichheit“. Genosse Bartels hat schon darauf hingewiesen, in welchem Mißverhältnis zu der Anzahl der organisierten Frauen die Anzahl der „Gleichheit“-Beherinnen steht. Das kommt wohl daher, daß nicht überall in den Bezirken die Wichtigkeit der Gewinnung der Frauen voll erfaßt wird. Die Frauenorganisation hat einen Antrag an den Parteitag weitergegeben, in dem nach neuen Wegen gesucht wird, um allen Frauen die „Gleichheit“ zuzustellen, sei es durch Erhöhung des Mitgliedsbeitrages als Obligatorium oder als wöchentliche Zeitungsbeilage. Der erikere Vorschlag wird für die meisten Bezirke unannehmbar sein, da der Mitgliedsbeitrag dann so erhöht werden müßte, daß die Gefahr besteht, daß dadurch ein Rückgang der weiblichen Mitglieder herbeigeführt werden würde, und die Gewinnung neuer Mitglieder geradezu unmöglich wäre. Dagegen erscheint mir der zweite Vorschlag sehr beachtenswert, und der Parteivorstand wird sich mit ihm eingehend zu befassen haben. Wenn die „Gleichheit“ auch nicht in ihrem ganzen Umfange als Wochenbeilage zu benutzen ist (und zwar wieder aus finanziellen Gründen), so wäre es doch wohl leicht möglich, eine vierseitige Zeitungsbeilage der „Gleichheit“ jede Woche zu geben.

Der Fortschritt der Gleichberechtigung der deutschen Frauen wird von allen Frauenkreisen des Auslandes mit dem größten Interesse verfolgt, und was wir für unsere Klassengenossinnen hier an Fortschritten zum Sozialismus erringen, das ehret unseren Schwestern in den anderen Ländern den Weg zu gleichen Zielen. Mit der staatsbürgerlichen Gleichberechtigung ist leider die wirtschaftliche auch bei uns nicht erreicht worden; sie muß von den Frauen und von unserer Partei für die Frauen erst erkämpft werden. Ein Beweis dafür ist die Entredung der Frauen zu den Wahlen der Berufsgerichte. Aus Berlin wird Ihnen ein Antrag zugehen, der die Regierungsverordnung zu dieser Frage betrifft. Unsere Partei ist nicht schuld daran, daß das passive Wahlrecht der Frauen zu den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten abgelehnt wurde. Aber wir haben uns dafür einzusetzen, daß diese Ungeuerlichkeit, die mit der Verfassung nicht in Einklang zu bringen ist, und die viele Frauen in das radikale Fahrwasser treibt, aus der Welt geschafft wird, soweit das noch möglich ist. Wo die Wahlen zu den Kaufmannsgerichten noch nicht stattgefunden haben, muß durch eine neue Verordnung der Regierung den Frauen das passive Wahlrecht ge-



geben werden, damit wir weibliche Beisitzer bei den Berufsgerichten bekommen. Wer die Mißstände kennt, die sich durch das Fehlen der weiblichen Beisitzer ergeben haben, wird für diesen Antrag eintreten müssen.

Aber auch um des lezten großen Zieles, um der Verhütung kommender Kriege willen ist es notwendig, die große Masse der Frauen für den Sozialismus zu gewinnen. Die Beziehungen zwischen den Völkern dürfen in Zukunft nicht nur geregelt werden von kühl rechnenden Kaufleuten, sondern sie müssen von verkehrendem Gefühl durchdrückt sein. Die Kurmännerpolitik des Verstandes konnte uns dahin bringen, daß auf die Mentalität der anderen Völker Rücksicht überhaupt nicht genommen wurde; auch dies war eine Ursache des furchtbaren Krieges. Und darum tut es not, daß auch hier neue Werte zur Auswirkung kommen. Der internationale Einfluß der Frauen in der Politik soll uns zu einem wirklichen Völkerbund und damit zur Völkerverbündung helfen. Da auf unsere Partei die Arbeiterschaft der ganzen Welt sieht, haben wir uns im Menschheitsinteresse dafür einzusetzen, daß die deutschen Frauen in ihrer großen Masse sozialdemokratisch werden. (Lebhafter Beifall.)

**Fellisch-Chemnitz:** Wenn ich als Delegierter des Chemnitzer Bezirks an der Tätigkeit des Parteivorstandes Kritik übe, so bezweckt meine Kritik nicht etwa eine Kampfeserklärung an den Parteivorstand. Unsere Kritik soll nur als ein wohlgemeinter Rat, der der Sache dienen soll, aufgefaßt werden.

Genosse Wels hat in seinem Vorstandsbericht unter anderem auf die nach seiner Meinung widerspruchsvolle Politik der „Chemnitzer Volksstimme“ zur Frage des Austritts aus der Regierung, bzw. des Wiedereintritts in die Regierung, Bezug genommen. Hinter der „Chemnitzer Volksstimme“ stehen die Parteigenossen der sechs ehemaligen Reichstagswahlkreise, die zu dem Verbreitungsgebiet dieses Blattes gehören. Diese Parteigenossen haben sich erneut auf ihren Parteiverfassungen auf diesen Standpunkt gestellt, und auch die letzte Presskommissionsitzung der „Chemnitzer Volksstimme“ hat einmütig diese Politik gutgeheißen.

Worin liegt denn nun der vermeintliche Widerspruch, von dem Genosse Wels gesprochen hat? Wir haben, als unsere Partei nach den letzten Reichstagswahlen aus der Reichsregierung austrat, die Politik gemacht, die damals fast übereinstimmend von der ganzen Partei gutgeheißen wurde. Es war fast die allgemeine Auffassung der Partei, daß es notwendig wäre, die Herrschaften zunächst einmal allein zu lassen. In Konsequenz dieser Anschauung haben wir es gutgeheißen, daß unsere Partei die Taktik verfolgte, zunächst dieser Regierung nicht etwa Schwierigkeiten zu machen, sondern es war klug, daß die Sozialdemokratische Partei zunächst einmal diese Regierung arbeiten ließ, damit sie zeigen konnte, was sie von den gegebenen Versprechungen halten konnte. Wir sehen aber, daß die Interessen des Proletariats von der gegenwärtigen Regierung aufs schwerste mißachtet werden. (Sehr richtig!) Wir haben nun zu untersuchen, wie lange wir es mit unserem politischen Gewissen vereinbaren dürfen, diese Regierung ungekört zum Unheil des Proletariats weiter wirtschaften zu lassen. (Sehr gut!) Bei den nächsten Wahlkämpfen müssen wir die Reichsregierung selbstverständlich aufs schwerste anklagen. Dann müssen wir auf der anderen Seite auch konsequent sein und sagen: mit dieser Regierung muß in gegebener Weise Schluß gemacht werden. Diese Politik haben wir in der „Chemnitzer Volksstimme“ immer vertreten und hinzugefügt: selbstverständlich geht das nur auf dem Wege über eine Neuwahl. Das ist der scheinbare Widerspruch, von dem der Genosse Wels gesprochen hat.

Wir sind im übrigen mit dem, was der Parteivorstand getan hat, im wesentlichen zufrieden. Unsere Kritik bezieht sich weit mehr darauf, daß er manches

hätte tun müssen, was er unterlassen hat. Als seinerzeit nach dem Weimarer Parteitag die wildesten Diskussionen über das wichtige Kapitel der Einwohnerwehren in der Arbeiterschaft tobten, hat es uns aufs schwerste geschadet, daß der Parteivorstand nicht bestimmter und demonstrativer seinen Protest auf in Erscheinung treten lassen. Wären wir damals in die Einwohnerwehren hineingegangen, so hätten wir sie jetzt geschlossen in unserer Hand.

Vollständig im Stiche gelassen hat uns in agitatorischer Hinsicht der Parteivorstand bei der Frage des Steuerabzugs, die uns ungeheuer viel zu schmerzen gemacht hat. Hier wäre es Pflicht des Vorstandes gewesen, eine klare Parole herauszugeben.

Der Parteivorstand hat sich auch zu wenig gerührt, als wir die ersten Nachrichten von der geplanten sogenannten Schlichtungsordnung erhielten, und als die Gewerkschaften sich schon darüber unterhielten, ob ihr Koalitionsrecht in Gefahr sei. Damals wäre eine Kundgebung des Parteivorstandes erforderlich gewesen, in der festgestellt wurde, daß das Koalitionsrecht unangriffsbar bleiben müsse.

Auch in den letzten Tagen hat uns der Parteivorstand bei der ungeheuren Erregung, die über die unerträglichen Verhältnisse auf dem Gebiete der Ernährungs politik, besonders hinsichtlich der Kartoffelpreise, bestehen, allzu gelassen. Man muß mit den Herren der Regierung in Berlin verhandelt haben, um zu wissen, daß sie tatsächlich die Haushälter der Agrarier sind. Wir verlohnen in solchen Stunden eine Entscheidung der Partei. Der Parteivorstand muß begreifen, daß er uns tatsächlich durch seine Unterlassungsjünden das Arbeiten im Lande ungeheuer erschwert hat. Im übrigen wollen wir mit unzerer Kritik nur einen guten Rat erteilen, nichts weiter. (Beifall.)

**Heilmann:** Den meisten Ausführungen des Genossen Fellisch kann ich mich anschließen. Genosse Fellisch hat gesagt, er wolle nur eine brüderliche Kritik üben. Das gebe ich ihm für die Rede, die er heute gehalten hat, durchaus zu. Ich warne ihn aber davor, in der „Chemnitzer Volksstimme“ weiter von einer „Richtung Fellisch“ schreiben zu lassen. (Sehr richtig!) Wenn wir erst wieder in der Partei Richtungen züchten, dann sind wir der Spaltung nicht mehr allzuweit entfernt. (Zustimmung.)

Genosse Fellisch hat mit Recht betont, daß das Ausschließen der Sozialdemokratie aus der Regierung und die Ueberlassung der Regierungsgewalt an die bürgerlichen Parteien das Interesse des arbeitenden Volkes schwer schädigt. Das muß uns in Zukunft dazu führen, nicht so leicht „heraus aus der Regierung“ zu rufen. (Sehr richtig!) Was aber die Forderung anbetrifft, daß die gegenwärtige Regierung angeklagt und fortgesetzt werden muß, so stimme ich ihr durchaus zu. Jedoch darf die Fraktion die Regierung erst stürzen, wenn der Ruf auf Beseitigung der Regierung von den breitesten Massen des Volkes mit stärkster Gewalt erhoben wird, wenn wir nach dem Sturz der Regierung sofort in die Wahlen eintreten können. (Zustimmung.) Die Hauptsache wird sein, hier den richtigen Zeitpunkt abzapfen.

Ich danke dem Genossen Fellisch, daß er gerade als Chemnitzer eine Ehrenrettung Noskes vorgenommen hat, indem er sich der Kritik angeschlossen hat, daß der Parteivorstand nicht rechtzeitig dazu aufgerufen hat, in die Einwohnerwehren einzutreten. Auch bei den anderen Maßnahmen kann man zweifeln, ob alles rechtzeitig geschehen ist.

Nun wende ich mich noch zu den Ausführungen des Genossen Cohen. Er hat mit seiner heutigen Rede das getan, was die Berliner Buchdrucker jetzt indirekte Streikarbeit nennen. Er hat die Stelle der augenblicklich nicht-erscheinenden „Wissenschaftlichen Zeitung“ vertreten, der Gazette de Boch. (Weiterkeit.)

Was die Fehler der Vergangenheit betrifft, so tun wir im Interesse auch des Genossen Cohen am besten, wenn wir sie ruhen lassen. Was sollen wir uns noch einmal über den Tag nach der Polenproklamation unterhalten, als der Genosse Cohen ein Parteiblatt durchaus veranlassen wollte, sich für den verschärften U-Bootkrieg einzusetzen, bis zu jenem Tage, da der Genosse Cohen den Termin zur Ernennung der Kandidatenliste für die Nationalversammlung auf einen späteren Zeitpunkt hinausgeschoben haben wollte. Genosse Cohen hat heftig einige falsche Zeitungsnachrichten kritisiert. Wenn hinter jeder falschen Zeitungsnachricht eine Absicht steckte und darüber eine Diskussion auf dem Parteitag stattfinden müßte, so müßten wir das ganze Jahr hindurch täglich zehn Stunden tagen. Was ist denn nun so falsch? Wer hat denn unsere Gefangenen am längsten zurückgehalten? Wer hat sich denn an der Erpressung von Scapo Blow mit beteiligt? Wer hat denn bei allen möglichen anderen Affären seinerseits ohne Mithilfe Englands Erpressungen ausgeübt? Daß Marshall Foch mehr Interesse für Geesitzfragen hat als England, sei dem Genossen Cohen ohne weiteres zugegeben. Nur bleibt die Frage, ob gerade dieses Interesse für Deutschland sehr nützlich ist.

Genosse Cohen hat über die Frage der besetzten Gebiete mit einem Adjunkten gejagt, die deutsche Okkupation in Frankreich sei nicht besser gewesen. Ich bin mir nicht ganz sicher, daß der pommerische Landsturmann durchaus mit der „schwarzen Schmach“ auf einer Stufe steht, gegen die die Frauenkonferenz soeben wieder flammenden Protest erhoben hat. (Sehr gut!) Wir verteidigen die damalige Okkupation nicht, sie hat das französische Volk empört, und uns empört es heute, daß aus dem von den Franzosen besetzten Gebiete viel bewegtere Klagen zu uns dringen als aus dem Gebiet, in dem englische oder amerikanische Truppen stehen. (Wabral!)

Genosse Cohen predigt die Einigung des Kontinents. Aber gerade Frankreich zerrißt ja den Kontinent, es stachelt das imperialistische Polen an, es hat die diplomatische Vertretung des Saarreviers an sich gerissen und will das Saarrevier auch durch Einführung der Frankennährung wirtschaftlich von Deutschland losreißen. Frankreich predigt den selbständigen oberösterreichischen Staat, es stützt die Abfallbewegung in Bayern. Wo Frankreich hinkommt, sucht es den Kontinent in Stücke zu zerren. (Sehr richtig!)

Der Genosse Cohen freilich spricht immer von Frankreich und England. Das ist für den Sozialisten falsch. Er muß unterscheiden zwischen dem französischen Militarismus, dem französischen Kapitalismus und dem französischen Proletariat und zwischen dem englischen Imperialismus und der englischen Arbeiterpartei. Unsere stärkste Hoffnung ist der wachsende Einfluß und die schöne Einsicht unserer englischen Genossen. (Sehr gut!)

Als jüngst der Genosse Sachin von Moskau zurückkehrte, fragte ihn in Berlin ein Bekannter, ob er sich mit Deutschland mehr ausgesöhnt hätte. Er erwiderte darauf, das einzige, was er in Moskau gelernt hätte, sei, daß die Unabhängigen auch Verräter wären, und daß man sie auch hassen müsse.

Die französische Sozialdemokratie ist schwach und vielfach auf falschen Wegen. Darum muß der Sozialdemokrat in erster Linie von der Arbeiterbewegung in England die Revision des Versailler Friedens erhoffen. (Sehr gut!)

Genosse Cohen hat leider nicht zu den vier Forderungen von Wels Stellung genommen. Das wäre besser gewesen, als darin zu kramen, wann wir früher einmal die Wiedergutmachung abgelehnt haben. Denn in den Forderungen von Wels zur Außenpolitik steht sie mit an erster Stelle. Aber vielleicht hat Genosse Cohen nicht Stellung nehmen wollen zu der Anerkennung und Wiederaufnahme der Beziehungen zu Rußland, gleichviel unter welchem

System, denn er vertritt ja die Theorie, daß, wer Kontinentalpolitik treibt, bis zum Neufserben antibolschewistisch sein muß. Eine solche Politik kann die deutsche Sozialdemokratie nicht verfolgen. Sie wird gut daran tun, sich einmütig hinter die Forderungen zur auswärtigen Politik zu stellen, die Wels verkündet hat, und sie als Aktionsprogramm der Partei in den kommenden Kämpfen zu betreten. (Lebhafter Beifall.)

Dr. Braun (Franken): Mein alter Freund Schnabrich hat den Unterschied zwischen Volksversammlung und Parteitag nicht recht herausgefunden. Er ist mit den Fremdwörtern nicht auf gutem Fuße und besitzt leider das Fremdwörterbuch von Adolf Braun nicht. (Geisterleit.) Sonst würde er nicht sagen, daß Wels eine philanthropische Rede gehalten hat. Nichts liegt Wels ferner. Er ist ein ganz blutdürstiger Vursche, der wirklich viel Sympathien bei der K. P. D. besitzt. (Geisterleit.) Er hat in seiner Rede gesagt:

„Es gibt keine fürchtbarere Anlage gegen die bürgerliche Gesellschaft als die Fülle des Gelds, die Hügel der Leichen, die Not der Frauen und Kinder, die der Krieg heraufbeschworen hat. Die Gesellschaftsordnung, die dies verschuldet hat, verdient dreifach den Tod, und es wäre Torheit, wenn ein Mensch glaubte, es könne eine Ausöhnung zwischen dem Sozialismus und dem Kapitalismus, dem Wahrzeichen der bürgerlichen Gesellschaft, geben.“

Wenn das Philanthropie ist, dann ist Wels ein Philanthrop. Es ist am besten, der Genosse Schnabrich kauft sich mein Fremdwörterbuch. (Geisterleit.)

Mit dem Genossen Cohen muß man ein ernstes Wort sprechen. Wenn er auch das Fremdwörterbuch besitzt, so hat er doch keine Bibliothek nicht stark fundiert, denn er sprach über eine Reihe von Dingen lediglich aus Ideen von Zeitungsartikeln von Georg Bernbard und Genossen. Wenn Genosse Cohen den Briefwechsel von Thiers mit Manteuffel zur Zeit der deutschen Okkupation von 1871 bis 1873 gelesen hätte, die sie gewechselt, wenn er besonders den Schlußbrief des damaligen Präsidenten der französischen Republik Thiers an Manteuffel, wo Thiers sich für die überaus humane Behandlung der französischen Bevölkerung während der Besatzung bedankt, dann hätte er diesen Vergleich der Zeit von 1871 bis 1873 mit der Zeit von 1918 bis 1933 oder 2033 nicht gezogen. Wenn er einmal im besetzten Gebiet gewesen wäre, wie ich wieder vor vier Tagen, dann hätte er wahrlich nicht so gesprochen. (Lebhafte Zustimmung.) Wenn er in dem von den Franzosen besetzten Gebiet hören würde, wie die Leute sagen: wie schön war es, als die Engländer noch da waren, und wie böse ist es jetzt, da nun die Franzosen hier sind, dann würde er nicht den Mut haben, vor einem deutschen Parteitage so zu reden, wie er es getan hat. (Wabral!) Die Franzosen verwandeln in einer Zeit großer deutscher Lebensmittelpnot hunderte Hektare besten Ackerlandes in Plätze für Ballonhallen, in Flugplätze usw. Sie haben Festbäckereien errichtet, die 400 000 Brote am Tage backen und haben 140 000 Mann in diesem Gebiet. Diese ungeheure Verschwendung schreit zum Himmel. Der Genosse Cohen kennt anscheinend nicht die Artikel, in denen berichtet wurde, daß in der französischen Kammer gesagt worden ist, daß man im besetzten Gebiet in einem Jahre vier Milliarden Goldreichsmark braucht. Das ist genau so viel wie die Kriegsschädigung Frankreichs an Deutschland auf Grund des Frankfurter Friedens betrug. Diese Politik richtet Deutschland wirtschaftlich zugrunde und hindert jede Wiedergutmachung des zerstörten französischen Gebiets. Bedenke das alles Cohen, hätte er das Verantwortlichkeitsgefühl, das ein Politiker haben muß, niemals hätte er diese Rede gehalten. (Lebhafte Zustimmung.) Diese Rede ist einfach unsagbar. Sie ist die Konsequenz einer fixen Idee, die vollständig von allen wirtschaftlichen und politischen Tatsachen abfließt.

Cohen weiß wahrscheinlich gar nicht, daß die Franzosen in der Wiesbadener Gegend eigene Tageszeitungen gründen, daß sie eben erst im Saargebiet eine deutsche Zeitung aufgekauft haben und ununterbrochene Propaganda machen. Er mag mich einmal besuchen, und ich werde ihm eine ganze Bibliothek von Schriften zeigen, die in der Rheinpfalz verbreitet werden, um Stimmung gegen Deutschland und für die Angliederung an Frankreich zu machen. Weiß er nichts von Dorken und von seinen Hilfstruppen? Er spricht so zu uns, wie man doch nur sprechen kann, wenn man meint, daß man nicht vor Deutschen spricht. (Sehr gut!)

Warum man Herrn Foch viel Lob in unserem Kreise spenden soll, ist mir unverständlich. Hat Herr Cohen nicht die „Times“ und die „Daily Mail“ vom Anfang Juli dieses Jahres gelesen, wo mitgeteilt wurde, daß, wenn der Waffenstillstand acht Tage später unterzeichnet worden wäre, Berlin ein Trümmerfeld gewesen wäre, weil ungeheure Massen von Sprengstoff auf Berlin heruntergeschüttet worden wären. Foch ist für diesen Kriegsplan verantwortlich zu machen, denn er war der Generalissimus aller Armeen der Entente. Wahrscheinlich hat Cohen Sympathien für die Kontinentalpolitik, die Herr von Rath in München und Herr Millerand in Paris machen. Aber dieser Kontinentalpolitik widerspricht auf das ungeheuerlichste, so durch die geforderte Zerstörung der Dieselmotoren, dieser Maschinen, den höchsten Interessen, die wir in Süd-Deutschland haben. Im Friedensvertrag steht, daß wir alle militärischen Maschinen zerstören müssen, aber es gibt natürlich eine Anzahl Maschinen in Deutschland, die niemals vor dem Kriege militärischen Zwecken gedient haben, vor allen Dingen die Dieselmotoren, die während des Krieges in Unterseebooten und Flugmaschinen verwendet wurden, aber heute, wo wir keine Kohle mehr haben, um die Wasserwerke zu betreiben, und um die Kohlen zu sparen, die wir doch den Franzosen liefern sollen, unbedingt notwendig sind. Diese Produktion der Dieselmotoren soll uns durch die Franzosen in einer unerhört verallgemeinernden Auslegung des Friedensvertrages verboten werden.

Ich war unlängst im Auftrage des Parteivorstandes in England und habe dort mit zwei der angesehensten Mitglieder der Labour Party gesprochen. Es ist klüger, ich nenne die Namen nicht, aber ich bin bereit, sie den einzelnen Genossen zu nennen. Sie haben mir erzählt, daß sie im Februar 1918 von einem Freunde Lloyd Georges zu einem Souper mit ihm eingeladen wurden; Lloyd George habe damals gesagt, er wolle unbedingt den Frieden mit Deutschland haben, die Labour Party solle mithelfen, im Parlament für den Frieden mit Deutschland Stimmung zu machen. Der Frieden sollte unter der Bedingung zustande kommen, daß Elsaß-Lothringen und Belgien als nicht interessiertes Gebiete von Deutschland betrachtet würden. Dafür solle dann Deutschland im Osten tun dürfen, was es wolle. Das war der letzte Augenblick, wo der Friede noch möglich war. Das hatte damals Lloyd George bei den Franzosen durchgeführt. Dann kamen die fürchterlichen Opfer von Menschen in den Schlachten, die Ludendorff und Hindenburg noch geschlagen haben, und da hat Lloyd George den damaligen Gästen aus der Labour Party sagen lassen: Jetzt hat unser Gespräch jede Bedeutung verloren, jetzt gilt es, Deutschland ganz hinunterzubrüden. Vom Auswärtigen Amt muß festgestellt werden, ob nicht vom Inhalte dieses Gespräches mit Lloyd George auch das Große Hauptquartier Kenntnis bekommen hat.

Bei dieser Gelegenheit noch ein Wort über die 14 Punkte von Wilson. Wilson hat sie aller Wahrscheinlichkeit nach durchaus ernst gemeint. Aber die deutsche Heeresleitung und die elende deutsche Diplomatie haben sich auf die 14 Punkte erst dann berufen, als Wilson für die Franzosen und Engländer

nicht mehr notwendig war. Die Franzosen und Engländer hätten auch ohne Wilson in dem Augenblick, wo wir den Frieden angeboten haben, Deutschland kleinriegen können. Wilson ist deshalb unterlegen, weil die Deutschen zu spät gekommen sind, und den richtigen Augenblick verjäumt haben. Wenn Genosse Cohen das alles wüßte, würde er wahrscheinlich etwas vorsichtiger gesprochen haben und nicht solche Freude an dem gehabt haben, was uns die Franzosen für gute Dinge in Aussicht stellen.

Ich schlage vor, daß der nächste Parteivorstand dem Genossen Cohen ein Reise stipendium gibt, damit er endlich einmal das besetzte Gebiet kennen lernt. Er wird dann zum letzten Male eine derartige Rede über Kontinentalpolitik gehalten haben. (Beifälliger Beifall und Heiterkeit.)

**Eisenbarth:** Wir haben jetzt Gelegenheit, die Folgen des Versailler Friedensvertrages abzuwägen. All die Not, die über uns hereingebrochen ist, und unter der die Arbeiterschaft am allermeisten leidet, haben wir auf das Konto dieses Vertrages zu setzen. Deshalb ist es notwendig, daß auf diesem Parteitage ganz energisch gegen diesen Vertrag protestiert wird. Wir müssen den Vertrag systematisch unterhöheln und beseitigen. Als Karthago Rom gefährlich wurde, schloß der Römer Cato jede seiner Reden mit dem Satz: Wir müssen Karthago zerstören! Dieser Friedensvertrag ist uns lebensgefährlich, er ist ein Griff an die Gurgel des deutschen Volkes, und wir müssen ihn ebenfalls mit allen moralischen Mitteln zerstören, die uns zur Verfügung stehen. Dazu brauchen wir die Hilfe der Arbeiterschaft der ganzen Welt. Auf allen internationalen Tagungen muß nachdrücklich darauf hingewiesen werden, daß das internationale Proletariat das Gewissen ihrer Regierungen scharfen muß, um an der Beseitigung des Vertrages mitzuwirken.

Nichtwürdig wären wir als deutsche Arbeiter, wenn wir uns ruhig damit zufrieden geben würden, wenn wir mit dem Fatalismus eines Orientalen einfach sagen würden: Wir lassen alles ruhig über uns ergehen. Jeder Negerkamm wehrt sich gegen seinen Sieger und wir als deutsche Arbeiter wollen uns vor allen Dingen dieses Recht nicht nehmen lassen und nachdrücklich dagegen protestieren.

In dem Bericht des Genossen Wels spielten auch die Vorkommnisse des Rapp-Rußches eine außerordentliche Rolle. Wir müssen daraus lernen, und wenn man von Fehlern und Unterlassungen spricht, dann muß man feststellen, daß wir, als wir durch den politischen Generalstreik siegt hatten, vieles unterlassen haben. Im Rumpfparlament in Stuttgart sprach Genosse Bauer den Satz, der jedenfalls in der damaligen Zeit der breiten Masse aus der Seele gesprochen war, daß die Hochverräter mit der ganzen Strenge des Gesetzes bestraft werden müssen, daß wir ihre Vermögen konfiszieren würden. Aber was ist davon eingetreten? Sie sind nicht nur nicht bestraft worden, sondern eine ganze Anzahl der Rebellen ist befördert worden, ist sozusagen die Treppe heraufgefallen, ist militärisch verabschiedet worden und wartet auf den Tag, wo sie sich die Erfahrungen des Rapp-Rußches zunutze machen können. Wenn man Drohungen und strengste Strafen verkündigt, die man nicht durchsetzen kann, so fällt man als große politische Partei sehr leicht der Lächerlichkeit anheim. Wenn wir die kleinen Beamten, die zu uns gestanden haben, nicht schützen können, dann verlieren sie das Vertrauen zu unserer Partei. Wir müssen vor allen Dingen den Lehrer schützen, der auf dem entlegensten Dorf in Deutschland für uns eintritt, und allen denen, die in staatlichen Stellungen stehen, müssen wir einen moralischen Rückhalt geben.

Genosse Wels sagte in seinem Bericht, wenn man wieder in der Regierung wäre, würde man sich die Methode der jetzigen Regierung gern zu eigen machen,

man würde daraus lernen, wie man jetzt die Aemter säubert. Ja, das ist reichlich spät, denn bis wir wieder in die Regierung hineinkommen, werden sehr viele unserer Leute aus den einflußreichen Stellungen entfernt sein. Wir hätten uns die Rücksichtslosigkeit jener Kreise vorher zu eigen machen müssen, damit man uns jetzt nicht den Vorwurf machen kann, daß es für alle Zeit zu spät ist. Aber wir haben als starke Partei trotzdem noch einen gewaltigen Einfluß und müssen ihn ungefäumt zur Geltung bringen, um diejenigen zu stützen, die sich in der Verwaltung zu unserer Partei bekennen. Sicher wird der Kampf der Reaktion wieder ausbrechen. Wir wissen nicht, wann es geschieht, aber er kann uns unter Umständen äußerst gefährlich werden, wenn wir nicht gelernt haben aus den Tagen im März. In weiten Arbeiterkreisen herrscht die Beforgnis, daß das Entwaffnungsgezet dazu führen könnte, daß die Arbeiterschaft entwaffnet wird und die Waffen aus den Händen der Grundbesitzer geliefert werden. Der Parteitag muß aussprechen, daß wir willens sind, die Macht, die uns auf Grund unserer Stärke zufällt, unter allen Umständen auszuüben, mag kommen, was wolle.

Ich habe noch auf einen Antrag einzugehen, auf Antrag 12, der verlangt, daß die Presse als Propagandamittel ausgebaut werden muß für die Wahlkämpfe. Dieser von Hamburg ausgehende Antrag verlangt vor allen Dingen, daß nicht mehr so viel Stellung genommen werden soll zu dem Streit in den Bruderparteien. Wenn auch die historische Entwicklung uns Recht gegeben hat, möchten wir doch unserer Schadenfreude nicht allzulaut in der Öffentlichkeit Ausdruck geben, wir wollen lieber die Entwicklung abwarten. In großen Scharen werden die Anhänger der Bruderparteien von links kaum zu uns kommen. Dieser Parteitag muß vor allen Dingen klar aussprechen, daß man den Treibereien der Rechtsparteien mit aller Energie die Spitze bieten wird.

Frau **Juchacz**: In das Gebiet der großen Politik will ich mich wegen der Kürze der Redezeit nicht begeben, sondern nur zum Bericht des Genossen Bartels sprechen. In diesem Jahre ist eine verhältnismäßig große Zahl von männlichen Parteigenossen auf der Frauenkonferenz gewesen, und ich hoffe daher, daß die Partei aus dem selbstverständlichen Selbsterhaltungstrieb heraus sich einstellen wird auf die modernsten Forderungen der heutigen Zeit. Die Frauen sind Wählerinnen geworden und trotzdem müssen wir in dem diesjährigen Bericht konstatieren, daß 16 756 weibliche Mitglieder weniger vorhanden sind. Viele sind von dem politischen Leben enttäuscht worden. Von den starken Kontrasten, die sich heute in der Politik aneinander reihen, wird manche Frau zurückgestoßen. Die erwerbstätigen Frauen sind auf wirtschaftlichem Gebiet zurückgebracht worden, und der Konkurrenzkampf zwischen den beiden Geschlechtern ist schärfer entbrannt. Diese Härte fühlen die Frauen. Dafür machen sie die Partei verantwortlich, die sie als Regierungspartei gesehen haben. Viele haben nicht begriffen, daß auch die Partei in ihrem Handeln unter einer gewissen Zwangsläufigkeit leidet. Deshalb müssen wir unser Augenmerk darauf richten, die Frauen einzuführen in die Politik, damit sie unsere Partei, ihre Theorie und unsere Tätigkeit kennen und verstehen lernen. Wir müssen uns einstellen auf das, was die Frauen von der Entwicklung unseres wirtschaftlichen, politischen und sozialen Lebens verlangen. In den Anträgen der Frauenkonferenz wird ersucht, die sozialdemokratische Frauenbewegung noch besser in unsere Organisation einzurangieren. Ob diese Anträge Beschluß werden, weiß ich noch nicht, aber wenn sich der Parteitag eingehend damit beschäftigt, hat die Konferenz einen Zweck erfüllt, wie sie überhaupt viel erreicht hat. Von unserer Partei, die Kulturpartei im besten Sinne des Wortes sein soll und muß, ist noch viel zu erwarten. Auf den kommenden Parteitagen wird noch manche Frage Erörterung finden müssen, zu deren Behandlung in der gegenwärtigen

Situation leider kein Raum ist. Je mehr die Partei sich in ihrer Gesamtheit mit all den durch die heutige Zeit aufgerollten Fragen beschäftigt, um so weniger wird es nötig sein, dagegen zu sprechen, daß die Frauen immer etwas besonderes zu fordern haben. Das wollen sie gar nicht, die Partei soll nur die geistige und kulturelle Basis verbreitern, daß bei ihren Veranstaltungen die Wünsche der Frauen genügend berücksichtigt werden. Ich wünsche, daß wir im nächsten Jahre über eine Zunahme der Zahl der organisierten Frauen berichten können. Es ist Aufgabe der Partei, die Frauen zu der Erkenntnis zu bringen, daß sie in der Sozialdemokratie ihre Interessenvertretung finden. Bei dem parlamentarischen Bericht wird noch Gelegenheit sein, darauf hinzuweisen, daß noch lange nicht alles erfüllt ist, was die Frau von der Demokratie verlangt. Männer und Frauen bilden nur zusammen die Kulturpartei, die sozialdemokratische Partei. (Beifall.)

Dr. **Süßheim**: Während der Unabhängige Parteitag unter dem Zeichen der Selbsterleischung steht, soll von dem unruhigen ein Strom des Lebens ausgehen, besonders zum Kampf gegen die Reaktion. Denn die Reaktion wächst. München ist heute zum Sammelpunkt aller Reaktionäre geworden. Das Ludendorff, der so viel Schuld an Deutschlands Unglück trägt, sich in München niedergelassen hat, ist kennzeichnend. Von dort führen die Fäden nach dem blutigen Ungarn. Nicht Rahr ist in Bayern der wirkliche Herrscher, sondern Dr. Heim, dessen separatistische Bestrebungen ja bekannt sind. Nun soll auch das Reichs-omnisteigesez Halt machen an den blauweißen Grenzpfählen. Mit rücksichtsloser Schärfe wird in Bayern gegen Unabhängige und Kommunisten vorgegangen, dagegen können die Reaktionäre, die Deutschland vor die Gefahr eines Bürgerkrieges stellen, sich ungehemmt entfalten. Dem republikanischen Führerband hat man erst jüngst in München eine Versammlung verboten. (Hört, hört!) Dagegen hat die Regierung Rahr erklärt, daß nicht gerüttelt werden darf an den bayerischen Einwohnerwehren. Diese dienen nicht zur Aufrechterhaltung der äußeren Ruhe und Ordnung, sie sind weiter nichts als die Organisation der militärischen Reaktion. Das wird immer noch nicht genügend erkannt. Es ist das Verbiest der „Frankischen Tagespost“, auf diese Gefahren und auf die Spigel und Provokateure aufmerksam gemacht zu haben. In einer Zeit der größten Not, der zunehmenden Arbeitslosigkeit, beranstaltet man in München ein tagelanges Festjücken mit Ansammlung von Tausenden von Bewaffneten unter den Augen der Franzosen. Daß dies geschehen konnte, daß man die Einwohnerwehren bestehen lassen kann, beweist, daß zwischen Berlin-München und Frankreich Pläne gesponnen sind. (Hört, hört!) Während wir nach einer Verständigung hinarbeiten, schafft man im reaktionären Lager neuen Hindernis für den frangösischen Chauvinismus. In Bayern ziehen die Königs- und das übrige Bürgertum an einem Strang. Die Demokraten befinden sich ja in Bayern auch schon im Wannfreije der Reaktion. Die demokratischen Blätter sind fast reiflos aufgelöst, und die übrigen betreiben auch ohnedies reaktionäre Politik. Die Bayerische Volkspartei hat ja in Bamberg ihr separatistisches Programm offen bekannt. So besorgt man die Geschäfte Frankreichs, betreibt die Zertrümmerung des Deutschen Reiches! Das ist keine bayerische Angelegenheit, sondern genau so, wie das preussische Wahlrecht eine deutsche Frage war, ist auch die bayerische Reaktion eine deutsche Frage. Daher muß man mit aller Schärfe auf die Gefahren aufmerksam machen. Bayern soll, wie Dr. Heim einmal gesagt hat, die Ordnungszelle in Deutschland sein, denn in den Augen dieses Herrn ist ja das übrige Deutschland bolschewistisch verseucht. Und er glaubt, in Bayern einen Block der Ordnung schaffen zu können, von dem dann die sogenannte politische Gesundung Deutschlands in

Angriff genommen werden kann. Was darunter zu verstehen ist, wissen wir Sozialdemokraten zur Genüge. Es gilt, die alte Zeit wieder erstehen zu lassen, in der alle arbeitenden Schichten der Bevölkerung unter der schwersten geistigen und politischen Unterdrückung zu leiden hatten. Es ist kein Zufall, daß gerade in unserm Lande mit dem schärfsten Gehör gegen die Revolution und die Vertreter der Arbeiterschaft gekämpft wird, es ist kein Zufall, daß alles, was unbefriedigend, schlecht und bedauerlich ist, an unseren wirtschaftlichen Zuständen, der Sozialdemokratie und ihren Führern und der Revolution in die Schuhe geschoben wird. Man sagt, früher war es besser, und glaubt damit in der Bevölkerung den Wahn wieder hervorzuzaubern zu können, daß mit der Rückkehr zu dem früheren Zustand der jegliche unbefriedigende wirtschaftliche Zustand beseitigt werden kann. Wenn in Bamberg von der Bayerischen Volkspartei die Forderung erhoben wird, jeder Staat soll seine Staatsform selbst bestimmen, so wissen wir zur Genüge, daß damit das Recht proklamiert wird, die Wiederherstellung der Monarchie zunächst in Bayern zu betreiben. Die Rückkehr der Wittelsbacher würde das Ausscheiden Bayerns aus dem Deutschen Reich bedeuten. Das kann nicht oft und nachdrücklich genug festgestellt werden. Gar mancher, der für die alte Zeit schwärmt, wird sich klar darüber sein, daß Bayern allein nicht bestehen kann, sondern auf Gedeih und Verderb mit dem übrigen Reich verbunden ist. Wir stemmen uns gegen eine derartige Entwicklung, wir sind Republikaner und überzeugte Anhänger des Reichsgedankens. Wir wissen, daß wir auf vorgeschobenem Posten stehen, und ich gebe Ihnen als Nürnberger Delegierter die Versicherung, daß wir den Lösungsbestrebungen Seims und Kahrs den schärfsten Widerstand entgegensetzen werden. (Bravo!) An den Nürnberger Parteigenossen haben sich die Wogen der Münchener Räterepublik gebrochen, sie werden auch dafür sorgen, daß die Träume der bayerischen Monarchisten zusammenbrechen werden. Für uns gibt es nur eine Staatsverfassung, die Republik, nur eine Zukunft, die Demokratie und den Sozialismus. (Lebhafter Beifall.)

Darauf wird die Debatte abgebrochen und auf Montag 9 Uhr vertagt.

Vorsitzender **Scheidemann**: Die Delegierten aus den besetzten Gebieten sind bei uns vorstellig geworden, um ihren Wunsch zum Ausdruck zu bringen, dem Genossen Cohen auf seine Ausführungen zu antworten. Die Genossen aus den besetzten Gebieten sind leider nicht in der Lage, das, was sie bewegt, hier zum Ausdruck bringen zu können. (Sehr wahr!) Sie würden Gefahr laufen, die meines Erachtens niemand auf sich nehmen sollte, Opfer heraufbeschwören, die überflüssig sind. Ich glaube, die Genossen aus den besetzten Gebieten können vollständig beruhigt sein, da, was Genosse Cohen auf seine Ausführungen geantwortet werden mußte, hinreichend gesagt worden ist. Was von dem einen Genossen ausgeführt wurde, braucht nicht von anderen Rednern wiederholt zu werden, und ich hoffe, daß es einen zweiten Genossen, der sich ähnlich aussprechen würde wie Cohen, im Reich überhaupt nicht gibt. (Lebhaftes Bravo!) Die Genossen aus den besetzten Gebieten verzichten auf das Wort.

Es folgte der Bericht der Mandatsprüfungskommission.

**Protokoll**: Der Parteitag setzt sich zusammen aus 283 Delegierten, 9 Vertretern der Kontrollkommission, 40 Vertretern des Parteiausschusses, 16 Vertretern des Parteivorstandes, 17 Vertretern der Reichstagsfraktion, 4 Reserveen und 9 Vertretern der Parteiinstitute. Proteste gegen Mandate sind nicht eingegangen. Im Namen der Mandatsprüfungskommission erlaube ich den Parteitag, sämtliche Mandate für gültig zu erklären.

Sämtliche Mandate werden für gültig erklärt.

Schluß der Sitzung gegen 6 Uhr.

## Zweiter Verhandlungstag.

Dienstag, den 12. Oktober 1920, Vormittagsſitzung.

Der Vorsitzende Hermann Müller eröffnet die Sitzung um 9 Uhr 15 Minuten.

Der Parteitag fährt in der Besprechung des Berichts des Parteivorstandes und der Kontrollkommission fort.

**Buchwig**: Genosse Bartels sagte im Geschäftsbericht, daß der Bezirk Niederschlesien nur dadurch zu seiner Mitgliederzahl gekommen sei, daß ihm andere Bezirke einberleibt worden seien. Ich möchte demgegenüber erklären, daß seit Verschmelzung unseres Bezirks mit anderen Kreisen unsere Untertätigkeit zwischen 7000—8000 Mitgliedern schwankte, woraus zu ersehen ist, daß die Tätigkeit der Genossen in Niederschlesien sich durchaus neben der Tätigkeit in anderen Kreisen sehen lassen kann. In Niederschlesien haben wir es unangenehm empfunden, daß das Agitationsmaterial des Parteivorstandes nicht auf derselben Höhe wie in früheren Jahrzehnten stand und oftmals veraltet und überholt war. Z. B. ist es vorgekommen, daß die Wahlhandbücher oft erst in den Händen der Bezirksleiter waren, wenn die Wahlen schon vorüber waren. Wir bitten den Parteivorstand, eine Stelle zu schaffen, die alle Abstimmungen in den Parlamenten so festlegt, daß es den Genossen draußen im Lande jeder Zeit möglich ist, zu erkennen, wie sich die einzelnen Fraktionen bei den verschiedenen Abstimmungen verhalten haben. Ebenso wäre es mündenwert, die Haltung der einzelnen Fraktionen in den Kommissionen kennen zu lernen.

Ferner wünschen wir, daß der Parteivorstand fortlaufend die Bezirke über die zeitgemäße Literatur unterrichtet. Wir verlangen nicht, daß der Parteivorstand die Bücher kostenlos überweist, wünschen aber, daß uns Quellenangaben übermittelt werden, die wir im Kampf brauchen.

Eine Anzahl von Anträgen bringt den Wunsch zum Ausdruck, die Partischnule sobald wie möglich wieder zu eröffnen. Auch wir in Niederschlesien teilen diesen Wunsch, doch muß eine Umformung der Partischnule in Anpassung an die Umformung im Staate selbst stattfinden. Neben den Fächern, die früher in der Partischnule eingeführt waren, muß zugleich die neuere Gesetzgebung und Verwaltung berücksichtigt werden. Denn zweifellos ist die Stunde nicht mehr fern, wo der Schrei aus den Massen immer lauter werden wird, daß Sozialisten an der Regierung beteiligt sein müssen, und dann wird ein großer Teil führender Genossen in die Verwaltung eintreten müssen. Deshalb müssen durch die Partischnule Leute herangebildet werden, die den dann an sie gestellten Aufgaben gewachsen sind.

Niederschlesien befindet sich in einer überaus schwierigen Lage. Wir sind die Zufluchtsstätten der Kappisten und Lütkwitsche. Wir haben aber auch eine starke Gegnerschaft in den sogenannten Deutschen Demokraten, die eine Reihe ihrer besten Vertreter in Niederschlesien haben. Ich erinnere nur an den bekannten Nestor Kopisch, der zweifellos, ohne umzulernen, Untertunft auf dem äußersten rechten Flügel der Deutschnationalen finden könnte.

In Niederschlesien ist es uns aber auch nicht erspart geblieben, den Kampf mit denen zu führen, die links von uns stehen. Wir haben Monate in Niederschlesien gehabt, in denen eine Flut von Rednern der Unabhängigen Partei nach Niederschlesien kam, ebenso aus Sachsen und aus Berlin. Ihre Doktrine

verhalten aber an dem gesunden Sinn der schlesischen Arbeiterschaft. Der beste Beweis dafür, daß wir in Niederschlesien gut im Sinne unserer Partei gewirkt haben, liegt darin, daß in Nieder- und Mittelschlesien acht Kandidaten der S.P.D. und nur ein Kandidat der U.S.P.D. gewählt wurden. Wenn uns im nächsten Jahre der Parteitag wieder zusammenruft, wollen wir in Niederschlesien einer der Bezirke sein, die dazu beigetragen haben, die zweite Million unserer Mitglieder zu erreichen. Von diesem Gedanken getragen, bitten wir, daß der Parteivorstand die vorgetragenen Wünsche erfüllt.

Ich weiß, daß dazu große Mittel notwendig sind. Wir Niederschlesier wollen einmütig dazu beitragen, für die Sanierung unserer Finanzen zu sorgen. Wir begrüßen den Antrag, Genossinnen als Bezirkssekretäre anzustellen. Der Antrag wünscht aber, daß 5 Proz. mehr als bisher von den Beiträgen an den Parteivorstand abgeführt werden. Das müssen wir im Bezirk Niederschlesien ablehnen, solange wir mit den Schwierigkeiten der Zerspaltung und den daraus folgenden Kämpfen zu tun haben. Niederschlesien will aber gern mithelfen, daß die Mitgliederzahl im neuen Jahre weitersteigt. (Lebhafte Beifall.)

Eggerstedt: Wir werden von heute ab durch die Konkurrenz, die sich in Halle auftritt, etwas im Schatten leben. Wir gönnen der Konkurrenz den Ruhm, daß sie die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit mehr auf sich lenken wird als unser Parteitag. Aber Scheidemanns Wort trifft zu, daß die Kriegerirungen und Revolutionswirren in der Partei hinter uns liegen. Selten sind wir in der Partei geschlossen gewesen als augenblicklich. Auf der Reichskonferenz in Berlin vor den Wahlen hat mancher die Stellung der U.S.P. beneidet, aber ich glaube nicht, daß heute jemand Lust hätte, nach Halle zu fahren.

Was Genosse Eisenbarth gesagt hat, unterstreiche ich: alle, die von Halle zu uns kommen, wollen wir herzlich willkommen heißen, wir können ihnen aber keine guten Worte geben. (Sehr richtig!) Er meinte, daß die Abwanderung von der U.S.P. zu uns noch nicht so groß sei. Unser Bezirk macht darin vielleicht eine Ausnahme: in den letzten Tagen lagen auf unserem Parteibureau fast täglich 20 U.S.P.-Bücher. Vor allen Dingen lehrten ältere Genossen zur alten Partei zurück. Denen wollen wir auch keine Schwierigkeiten in den Weg legen. Die Führer der U.S.P. wollen wir nicht rufen. Wenn erst die Massen zu uns zurückkehren, werden die Führer den Weg von selbst finden.

Allmählich werden wir die Monopolstellung in der Arbeiterbewegung wieder wie früher einnehmen. Das bringt neue Aufgaben und erhöhte Verantwortung mit sich. Da müssen wir sehen alle Machtpositionen auszunutzen, die der Arbeiterklasse zur Verfügung stehen. Eine solche Machtposition ist auch die Beteiligung an der Regierung. Genosse Wels hat sich darüber gewundert, daß so rasch ein Umsturz eingetreten ist, früher rief man: Heraus aus der Regierung!, und jetzt ruft man: Steine in die Regierung! Das ist ganz natürlich. Je länger wir den Bürgerlichen die Regierung allein überlassen, desto reaktionärer ist die Politik, die sie treiben. Deshalb sagt sich die Arbeiterschaft: So kann es nicht weitergehen. Manchem dämmert auch schon, was unsere sozialistischen Minister — ich will nicht sagen: geleistet haben, aber was sie verhtütet haben, als sie in der Regierung saßen. Je mehr wir in öffentlichen Versammlungen gegen die Abstinenzpolitik der U.S.P. zu Felde ziehen, desto öfter fragen unsere Genossen, ob es richtig sei, selbst diese Abstinenzpolitik zu treiben. Allerdings ist das nicht so brennend, zumal im Preußen noch Sozialisten in der Regierung sind. Aber nach den Neuwahlen in Preußen wird diese Frage wieder akut werden.

Wir lehnen es ab, mit einer monarchistischen Partei zusammen in der Regierung zu sein. Darin stimmen wir mit allen Genossen im Reich überein, daß mit der Deutschen Volkspartei oder gar mit den Deutschnationalen keine Regierung von uns gebildet werden kann.

Vielfach spricht man von einem Gesundungsprozeß, den das deutsche Volk unter der bürgerlichen Regierung durchmachen müsse. Öffentlich dauert dieser Gesundungsprozeß nicht solange und kostet joviell Opfer, daß die Arbeiterklasse daran erkrankt. Wir haben das Vertrauen zur Fraktion und zum Parteivorstand, daß sie sich die Gesetze des Handelns nicht vorschreiben lassen werden, sondern selbst den Tag bestimmen, an dem wir uns wieder an der Regierung beteiligen. Allerdings brauchen wir dann auch Minister. Es ist erklärlich, daß bei den Anwärtern für Ministerposten keine große Begeisterung vorhanden ist, wieder in die Regierung einzutreten. Wichtig ist, daß es vielfach an einer Unterstützung unsererseits gemangelt hat. Aber es fragt sich auch, ob die Minister alles getan haben, um in Fühlung mit den Genossen zu bleiben. Es ist sehr wohl vereinbar, Minister zu sein und doch auch die Gelegenheit zu suchen, zu den Parteigenossen zu sprechen. Durch solche Aussprache wird manche Unstimmigkeit aus der Welt geschafft; manches Mißtrauen wird verhütet. Mißtrauen soll eine demokratische Tugend sein, es ist aber auch die Wurzel alles Übels. Durch klärende Aussprache muß versucht werden, von vornherein jedes Mißtrauen zu beseitigen.

Was der Genosse Wels darüber gesagt hat, gilt nicht nur für die Minister, sondern auch für die Oberpräsidenten, Polizeipräsidenten und Landräte, die sich auch in ihrer amtlichen Stellung erinnern müssen, daß sie noch Parteigenossen sind und einmal zu den Parteigenossen sprechen müssen. Wenn wir so in Fühlung miteinander bleiben, kann nicht so leicht eine Entfremdung eintreten. Dann blieben auch Bücher wie „Von Kiel bis Rapp“ ungeschrieben. Wir würden solche Bücher sehr gern in der Literatur entbehren; es ist nur aus einer maßlosen Verärgerung zurückzuführen, wenn in diesem Buche die Arbeiterklasse heftig angegriffen wird. (Widerpruch.) Sie werden das vielleicht weniger spüren. Wir in Kiel aber haben in den beiden großen Reichsbetrieben mit der Mißstimmung zu rechnen, die durch diese Bücher zulage getreten ist. Zur selben Zeit, als das Buch herausgegeben wurde, wurde an anderer Stelle in Berlin gesagt, daß die Arbeitsfreudigkeit der Genossen zu wünschen übrig läßt, während die bürgerlichen Zeitungen schreiben, daß die Arbeitsfreudigkeit gestiegen ist und die Arbeiter ihre Pflicht tun. Das ist schädlich für uns. Das ist nur dadurch zu unterbinden, daß wir in enger Fühlung miteinander bleiben.

Gern erkennen wir an, daß die Beiträge für die männlichen Mitglieder erhöht werden müssen. Schwere Bedenken haben wir gegen die Erhöhung der Beiträge der weiblichen Mitglieder, aber wir müssen uns von Parteizuständen tragen lassen. Wenn wir 16 000 Genossinnen verloren haben, so ist das ein doppelter Verlust, einmal an Mitgliedern und dann an Erzieherinnen für unsere Kinder. Unsere Kinder sollen in sozialistischem Sinne erzogen werden. Das kann nur geschehen, wenn Frauen in der Partei stehen und mit unseren Ideen vertraut sind. Deshalb bitten wir, die Beiträge für die weiblichen Mitglieder auf der alten Höhe zu belassen.

Genosse Bartels nennt es ein großes Unglück, daß wir noch Monatsbeiträge hätten; andererseits sei es gleichgültig, ob die Beiträge vierzehntägig oder monatlich kassiert werden. Wenn das einerlei sei, können wir auch bei den Monatsbeiträgen bleiben. Die Hauptsache ist, das nötige Geld abzuführen, und in dieser Beziehung kann Genosse Bartels mit Schleswig-Holstein zu-treden sein.



**Franz-Ratowicz:** Obgleich im Bericht viel Erfreuliches gesagt ist, kann er mich nicht befriedigen. Wir haben nicht alles getan, um die Partei instand zu setzen, ihren Aufgaben in Zukunft gerecht zu werden.

Den Antrag auf Beitragserhöhung bitte ich abzulehnen. Solange wir nicht alle übrigen Mittel zur Verbesserung unserer Finanzen ausgeschöpft haben, sollte man von einer Beitragserhöhung sowohl für die männlichen wie für die weiblichen Mitglieder absehen. Genosse Bartels sagt, daß es gelungen ist, im vorigen Jahre fast eine Viertelmillion dem Vermögen zuzuführen. Es wäre besser gewesen, dieses Geld für die Erziehungsarbeit anzuwenden.

Um die Mitgliederzahl zu erhöhen, gibt es andere Wege. Die Gewerkschaften können mit Riesenzahlen von Mitgliedern aufwarten. Es wäre deshalb zu empfehlen, daß der Parteivorstand an die Zentralinstanzen der Gewerkschaften und der sonstigen Glieder der Arbeiterbewegung herantritt und dahin wirkt, daß sie ihre Mitglieder der Partei zuführen. Zwar sagt man, daß das die Persekution in die Partei hineinbringen würde; aber die Persekution ist zum Teil schon da; die kommunistische Agitation übt bereits ihre Wirkung aus. Wir wären Toren, wenn wir von der mehrheitssozialistischen Partei nicht in derselben Art und Weise unsern Einfluß auszuüben versuchten. Durch eine solche Agitation würde es uns möglich sein, unsere Mitgliederzahl nicht nur zu verdoppeln, sondern schließlich zu verdreifachen. Dadurch würde auch eine Verbesserung der Finanzen unserer Partei eintreten.

Wir haben gefunden, daß bei früheren Gelegenheiten die Gewerkschaftsbewegung, Genossenschaftsbewegung, Sportvereinsbewegung usw. sich immer nur hinter die Parteibewegung stellt und von der Partei verlangt haben, die gesetzliche Grundlage zu schaffen, auf der es möglich ist, eine Existenz aufzubauen. Das finden wir heute nicht mehr in dem Maße. Im Antrag Nr. 18 wird von einer Genossenschaft verlangt, die Partei möge dafür sorgen, daß auch die Genossenschaft auf gesetzlicher Grundlage Vorteile herauszuschlagen könne.

Derartige Anträge haben wir früher sehr viele gehabt, und sie werden auch in Zukunft wieder auftauchen. Wir sehen also, daß in der Arbeiterbewegung auch in jenen Kreisen die Erkenntnis vorhanden ist, daß wir mit der politischen Macht stehen und fallen. Die Angehörigen unserer Klasse müssen reiflos der politischen Partei zugeführt werden. Wenn in dieser Beziehung alle Instanzen der Partei ihre Pflicht tun, brauchen wir nicht mehr auf jeden Parteitag über Beitragserhöhungen zu sprechen. Eine Aufbesserung der Finanzen kann durch Annahme des Antrages 62 sehr wohl erreicht werden. Ich bitte Sie also: lehnen Sie die Beitragserhöhung ab und nehmen Sie unseren Antrag an.

**Leber:** Die letzten Ausführungen meines Vorredners über die Beitragsfrage können wir Thüringer nicht unterschreiben. Wenn vom Parteivorstand immer neue Geldausgaben verlangt werden, und wenn auch die Bezirkssekretariate fortwährend um Geld angegangen werden, so ist es unmöglich, mit den jetzigen Beiträgen auszukommen. Wir werden um eine Erhöhung der Frauenbeiträge auf 30 Pf. und der Männerbeiträge auf 40 Pf. nicht herumkommen.

Genosse Bartels hat gestern auch auf die Organisationsfrage in Groß-Thüringen hingewiesen und hat gemeint, die Zunahme der Mitglieder sei nicht so, wie sie im Vorstandsbericht angegeben wäre. Das liegt daran, daß im Laufe des Berichtsjahres 1919-20 der Bezirksverband Groß-Thüringen ganz neu zusammengesetzt worden ist. Die Wahlkreise Erfurt, Mühlhausen und Nordhausen sowie Schmalkalden sind neu hinzugekommen. Es ist infolgedessen möglich, daß in mancher Beziehung nicht ganz korrekt berichtet werden konnte.

Wenn man aber den Aufstieg der Organisation in ganz Deutschland in Betracht zieht, dann haben wir Thüringer trotz alledem einen bescheidenen Teil dazu beigetragen. Das fällt besonders ins Gewicht, wenn man berücksichtigt, daß bei der Parteispaltung annähernd die Hälfte der Thüringer Wahlkreise geschlossen zu den Unabhängigen übertrat. Der Urheber der Parteispaltung in Thüringen ist allerdings heute vollkommen kaltgestellt; er hat die Geister nicht bannen können.

Nun wird in dem schriftlichen Bericht des Parteivorstandes darauf hingewiesen, daß die Wahlen in Thüringen nicht gut ausgefallen seien. Wir geben das vollkommen zu. Die Ernährungsfrage, die Tätigkeit unserer Parteigenossen in der Reichsregierung und nicht zuletzt in den Regierungen der Einzelstaaten hat in Thüringen dazu beigetragen, daß die Unabhängigen mit ihrer Agitation gegen die alte Partei Erfolg hatten. Aber schon bei der Thüringer Landtagswahl am 20. Juni konnte man die Wahrnehmung machen, daß die Partei sich wieder in aufsteigender Linie bewegt. Die sozialdemokratischen Stimmen sind reiflos gehalten worden, in manchen Wahlkreisen haben sie sogar zugenommen, während die Stimmen der Unabhängigen um 43 000 zurückgingen. Vom Standpunkte der Sozialdemokratie ist das natürlich außerordentlich bedauerlich. Im Thüringer Volksstaat, dem Vorläufer des jetzigen Landtags, hatten die beiden sozialdemokratischen Parteien die Mehrheit. Wenn die Unabhängigen nicht diese 43 000 Stimmen verloren hätten oder wenn sie der alten sozialdemokratischen Partei gegeben worden wären, würden wir auch heute die Mehrheit im Landtag haben.

Eine weitere Folge dieses Wahlergebnisses ist, daß die Bildung der Regierung außerordentlich schwierig geworden ist. Es ist ein Kuriosum, daß das Parlament des neuen thüringischen Staates, der am 1. Mai durch den Beschluß der Nationalversammlung gebildet werden konnte, vor wenigen Wochen auseinanderging, ohne eine Regierung bilden zu können. Jahrzehntlang haben wir Sozialdemokraten für den thüringischen Einheitsstaat gekämpft, und jetzt ist es infolge der Taktik der Unabhängigen soweit gekommen, daß die Gefahr einer Zerreißung des thüringischen Staates besteht.

Was die Vorwürfe gegen den Parteivorstand anlangt, so ist auch in Thüringen in Versammlungen die Behauptung aufgestellt worden, daß der Parteivorstand Dinge nicht erledigt hat, die erledigt werden müssen. Unsere Thüringer Parteigenossen haben es namentlich bitter empfunden, daß gerade diejenigen Genossen, die in der Regierung saßen oder sonstwie im Vordergrund der Bewegung standen, nicht ein einziges Mal in Thüringen eine Versammlung abgehalten haben. Ich möchte wünschen, daß in Zukunft von diesen Parteigenossen in Thüringen mehr Agitation betrieben wird.

Bei uns ist auch darüber gesprochen worden, daß das Material zur Reichstagswahl vom Parteivorstand nicht rechtzeitig genug herausgegeben wurde. Ich gebe zu, daß manches schneller geschehen konnte, aber die Reichstagswahl hat uns eben überrascht, und wir waren nicht in der Lage, die Flugblätter usw. rechtzeitig herauszugeben, wie es notwendig gewesen wäre. Im übrigen glaube ich, daß wir bei den nächsten Wahlen in Thüringen die Scharte wieder ausweken werden.

**Schönfelder:** In dem Bericht des Genossen Wels hat die Besprechung der außenpolitischen Situation mit Recht einen breiten Raum eingenommen. Andererseits darf nicht vergessen werden, daß auch die Entwicklung der außenpolitischen Verhältnisse wesentlich von der Entwicklung unserer innenpolitischen Verhältnisse abhängig ist. Genosse Heilmann hat schon darauf hingewiesen, daß wir stark unterscheiden müssen zwischen den heute noch imperialistischen

Machthabern in den ehemals feindlichen Ländern und den Arbeitern in diesen Ländern. Wir können unsere Hoffnung nur auf die Mithilfe unserer Klassen-genossen in den anderen Ländern setzen. Diese Hilfe wird aber erst dann recht wirksam werden, wenn in Deutschland ein wirklich demokratischer Volksstaat besteht. Wenn Genosse Wels meinte, wir bräuchten in Deutschland den Militarismus nicht mehr zu fürchten, so weiß ich nicht, ob wir nicht doch einige Sorge haben müssen. Unsere Arbeitsbrüder im Auslande hegen sicherlich gegenüber dem deutschen Militarismus noch mancherlei Befürchtung. Die Ereignisse nach den Rapptagen geben diesen Befürchtungen auch ständig Nahrung. Der Genosse Scheidemann hat der deutschen Arbeiterklasse am Sonntag für ihr Verhalten in den Rapptagen ein glänzendes Zeugnis ausgestellt. In diesen Tagen haben wir das Votivwort gesehen, auf dem die deutsche Republik fest und sicher aufgebaut werden kann. Die Kampfgemeinschaft der Rapptage muß bestehen bleiben. Allerdings müssen wir, daß viele Arbeiter, Angestellte und Beamte noch bürgerlichen Parteien angehören und ihre politische Stellungnahme nach kirchlichen und anderen ideellen Gesichtspunkten orientieren, nicht nach ihren Klasseninteressen. Daher ist es notwendig, daß wir Minimalanforderungen aufstellen, und zwar zunächst auf dem Gebiete der Sozialisierung. Wir müssen auf diesem Gebiete mehr vom allgemeinen zum einzelnen kommen. Bei der Programmdebatte werden wir die Frage der Sozialisierung klären müssen.

Vor allen Dingen aber muß das Vertrauen zu unserem demokratischen Willen und zu unserem demokratischen Können in den Kreisen der Arbeiter, Angestellten und Beamten gestärkt werden. In den Rapptagen haben wir eine Hochstimmung im deutschen Proletariat erlebt, die zu glänzenden Leistungen fähig war. Man meinte, jetzt beste ein neuer Abschnitt in der deutschen Revolution ein. Aber in den nächsten Tagen haben wir Enttäuschung über Enttäuschung erlebt. Unseren Klassen-genossen können wir nur dann klar machen, daß wir die Forderung nach Verwirklichung des Sozialismus zu erfüllen bestrebt sind, wenn sie sehen, daß wir recht energisch die Demokratie zum Durchbruch bringen. Der ewige Ruf nach Demokratisierung der Verwaltung ist keine agitatorische Redewendung, sondern er ist die Existenzfrage für die ganze deutsche Republik und für unsere Partei. Die Lösung dieser Frage wird immer schwieriger, je länger die jetzige Koalition am Werke ist. Gewiß können wir in die jetzige Koalition nicht eintreten. Aber wir müssen darauf Bedacht nehmen, daß wir dieser Regierung nicht ein gar zu langes Lebensalter gönnen. Genosse Heilmann hat gesagt, wir müssen den günstigen Zeitpunkt abwarten. Das ist richtig; aber wir dürfen die Bestimmung dieses Zeitpunktes nicht ganz unseren Gegnern überlassen. (Sehr richtig!) Wir müssen dazu beitragen, die Atmosphäre zu schaffen, die geeignet ist, um diese Regierung hinwegzuführen. Wir werden unseren Klagen-genossen immer und immer wieder sagen müssen: nicht Diktatur, aber mehr Demokratie! (Lebhafter Beifall.)

**Heinrich Schulz:** Die große Zahl der Anträge, die zu dem Thema: „Jugend und Bildung“ gestellt worden sind, läßt das große Interesse erkennen, das in den Kreisen unserer Arbeiter für die Bildungsarbeit und die sonstigen kulturellen Aufgaben der Partei vorhanden ist. Eine Gegensätzlichkeit ist in diesen Anträgen nicht vorhanden; in fast allen wird in anderer Form der gleiche Wunsch wiederholt. Daher ist in dem Antrag Nr. 352 der Versuch gemacht worden, alle verschiedenen Wünsche auf einen Generalnenner zu bringen, so daß durch die Annahme dieses Antrages eine besondere Abstimmung über die anderen Anträge überflüssig ist.

Daß innerhalb der Partei keine Meinungsverschiedenheiten über die kulturellen Verpflichtungen der Partei vorhanden sind, zeugt von einer erfreulichen inneren Ausgeglichenheit der Partei auf diesem Gebiete. Diese Ausgeglichenheit war eigentlich immer da. Für die Partei war es immer selbstverständlich, daß sie sich tatkräftig für die Förderung von Wissen und Bildung, für die Hebung der Kultur und die Steigerung des Lebensgefühls der Arbeiter einzusetzen habe. Im Jahre 1906 haben wir in Mannheim zum erstenmal grundsätzlich zum Kulturproblem Stellung genommen. Seitdem haben wir uns im Zentralbildungsausschuß und von dort aus in einem großen Netz von Bezirks- und Ortsbildungsausschüssen über ganz Deutschland Stützpunkte und Energiezentren für unsere Kulturarbeit geschaffen. Seit 1908 ist auch eine planmäßige Arbeit auf dem Gebiete der Jugendbewegung von der Partei in Angriff genommen worden. Bis zum Kriege hat sich überall ein reges Blühen und Gedeihen trotz der behördlichen Verfolgungen entwickelt. Im Kriege aber ist nichts so rasch und völlig zusammengebrochen wie unsere Bildungsarbeit, nicht weil es ihr an Lebenskraft fehlte, sondern weil ihr alle Lebensbedingungen abgeschnürt wurden. Nach dem Kriege hat sich aber sofort wieder mit größter Schnelligkeit ein neues Leben entwickelt. Wie weit wir schon wieder gekommen sind, dafür war das Kongress am Sonntagabend in einzelnen seiner Teile ein trefflicher Beweis. Die Bahn für unsere Arbeit ist jetzt wieder frei, und zwar freier und gebreiter als früher.

Neu ist in unserer Bildungsarbeit, daß wir uns auf einer ganzen Reihe von Gebieten mit Bildungsorganisationen anderer weltanschaulicher Einstellung zusammen tun. Eine solche Zusammenarbeit ist möglich und in der Regel auch nützlich, soweit nicht das innerste Wesen unserer Bildungsarbeit: die Erziehung und Bildung der Arbeitermassen zum Sozialismus, in Frage kommt. Auf diesem Gebiete können wir natürlich nur in der Beschränkung auf uns selber arbeiten.

Die Frage der Volkshochschulen ist in ihrer praktischen Gestaltung noch keineswegs geklärt. Hier wird noch viel und unsicher experimentiert. Zum Teil haben wir Volkshochschulorganisationen, besonders in den Großstädten, die sich an das englische Muster der University extension anlehnen. Sollten wir aber in Deutschland dazu kommen — was ich lebhaft begrüßen würde —, das eigentliche Muster der Volkshochschule, das dänisch-schwedische Muster, zu verwirklichen, nämlich die Zusammenfassung von zwanzig bis dreißig jungen Leuten für mehrere Monate in einer häuslichen und zugleich weltanschaulichen Gemeinschaft, so würden wir dabei allerdings nicht gut mit anderen Organisationen zusammenarbeiten können; denn die weltanschauliche Einstellung verträge nur Gleichgesinnte. Wir dürfen uns aber dennoch auf diesem Gebiete mit Recht an den Staat wenden. Er muß auch Volkshochschulen weltanschaulicher Einstellung, sowohl der einen wie der anderen Art, unterstützen.

Auch in unserer Jugendbewegung regt sich neues Leben. Früher handelte es sich auch bei uns mehr oder weniger um Jugendpflege. Die Jugendpflege kann aber nur ein Nothelfer sein und hat nur ein Recht als Brücke zur Jugendbewegung. Wer den Reichsjugendtag in Weimar miterlebt hat, wird ihn gleich mir als ein starkes und schönes Erlebnis dauernd in Erinnerung behalten und mit mir der Meinung sein, daß er der Anfang zu einem neuen Lebensabschnitt unserer Jugendbewegung war. Wir sollten unseren Kindern und jungen Freunden dabei helfen, auf diesem Weg rüstig vorwärts zu kommen.

Zwanglos haben sich in Weimar auch die 18—25jährigen zusammengefunden. Sie nennen sich Jungsozialisten. Was sie wollen, ist im einzelnen vielleicht noch nicht klar. Das schadet auch nichts. Es handelt sich um eine neue Bewegung und um junge Menschen, die selber noch dabei sind, ihr eigenes Ich zu suchen. Diese Bewegung ist übrigens keineswegs auf die Partei beschränkt. Durch die junge Schicht aller Bevölkerungskreise geht eine neue Sehnsucht, ein neues Wollen. Diese jungen Männer sind durch den Krieg gegangen, sie haben eine alte Welt zusammenbrechen sehen und haben Grauenvolles dabei erlebt. Eine neue Welt ist im Werden, aber sie wird erst unter Schmerzen geboren. In diesem Uebergangsstadium sagen die einen: Weg mit allen Parteien, sie haben alle versagt, schließt Euch zu neutralen Organisationen zusammen! Die anderen aber sagen: Nur in der Weltrevolution, die ihre Gebote von Moskau bekommt, ruht das Heil! Diesen beiden Lockungen von rechts und links gegenüber haben unsere Jungsozialisten den ersten Wunsch, ihre Sehnsucht und ihr Hoffen fest im Mutterboden der Partei Wurzeln fassen zu lassen. (Sehr wahr!) Das ist ein schönes Ziel, und es ist Pflicht der Parteigenossen, unseren jungen Freunden bei diesem Wollen zu helfen. Unsere Jungsozialisten glauben dieses Ziel besser zu erreichen, wenn sie sich unter sich, als Gleichaltrige und Gleichgesinnte, zu besonderen Gruppen und Arbeitsgemeinschaften zusammenschließen. Der Parteivorstand und der Zentralbildungsausschuß halten diesen Wunsch für verständlich und auch für vereinbar mit unseren organisatorischen Grundsätzen, sobald auf beiden Seiten der gute Wille und das gegenseitige Vertrauen vorhanden ist. Von diesem Standpunkt geht die Resolution aus, die Ihnen der Parteivorstand und der Zentralbildungsausschuß vorlegen. Ich würde mich freuen, wenn die Resolution einstimmig angenommen würde und dadurch den jungen Sozialisten ein neuer Antrieb zu reger geistiger Arbeit im Interesse der Partei gegeben würde.

Über diese engeren Parteiaufgaben hinaus hat die Partei aber in dieser Zeit auch die Pflicht sich mehr noch als früher aller ersten und wertvollen Kulturbestrebungen anzunehmen, da durch die Revolution und die Verfassung die Bahn für eine freiere Entwicklung der Kultur als in früheren Zeiten geöffnet worden ist. Mehr als früher aber auch deshalb, weil unsere Partei in dem neuen Deutschland einen ganz anderen Einfluß auszuüben vermag und infolgedessen auch höhere Verantwortung trägt. Wenn aber heute in einer Beziehung weniger Hindernisse vorhanden sind als früher, so hat sich der Kultur im neuen Deutschland ein anderes Hindernis in den Weg gewälzt, das unter Umständen geradezu katastrophal für unsere Kultur werden kann. Das ist neben der Erschütterung der seelischen Triebkräfte in unserem Volk das furchtbare materielle Elend, in das uns der Krieg gestürzt hat. Früher war kein Geld da, weil das alte System die Kulturaufgaben nicht so hoch einschätzte, wie sie es verdienen. Jetzt ist tatsächlich kein Geld da. Unser geistiges Leben ist in großer Gefahr! (Sehr richtig!) Es besteht die große und ernstliche Gefahr, daß die natürliche Fortentwicklung des deutschen Geisteslebens eine schwere Störung erfährt. Das deutsche Geistesleben ist immer hoch geachtet worden in der Welt, auch dann, wenn Deutschland politisch am Boden lag und wegen politischer Würdelosigkeit von anderen Völkern verachtet wurde. Vor und nach Venedig hielt das geistige Deutschland, hielten Kant und Goethe die Verbindung mit der übrigen Welt offen, und Deutschland nahm teil am Blutkreislauf der Weltkultur. Heute steht selbst diese Möglichkeit in Gefahr! Es fehlt unserer Wissenschaft an dem Notwendigsten. Es wäre lächerlich, wenn es nicht zu ernst wäre: die wissen-

schäftlichen Institute können kaum noch das Geld aufbringen, um die Matten und Mäuse für ihre wissenschaftlichen Versuche zu kaufen. Unsere deutsche Wissenschaft steht in Gefahr, den Anschluß an die Wissenschaft des Auslandes zu verlieren, denn seit sechs Jahren fehlt fast jede Verbindung mit den wissenschaftlichen Zeitschriften und Büchern des Auslandes. Unsere Gelehrten haben kein Geld, sich angesichts der Valutakawierigkeiten die teure wissenschaftliche Literatur des Auslandes zu kaufen, selbst unsere Bibliotheken haben nicht die Möglichkeit dazu. Unterschätzen Sie diese Gefahr nicht, es handelt sich hier um eine Art geistiger Auszehrung, die zwar nicht so aus den Gesichtern der Menschen abzulesen ist wie die körperliche in den Jahren des Krieges. Aber in der Wirkung ist sie fast noch gefährlicher. (Sehr richtig!) Auch für das deutsche Wirtschaftsleben! Warum ist denn die deutsche Wirtschaft so angezogen in der Welt? Weil ihr ständig neues Blut und neues Leben aus der deutschen Wissenschaft zuströmt ist. Denken Sie nur an die Stoffproduktion. Wenn die Wissenschaft nicht mehr die Wirtschaft anregen kann, dann wird auch die Wirtschaft schwer darunter leiden. Hier handelt es sich um einen der ursächlichen Zusammenhänge zwischen Wissenschaft und Arbeit, und daraus entspringt doch in letzter Linie auch die hohe Achtung, die gerade die deutschen Arbeiter vor der Wissenschaft haben.

Wir müssen daraus als politische Partei unsere Schlussfolgerungen ziehen, und mit wohlfeilterer Absicht trage ich Ihnen daher diese Dinge hier vor. Wir müssen die deutsche Wissenschaft und Kunst unterstützen. Ich bin überzeugt davon, daß die Parteigenossen, soweit ihr Einfluß reicht, alle Bemühungen zur Aufrechterhaltung und Förderung unserer Kultur unterstützen werden. Der Weg zur Wissenschaft führt über die Hochschulen und die höheren Schulen. Auch die Hochschulen und Hochschüler müssen sich angesichts unserer materiellen Not umstellen, wenn sie weiter existieren wollen, ohne daß dadurch die wissenschaftliche Leistung leiden darf. Die höheren Schulen erhöhen ihr Schulgeld, die Volksschulen ihre Klassenfrequenz. Das ist furchtbar für eine demokratische Republik, aber sie tut es nicht freiwillig, sondern sie wird dazu gezwungen durch die Sünden des alten Systems. Das ist die Folge der Machtpolitik des alten kapitalistischen Deutschland, die im Kriege kläglich gescheitert ist. Die deutsche Arbeiterklasse lehnt die Machtpolitik ab. Wir wollen aber unsererseits dazu beitragen, daß Deutschland seinen geachteten Platz in der Völkerfamilie wiedererlangt, und zwar können wir das nur durch eine entschlossene Kulturpolitik. Nicht der Kulturpolitik schlechthin, sondern für uns Sozialisten und Sozialdemokraten gilt es, in dieser Zeit und in Zukunft, wo wir einen starken Einfluß auf die Geschicke Deutschlands auszuüben vermögen, das am Sozialismus orientierte und durch ihn geläuterte Kulturideal in der Welt voranzutragen. Darin möge die deutsche Sozialdemokratie das edelste Ziel ihrer Mitarbeit im neuen Deutschland sehen. (Lebhafter Beifall und Handklatschen.)

**Bretthorst:** Hier herrscht eine viel gehobenerer Stimmung als in Weimar im vorigen Jahre, weil wir früher gefürchtet hatten, daß der Unverstand der Massen siegen würde. Man braucht gewiß nicht den kontinentalpolitischen Ideen Gehens beizutreten, aber so abzuwürgen braucht man ihn nicht. Als ein Genosse in Weimar 19 der Friedensbedingungen für berechtigt erklärte, ist er nicht abgewürgt worden. (Widerspruch.) Wir verlernen die schwierige Lage der Genossen in den besetzten Gebieten nicht. Aber ich weiß nicht, ob der Burgfrieden so sehr notwendig ist. Ich bekam neulich eine Zeitung in die Hand, wonach die Zahl der bewaffneten Polen 1000 nicht übersteige und daß bei einer Abstimmung 96 Proz. für Deutschland stimmen würden.

Darauf wurde denn gefragt, wie es möglich war, daß diese Wenigen Oberschlesien terrorisieren konnten, und auf die Vorgänge im Januar 1919 hingewiesen, wo auch nur kleine Banden ein ganzes Land terrorisiert hatten. Das geht doch zu weit. Und wenn wir demonstrieren wollen gegen ein Unrecht, wie es in Oberschlesien geschieht, dann müssen das Leute tun, die eine reine Weste und saubere Finger haben. Was kann uns eine Demonstration zusammen mit Deutschnationalen nützen, die selber in ihrem eigenen Lande zehnmal schlimmere Greuelstaten verübt haben als die Polen in Oberschlesien!

Unsere Erfolge in Breslau sind darauf zurückzuführen, daß wir rechtzeitig erkannt haben, daß es nicht darauf ankommt, Tausende von Mitgliedern zu gewinnen, sondern sie der Partei zu erhalten. Wir haben als erste das System der Unterssekretäre eingeführt. Das hat sich außerordentlich bewährt. Aber auch die Arbeit der Unterbezirke muß vergeblich sein, wenn sie nicht mehr als bisher von der Presse unterstützt werden. Der Parteivorstand hat da ja wohl seine Pflicht getan, die Zahl der Presseorgane ist gestiegen. Aber es hat einmal eine Zeit gegeben, wo man der Gründung kleinerer Zeitungen pessimistisch gegenüberstand. Man wandte ein, daß man damit die Parteizeitungen auf das Niveau der bürgerlichen Käseblätter herabdrücken wollte. Das war nicht die Absicht. Aber wir dürfen doch nicht verkennen, daß tausende und aber-tausende ländlicher Arbeiter von den Pressezeugnissen leben, die nicht etwa erstklassige deutschnationale Tageszeitungen sind, sondern kleine Provinzblätter. Ich glaube, wir tun gar nicht übel, wenn wir der bürgerlichen Presse folgend kleinere Blätter schaffen. Denn die große Masse namentlich der ländlichen Arbeiter ist gar nicht in der Lage, ein erstklassiges politisches sozialdemokratisches Organ wirklich zu verdauen. Die Befürchtung, die wir früher immer hegten, daß die Parteizeitungen zusammenbrechen könnten, fällt ja heute fort. Früher mußten die Zeitungen sich von den Abonnenten erhalten, heute ist ihnen eine andere Grundlage für ihre Existenz durch unsere kommunalpolitische Betätigung gegeben.

Genosse Franz Kattowitz empfahl, die Beitragserhöhung abzulehnen. Das ist seine persönliche Meinung. Wir anderen Mittelschlesier stehen nicht auf diesem Standpunkt. Ein Bezirksparteitag würde mit übergroßer Mehrheit die Erhöhung annehmen. (Beifall.)

Vorsitzender Hermann Müller: Von drei Seiten ist Schluß der Debatte beantragt. Einer dieser Anträge ist genügend unterstützt.

Zur Begründung erhält das Wort

Sug: Ich habe nicht die Absicht, den Parteivorstand von dem Holzerstuhl der Kritik zu befreien, aber das ist auch nicht nötig, denn die Anklagen gegen ihn sind nicht derartig, daß er den Schmerz nicht ertragen könnte. Uebrigens können die Anträge als besprochen angesehen werden. Da die Flut der neuen Anträge bereits so sehr angewachsen ist und die Parteigenossen auch noch bei anderen Punkten zu Wort kommen können, bitte ich Sie, für diesen Antrag zu stimmen.

Vierter: Wir haben noch etwas Zeit zur Aussprache, und das ist notwendig, denn im Lande ist die Mißstimmung größer als hier. (Widerpruch.) Die größte Mißstimmung herrscht allerdings gegen den Bericht der Reichstagsfraktion, aber der Parteivorstand wird davon mitbetroffen.

Vorsitzender Hermann Müller: Es sind nur noch 25 Redner gemeldet. (Geiterkeit.)

Der Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen.

Das Schlußwort erhält zunächst

Wels: Parteigenossen, ich kann mit Befriedigung konstatieren, daß die Kritik, die an der Arbeit des Parteivorstandes geübt worden ist, sich in außerordentlich maßvollen Grenzen gehalten hat. Das, was vom Genossen Schnabrich über meine Rede gesagt worden war, ist meiner Ueberzeugung nach auch nicht als Tadel aufzufassen, sondern eher als ein Lob, denn wenn er meine Ausführungen als philanthropischer Art bezeichnet hat, so hat er damit wohl ausgedrückt wollen, daß sie durchdrungen waren von dem Gedankengang der Philanthropie, also der Menschlichkeit. Jeder Satz meines Referats hält der Prüfung darauffhin Stand, daß er in Einklang steht mit den Grundätzen des Massenkampfes, mit den Anschauungen des Sozialismus und der Demokratie. Und wenn außerdem noch die uns bewegende Liebe zur Menschheit, die uns alle innerlich erfüllt, aus meinem Referate hervorgegangen ist, kann ich das nicht als Tadel auffassen, und auch Genosse Schnabrich wird es eher als ein Lob betrachten, wenn er mein Referat liest.

Genosse Cohen ist am gestrigen Tage hier bereits derartig zugebeut worden, daß es sich eigentlich nicht lohnt, sich nochmals mit ihm zu befassen. Am heutigen Tage hat ja auch einer der Redner für ihn um mildernde Umstände gebeten. Ich kann aber trotz alledem nicht umhin, nochmals darauf aufmerksam zu machen, weil gerade Genosse Cohen mit einer Fähigkeit, die einer besseren Sache würdig wäre, immer wieder seinen von dem Starbunkt der Partei abweichenden Gesichtspunkt vertritt und an geeigneter und ungeeigneter Stelle in die Waagschale zu werfen versucht. Ihnen ist hier beim Eintritt in den Saal ein Heft der „Sozialistischen Monatshefte“ unterbreitet worden. Viele von Ihnen werden gedacht haben: Ja, bestehen die „Sozialistischen Monatshefte“ überhaupt noch? Der zweite Artikel dieses Heftes ist ein solcher von Max Cohen über die sozialdemokratische Außenpolitik und den sozialdemokratischen Parteitag. In diesem vertritt er ähnliche Gesichtspunkte wie am gestrigen Tage hier. Aber er geht noch über das hinaus, was er am gestrigen Tage glaube, der deutschen Sozialdemokratie bieten zu dürfen. Er singt das hohe Lied der französischen Politik in allen Tönen und ist ein begeistertster Apostel Millerands, „des französischen Sozialisten, der einmal Sozialist war und bleibt“, trotz der uns allen bekannten Tatsache, daß Millerand der Vertrauensmann der französischen Reaktion ist, der Reaktionsäre, die ihn gegen die Stimmen der französischen sozialistischen Abgeordneten auf den Präsidentenstuhl berufen haben. (Sehr richtig!) Ueber ihn schreibt Cohen: „Wenn Millerand — mag er immerhin, wie man hier annimmt, nur auf die französischen Interessen eingestellt sein — eine konsequente Europapolitik betreibt, so aus dem Grunde, weil er letzten Endes doch nicht anders zu denken vermag als sozialistisch. (Hört, hört!) Ob er der Partei angehört oder nicht, ob die Parteigenossen ihn Renegat nennen oder was sonst noch, spielt hier keine Rolle. Das sozialistische Denken durchdringt den Menschen, ist nicht wieder abzustreifen, vorausgesetzt, daß man es niemals besessen hat (Geiterkeit und Zustimmung), was von manchem, der in dieser Zeit das große Wort führt, allerdings sehr zu bezweifeln ist.“ (Ruf: Unerhört!) Das ist eine so unerhörte Schmähung, wie sie gegen die deutsche Sozialdemokratie, gegen die führenden deutschen Parteigenossen noch niemals erhoben worden ist. Ich lehne es ab, zugunsten der führenden deutschen Parteigenossen ein Wort zu dem Vergleich mit Millerand zu sagen. Ich protestiere nur gegen diese hochfahrende Schulmeistererei, der hier Max Cohen nicht nur die deutsche Sozialdemokratie, sondern auch die französischen Sozialdemokraten unterzieht. Denn die französischen Sozialdemokraten, die einstimmig gegen Millerand votiert haben, die ihm ein-

stimmig ihr Vertrauen entzogen haben, werden Millerand aus seiner Tätigkeit, aus ihrer Beobachtung besser kennen als Max Cohen. Und ein französischer Sozialdemokrat war es, der auf dem Genfer internationalen Kongress die Resolution entwarf, in der Millerands Treiben zur Ausnutzung des Friedensvertrages auf das schärfste gebrandmarkt wird. Damit verlasse ich Cohen, und die Berliner Parteigenossen werden sich mit dieser ihrer Vertretung hier auf dem Parteitag in Berlin noch zu beschäftigen haben.

Der Parteitag hat dem Parteivorstand eigentlich bereits ein Vertrauensvotum erteilt, indem er dem Antrag 308 a die Unterstützung versagt hat, der dieselben Gedankengänge enthielt, die Genosse Jellisch vertritt.

Genosse Jellisch hat aber den Vorwurf erhoben, daß wir unsere Parteigenossen in einzelnen Fragen nicht schnell genug informiert hätten, z. B. in der Frage des Steuerabzugs. Für einen einigermaßen geschickten Agitator gab es doch gar nichts Leichteres, als den 10prozentigen Abzug zu begründen. Man kann sich keine revolutionärere Art der Steuererhebung denken als den Abzug vom Lohn. Für jeden ist es klar, daß die Arbeiterchaft in kurzer Zeit den Steuerabzug durch Lohnerböhrungen von sich abwälzen wird, daß der Unternehmer die Steuer wieder auf die Produkte abwälzen wird, und daß so der Steuerbetrag gewissermaßen ein Teil der Gesamtproduktion des Reiches darstellt, so daß die gesamten Ausgaben aus bestimmten Prozentsätzen der Gesamtproduktion gedeckt werden. Der Gedankengang ist so nateliegend, daß wir es nicht für notwendig hielten, darüber noch besonderes Material an die Parteigenossen zu geben.

Dem Parteivorstand wird vorgeworfen, er hätte bei der Kartoffelsteuerung versagt. Wir glauben, im Parteivorstand durch Aufrufe in diesem Jahre unsere Schuldigkeit getan zu haben. Daß wir uns gegen die agrarische Auswucherung des Volkes zur Wehr setzen, ist selbstverständlich. Man kann aber den Parteivorstand nicht verpflichten, bei der Kartoffel- und Fleischverteuerung, die durch Aufhebung der Zwangswirtschaft in zunehmendem Maße eintritt, unausgesetzt mit Aufrufen zu arbeiten. Wir fordern Herabsetzung der Preise. Dieser Gedankengang ist so Allgemeinut, daß der Parteivorstand keine Anlage verdient, wenn er keine besonderen Aufrufe herausgegeben hat.

Ich wende mich nun den Anträgen zu, die mit meinem Referat in Verbindung stehen.

Der Antrag Nr. 12 verlangt, daß die Presse mehr in sozialistischem Sinne wirken solle und sich nicht so stark auf die Tagespolitik einstellen solle. Dieser Mahnung schließen wir uns gern an; wir bitten den Parteitag, diese Resolution anzunehmen.

Die Anträge Nr. 15 und 29, die an Stelle der Herausgabe der Parteikorespondenz ein Mitteilungsblatt wünschen, sind der Prüfung wert. Die Parteikorespondenz kann eine Umänderung und Verbesserung erfahren. Ich bitte, die beiden Anträge dem Parteivorstand zur Berücksichtigung zu überweisen.

Die Anträge 16 und 17 verlangen Geldunterstützung für die notleidende Parteipresse. Der Parteivorstand kommt diesem Wunsche bereits in weitgehendem Maße nach; ich bitte deshalb, die Anträge dem Parteivorstand zu überweisen.

Antrag 13 sieht vor, daß die Anwesenheitslisten aus den Parlamenten den Organisationen zur Kontrollierung der Tätigkeit der Abgeordneten zu gestellt werden sollen. Von der preussischen Landtagsfraktion werden den einzelnen Organisationen solche Berichte bereits geliefert. Ich bitte, den Antrag

dem Vorstand zu überweisen, der ihn dann den einzelnen Fraktionen der Parlamente zur Ausführung überweisen wird.

Die Anträge 14, 86 und 173 bezwecken die Sicherung der Revolution. Nach dem Verlauf der Debatte wird niemand daran zweifeln, daß es dem Parteitag mit der Sicherung der Revolution so Ernst ist wie den örtlichen Organisationen. Deshalb mögen auch diese Anträge durch Überweisung an den Parteivorstand die nötige Würdigung erfahren.

Die Anträge Nr. 88, 113, 121, 134, 130, 192, 196, 287, 302, 305, 306, 315, 316, 324, 338 und 354 beziehen sich auf den Eintritt in die Regierung. Alle Anträge sind von dem gleichen Gedanken getragen, wechseln aber in der Form. Der Parteiausschuß, die Kontrollkommission und der Parteivorstand haben diesen Anträgen grundsätzlich die Zustimmung erteilt. Durch Annahme des Antrags 324 würde allen Forderungen genügt werden, und die Partei würde dadurch die notwendigen Richtlinien mit dem Eintritt in die Regierung bekommen. Der Zusatzantrag Nr. 354 ist nicht zweckmäßig. Die darin vorgesehene 25prozentige Vermögensabgabe geht uns nicht weit genug. Das Reichsnotopfer sieht schon eine 60prozentige Wegnahme des Vermögens vor. (Zuruf: In dreißig Jahren!) — Auch daran können Änderungen erfolgen. Die 25prozentige Vermögensabgabe würde aber eine Einengung der bestehenden Möglichkeiten bedeuten. Ich bitte deshalb, den Antrag 324 unter Ablehnung des Amendements 354 anzunehmen.

Der Antrag Nr. 18, der fordert, daß die Partei für das Genossenschaftswesen eintrete, mag angenommen werden. Ich habe mich aber gewundert, daß der Antrag noch unterstützt wurde, denn die Partei ist stets für die Stärkung aller Zweige der proletarischen Arbeiterbewegung, auch des Genossenschaftswesens, eingetreten.

Mit den Anträgen 19, 31, 32, 34, 138 Abschnitt 2 und 335, die die Durchführung der preussischen Verfassung und die Demokratisierung der Verwaltung und eine demokratische Provinzial- und Gemeindegesetzgebung verlangen, stimmen wir voll überein. Wir empfehlen, diese Anträge dem Parteivorstand zu überweisen. Sie müssen zum Teil der preussischen Landtagsfraktion und zum Teil der Reichstagsfraktion zur Durchführung zugehen.

Der Antrag 21 verlangt die Berücksichtigung wirtschaftlich schwieriger Gebiete durch Beschäftigung mit Rednern. Soweit der Parteivorstand dazu in der Lage ist, ist dem Antrage bereits Rechnung getragen. Die Versorgung der Provinz mit Rednern ist aber Sache der Bezirksorganisationen, die reichlich mit Sekretären besetzt sind.

Zu den Anträgen 22, 23 und 27 hat Genosse Bernstein schon zum Ausdruck gebracht, daß der Parteivorstand die Bestrebungen auf Einigung der Arbeiterklasse unterstützt. Der Fassung des Antrags 23 kann der Parteitag aber nicht zustimmen. Er verlangt die Einigung über die Köpfe der Führer hinweg, damit es möglich ist, zu gegebener Zeit eine rein sozialistische Regierung zu bilden. Wenn der Antrag angenommen würde, so würde das in der jetzigen Zeit den Parteitag nicht gerade als eine sehr ernsthafte Körperschaft erscheinen lassen. (Sehr gut!) Ich bitte deshalb, die Anträge 22 und 27 als in der Politik der Partei bereits anerkannt, dem Parteivorstand zu überweisen, den Antrag 23 aber abzulehnen.

Antrag 28 verlangt die Herausgabe von Agitationsmaterial. Wir geben zu, daß Klagen über nicht rechtzeitige Lieferung von Agitationsmaterial berechtigt sein können. Wir hängen aber von den Reuten ab, die uns das Manuskript liefern, ebenso von der Druckerei und von postalischen Verbindungen, so daß mancher Vorwurf, der gegen uns gerichtet wird, auf diese Impondera-

bilien zurückzuführen ist. Wir halten den Antrag für geeignet, dem Parteivorstand zur Berücksichtigung überwiesen zu werden.

Die Anträge 30, 68 und 72 betreffen die Aufstellung der Kandidaten bei den Wahlen. Antrag 30 stellt Bedingungen an den Wohnsitz des Kandidaten. Antrag 68 verlangt eine fünfjährige Karenzzeit für Kandidaten und Antrag 72 will die Aufstellung der Kandidaten den Unterbezirken überweisen. Der Antrag Nr. 30 ist undurchführbar und würde von den meisten Bezirken nicht beachtet werden. Antrag 68 ist mir sehr sympathisch. Aber auch da können Ausnahmen gerechtfertigt und geradezu notwendig sein. Ich bitte deshalb, auch diesem Antrage die Zustimmung zu verweigern, um der großen Masse von Parteigenossen, die durch den Wechsel der Verhältnisse in die Partei gekommen sind, nicht zu große Schwierigkeiten in der Erteilung der Leiter für den Höhepunkt in der Partei zu machen. Daß die Kandidaten in den Unterbezirken aufgestellt werden sollen, ist ebenfalls nicht durchführbar. Es wird sich stets eine Einigung zwischen den Unterbezirken und den Bezirken herstellen lassen. Anderenfalls wäre es Sache der Unterbezirke, in die Bezirksstatuten Bestimmungen hineinzubringen, die ihnen diese Möglichkeit sichern. Ich bitte deshalb, diese Anträge abzulehnen.

Antrag 182 verlangt, daß als Vertreter der deutschen Republik im Auslande nur Republikaner bestellt werden sollen. Dies ist eine selbstverständliche Auffassung. Es ist Sache der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, nach dieser Richtung zu wirken. Ich bitte deshalb, diesen Antrag durch den Parteivorstand der Reichstagsfraktion zu überweisen.

Antrag 33 wünscht für die neuzugezogene Bevölkerung des Helgolands das Gemeinbewußtsein, das ihm vorläufig zugunsten der alteingesessenen Bevölkerung auf die Dauer von 5 Jahren entzogen ist. Ich bitte, diesen Antrag der preussischen Landtagsfraktion zu überweisen, um dem berechtigten Verlangen der neu zugezogenen Bevölkerung Rechnung zu tragen.

Ich bitte um einstimmige Annahme des Antrags 341, der sich gegen die Vernichtung der Dieselmotoren wendet.

Den Antrag 353, der in einer Volksausgabe die Wirkungen des Versailler Vertrages und des Abkommens von Spa auf unsere wirtschaftlichen Verhältnisse geschildert wissen will, bitte ich, dem Parteivorstand zu überweisen, damit er der Buchhandlung Vorwärts nahelegt, diesem Wunsche Rechnung zu tragen.

**Partei (Schlußwort):** Ueber die Frage der Organisation und der Agitation sind nur wenige Bemängelungen vorgetragen worden. Genosse Buchwitz-Görlitz hat sich darüber beklagt, daß das Agitationsmaterial des Parteivorstandes vielfach veraltet sei. Das mag für Einzelfälle zutreffen. Aber die Bedürfnisse der Bezirke sind verschieden. Was an einer Stelle als aktuell angesehen wird, wird an anderer Stelle als überholt und unbrauchbar bezeichnet. Der Parteivorstand wird sich bemühen, noch mehr als bisher die Bezirksorganisationen mit aktuellem Agitationsmaterial zu versehen.

Wenn Genosse Buchwitz meinte, daß vieles, was in der „Partei-Korrespondenz“ stände, schon in der Tagespresse enthalten gewesen sei, so verkennt er den Charakter der „Partei-Korrespondenz“. Sie soll in der Hauptsache als Sammlung für alles wichtige Material aus der Tagespolitik dienen.

Zuzugeben ist, daß das Wahlhandbuch in einzelne entlegene Orte erst sehr spät gekommen ist. Das lag daran, daß die erste Auflage sehr rasch vergriffen war und die neue Auflage dann einzelnen Stellen nicht rechtzeitig ausgehen konnte.

Die gewünschte Information über Neuerwerbungen in der Parteiliteratur wird den Genossen in Zukunft zugehen. Die Buchhandlung Vorwärts wird veranlaßt werden, auf diesem Gebiet noch aktiver als bisher zu verfahren.

Die Genossin Bohn-Schuch hat gewünscht, man solle die größere Verbreitung der „Gleichheit“, die wir alle dringend wünschen, dadurch zu erreichen suchen, daß man die Wochenbeiträge so erhöhe, daß die „Gleichheit“ den weiblichen Mitgliedern bei entsprechender Erhöhung der Beiträge obligatorisch geliefert werden könnte. Dieser Wunsch wird kaum realisierbar sein. Bei den früheren billigeren Preisen haben manche Bezirke dies ermöglichen können, aber bei den jetzigen hohen Kosten kann diesem Wunsche nicht Rechnung getragen werden.

Genossin Bohn-Schuch hat weiter gemeint, man könne vielleicht die „Gleichheit“ oder einen Teil derselben als Wochenbeilage der Parteipresse ausgestalten. Ueber diese Anregung läßt sich reden. Ich bitte, den dahingehenden Antrag dem Parteivorstand zu überweisen.

Desgleichen möchte ich empfehlen, die Anträge 25, 26, 343 und 344 dem Parteivorstand zu überweisen.

Dann ist verlangt worden, daß die kleine Presse mehr gefördert wird. Gerade auf diesem Gebiet ist in der letzten Zeit sehr viel geschehen. Wir werden das auch weiter tun, müssen aber von vornherein sagen, daß nicht alle Wünsche erfüllt werden können.

Zur Beitragserhöhung haben sich nur einige Redner geäußert. Ich darf daher annehmen, daß die übergroße Mehrheit des Parteivorgs von der Notwendigkeit der Beitragserhöhung überzeugt ist. Nur Genosse Franz-Waldenburg hat sich gegen eine Beitragserhöhung gewandt und gesagt, wir sollten uns an die Zentralvorstände der Gewerkschaften wenden und sie veranlassen, die Gewerkschaftsmitglieder der politischen Partei zuzuführen. Diese Ausführungen zeugen von einer gewissen Weltfremdheit. Die Gewerkschaften sind stark mit Unabhängigen und Kommunisten durchsetzt, und die meisten Zentralvorstände der Gewerkschaften nehmen daher erklärlicherweise eine zurückhaltende Stellung ein, wenn es sich um die Zugehörigkeit zur politischen Partei handelt. (Sehr richtig!) Wir wissen, daß die Zentralvorstände in dieser Beziehung ziemlich ohnmächtig sind. Den Weg, den Genosse Franz gemieden hat, können wir also nicht gehen; eine Beitragserhöhung ist notwendig. Ich hoffe, daß die große Mehrheit des Parteivorgs unserem Antrage zustimmt und damit alle weiteren darauf bezüglichen Anträge zur Beitragserhöhung als erledigt erklärt.

Ein Genosse aus Schleswig-Holstein hat gemeint, die Frage, ob Monats- oder Wochenbeiträge könne man den Einzelbezirken überlassen. Nachdem einmal eine straffere Zentralisation eingeführt worden ist, ist diese Regelung nicht nebensächlich, wenn es auch eine Verwaltungsfrage ist. Der Parteivorstand kann und wird nur Wochenmarken herausgeben, und alle Bezirke sind verpflichtet, diese Marken vom Parteivorstand zu beziehen.

Zum Schluß möchte ich nur noch zum Ausdruck bringen, daß wir selbstverständlich auf dem Gebiete der Agitation und der Organisation auch in Zukunft in keiner Weise erlahmen werden. Wir sind überzeugt, daß wir uns in dieser Beziehung auf die Parteigenossen verlassen können, und die Parteigenossen werden sich daran auch auf den Parteivorstand verlassen können. Arbeiten wir weiter in dem Bewußtsein, daß uns die Zukunft gehört! (Lebhafter Beifall.)

In der Abstimmung werden angenommen die Anträge: 12, 18, 75, 321, 322, 324 mit Zusatzantrag 338 (einstimmig), 341 (unter großem



Beifall angenommen. Der Vorsitzende spricht dabei die Hoffnung aus, daß dieser Beschluß bei der Arbeiterklasse der Ententeländer ein Echo finden möge), 352, 355 und der Antrag der Kontrollkommission auf Entlastung des Vorstandes.

Abgelehnt werden die Anträge: 23, 30, 68, 72, 354.

Dem Parteivorstand überwiesen werden die Anträge: 13 bis 17, 19, 21, 22, 25 bis 29, 31 bis 34, 62, 67, 71, 73, 86, 138 Abj. 2, 173, 335, 343, 344, 353.

Antrag 33 wird der preussischen Landtagsfraktion, Antrag 162 der Reichstagsfraktion überwiesen.

Die zur Frage des Eintritts in die Regierung vorliegenden Anträge werden durch Annahme der Anträge 324 und 338 für erledigt erklärt.

Die zur Beitragsfrage vorliegenden Anträge werden durch Annahme des Antrages 322 für erledigt erklärt.

Die zur Jugend- und Bildungsfrage vorliegenden Anträge werden durch Annahme der Anträge 321, 352 und 355 für erledigt erklärt. (352 und 355 wurden einstimmig angenommen.)

Damit sind die Punkte 1 und 2 der Tagesordnung erledigt. Es folgt Punkt 3 der Tagesordnung:

#### Bericht der Reichstagsfraktion.

Als Berichterstatter erhält das Wort

Hilfenbrand: Ich habe die Ehre, über die bedeutungsvollste und ereignisreichste Periode zu berichten, die je die sozialdemokratische Fraktion durchzumachen hatte. Die Fraktion hat dem Parteitag über zwei Abschnitte, in die unsere Tätigkeit zerfällt, nämlich über die Tätigkeit in der Nationalversammlung und im Reichstag, einen besonderen jährlichen Bericht erstattet, in dem alle Einzelheiten enthalten sind. Ich werde mich daher darauf beschränken, in einem allgemeinen Umriss über die Tätigkeit der Partei zu berichten.

Wir sind mit 166 Mandaten in der Nationalversammlung tätig gewesen. 11½ Millionen Wähler haben uns zur Nationalversammlung delegiert, sicher in der Erwartung, daß wir alles daran setzen würden, nützliche und praktische Arbeit für die Arbeiterklasse zu leisten. (Sehr richtig!)

Die Aufgabe, die der Nationalversammlung gestellt war, war nach dem fürchterlichen Zusammenbruch riesengroß. Es galt, den Krieg zu liquidieren, den Frieden herbeizuführen und für die Opfer des Krieges zu sorgen, das durch den militärischen Zusammenbruch und seine Folgen zerstörte Staats- und Verfassungsrecht neu zu gestalten und der durch den Krieg vollständig verrotteten Finanzwirtschaft eine neue Grundlage zu geben. Für uns gerade galt es, neben der politischen Gleichberechtigung der Arbeiterklasse im freien Volksstaat auch die Herrschaft der im Staat organisierten Volksgewalt über die gesamte Wirtschaft zu sichern und weiter der Umgestaltung der kapitalistischen Privatwirtschaft in die sozialisierte Gemeinwirtschaft die Wege zu ebnen. Wahrlich eine ebenso große und schwierige wie schöne und wichtige Aufgabe. Die Ueberführung unserer hohen Ideale in die Wirklichkeit! Die Erfüllung unseres Programms, für das die deutsche Arbeiterklasse seit mehr als einem halben Jahrhundert die heftigsten Kämpfe geführt und die größten Opfer gebracht hat. In der Nationalversammlung war die Stellung der Fraktion gestärkt durch die in der Regierung tätigen sozialdemokratischen Minister. Unsere Genossen in der Regierung waren bestrebt, die notwendigen Gesetzesvorlagen der Nationalversammlung so rasch wie möglich zu unterbreiten und zu fördern, so daß das ganze oben bezeichnete Programm während der kurzen

Zeit der Nationalversammlung, die im ganzen nur 15 Monate arbeitete, in Angriff genommen und in wichtigen Teilen erfüllt werden konnte.

Wenn die Erfüllung uns nicht restlos befriedigen kann, wenn sie nicht allen unseren Wünschen entspricht, dann bitte ich Sie, nicht zu vergessen, daß die Partei keine Mehrheit im Parlament hat (Sehr wahr!), daß sie die bürgerlichen Parteien zur Durchführung braucht, weil die in der Kritik und im Fördern so starke Partei der Unabhängigen Sozialdemokratie nicht den Mut aufbrachte, eine sozialdemokratische Politik zu betreiben — aus Angst vor ihren kommunistischen Diktatoren.

Wir haben den Friedensvertrag unterschreiben müssen, obgleich er die von uns angenommenen 14 Wilsonschen Punkte nicht berücksichtigt hatte und obgleich wir noch heute überzeugt sind, daß viele seiner harten Bedingungen unerträglich und unerfüllbar sind. Wir haben den Friedensvertrag unterschrieben mit der ehrlichen Absicht, alle seine Bedingungen zu erfüllen, soweit es unter Anstrengung aller unserer Kräfte möglich ist; wir haben ihn unterschrieben unter dem Zwang der Gewalttätigkeit der Sieger und unter dem Zwang der Not des Vaterlandes. Um den angekündigten Einmarsch feindlicher Truppen ins Land und damit die Fortsetzung des 4½-jährigen Krieges zu verhindern, um den 800 000 Kriegsgefangenen die Fortsetzung ihrer Gefangenschaft zu ersparen und sie der Pein, ihren Angehörigen wiederzugeben und der Hungerblase und der körperlichen Verelendung unseres Volkes ein Ende zu machen, deshalb haben wir den Gewaltfrieden unterschrieben, nachdem die deutschnationalen Friedensgegner während des Krieges den von uns angebotenen Verständigungsfrieden verhindert haben. Daß wir damit den Wünschen des Volkes, zum mindesten der Mehrheit des Volkes entsprochen haben und, wie ich überzeugt bin, auch unsere Parteigenossen in der Mehrheit befriedigt haben, zeigt das Wahlergebnis vom 6. Juni 1920, wo das Volk in seiner großen Mehrheit die Parteien unterstützt hat, die den Frieden unterschrieben haben. Ich bin deshalb überzeugt, daß der Parteitag diesen wichtigen Beschluß der Fraktion billigen wird. (Sehr richtig!) Ich bin weiter überzeugt, daß ich die Meinung des ganzen Parteitags ausspreche, wenn ich sage: heute schon ist es der Mehrheit aller Völker und auch unseren Gegnern zum Bewußtsein gekommen, daß in der Tat ein großer Teil der uns auferlegten Bedingungen nicht restlos zu erfüllen ist. Daß alles geschieht, um diese unsere Pflicht nicht zu bestreiten, das müssen wir immer wieder denen zur Pflicht machen, die heute den Feinden ihrer Gewalttätigkeit wegen fluchen, trotzdem sie während des Kriegs in ihren Zielen und Forderungen nicht weniger gewalttätig waren und den Feinden das Konzept für ihren Gewaltfrieden geliefert haben.

Wir haben den Frieden unterschrieben. Das verpflichtet uns auch, die Konsequenzen zu tragen, berechtigt aber auch uns, alles mit Entschiedenheit abzulehnen, was über den Vertrag hinausgeht und uns unfähig macht, ihn zu erfüllen.

Allen Zweifeln zum Trost müssen wir sagen: es ist unsere Pflicht, die Befegung des Rheinlandes und der Pfalz zu dulden. Wir müssen die Kosten der Befegung tragen. Aber wir sind außerstande, die maßlosen Liebhabereien einer größenwahnsinnigen Miltärkaste zu tragen. (Sehr richtig!) Exzerzierplätze, Flugplätze und andere Anlagen für Millionenheere, die Milliarden kosten, sind Maßnahmen, die weit über den Friedensvertrag hinausgehen. (Sehr richtig!), die wir scharf zurückweisen müssen. Ich erhebe dagegen im Namen des Parteitags im Namen unseres ausgeemigerten Volkes den entschiedensten Protest.